

WIE WEIT IST EUREKA?

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

NEUE ZEIT



**IN MOSKAU BEGINNT
DAS INTERNATIONALE FORUM
„FÜR EINE KERNWAFFENFREIE WELT,
FÜR DAS ÜBERLEBEN DER MENSCHHEIT“**

**WACHSTUMSINSELN
IM KRISENMEER**

**„SÜHNE“
NICHT IRGEND EIN FILM**

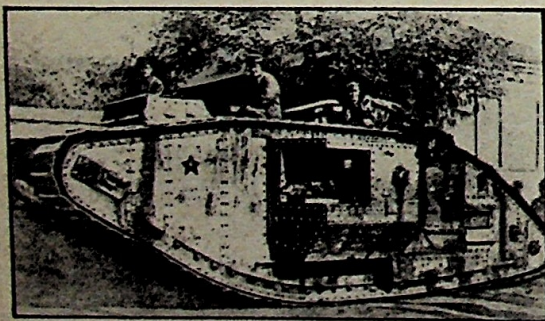
1917-1987

Die beiden Aufnahmen wurden 1920 fast gleichzeitig im Norden und Süden Rußlands gemacht. Der britische Panzer war gegen die Rote Armee eingesetzt, wurde von ihr erbeutet und bekam (was damals bei uns nicht nur bei Schiffen üblich war) einen Namen: „Moskauer Proletarier“. Die Rote Reiterei — das waren namenlose Komsomolzen, drei von fünf Millionen Rotgardisten, die während der Intervention und im Bürgerkrieg die Freiheit verteidigten.

Wer waren sie? Die Jugend der Revolution.

Der Bürgerkrieg, einer der größten der Geschichte, überzog die Sowjetrepublik mit den Klassengefechten, in denen von der Ostsee bis zum Pazifik Millionen konfrontiert waren. Er dauerte drei Jahre. Wir kennen seinen letzten Tag. Welcher aber war der erste?

Die Sowjetmacht hatte den Widerstand der von der Revolution gestürzten Klassen schon 1917 gebrochen. Da „intervenierete“ der internationale Imperialismus. Sein Einfall in Rußland gab den konterrevolutionären Kräften Oberwasser, und bis zum Sommer 1918 gerieten drei Viertel des Landes unter die Macht vieler weißgardistischer und bürgerlich - nationalistischer



„Regierungen“. Es kam zu Unruhen. Mit sechs Fronten kesselten weißgardistische Armeen die Sowjetrepublik ein.

Sie machte mobil und bot die Wirtschaft und das System des Kriegs-

kommunismus für die Verteidigung auf. Schon im Herbst erste Siege an der Ostfront, die Befreiung des Wolgagebiets und eines Teils des Ural. Dann die Wiedererrichtung der Sowjetmacht in Beloruß-

land, in der Ukraine und im Baltikum.

Die Interventen wüteten. Mit ihrer Hilfe entstanden konterrevolutionäre Regimes: in Sibirien das von Koltshak und in Südrußland das von Denikin. Diese erhielten von ihnen Riesensummen und moderne Technik. Ein halbes Jahr später die Befreiung Sibiriens, dann der Sturz Denikins und im Herbst 1919 die Niederwerfung der Armee Judenitschs vor Petrograd. Die letzten Angriffe der Weißgardisten, Kulaken und bürgerlichen Nationalisten wur-

den niedergeschlagen, und bis Ende 1922 wurden die letzten Unruherde der Interventen und Weißgardisten in Mittelasien und im Fernen Osten ausgeräumt.

Die Volksmassen stellten sich hinter die neue Staats- und Gesellschaftsordnung und führten das Land trotz Kriegsmüdigkeit, Hunger und Entbehrungen zum Sieg.

Die Feinde wollten uns erdrosseln. Um den Preis zahlloser Menschenleben erkämpften wir uns das Recht auf Eigenständigkeit.

IN DIESEM HEFT:

**DAS PLENUM DES ZK DER KPdSU:
RESONANZ**

2

Wort des Redakteurs
DEN UMBAU BESCHLEUNIGEN

3

UdSSR-Minister N. Lemajew
UMBAU UND KADER

Chefredakteur der Zeitung
"Trybuna Ludu" J. Majka (Polen)

**HERAUSFORDERUNG DER ZEIT AN-
GENOMMEN**

Prof. H. Kimura (Japan)

EIN SELBSTBEWUSSTER NACHBAR

4

Eine Frage der "Neuen Zürcher Zei-
tung"

"GORBATSCHEW HELFEN!"

Bemerkungen von L. Besymenski

6

Panorama

12

ASPEKTE EINES WAHNSINNS

Betrachtungen von R. McNamara

14

MEILENWEIT GEHEN

Interview mit dem Verteidigungsmini-
ster Norwegens

15

Albanien

PRIORITÄTEN, PLÄNE, KONTAKTE

16

Fortführung des Themas

G. Bashenow

GEMEINSAME UNTERNEHMEN

18

WIE WEIT IST EUREKA!



Die Eureka-Konferenz



Wie den Terrorismus bekämpfen!



Szene aus dem Film "Die Sühne"

22

Terrorismus

W. Baranowski, S. Kissin

GEGEN DEN DOLCHTERRORISMUS

24

Polemik

W. Rogers — A. Troizki

**ABC SÄGT EINE ENERGIEKRISE VOR-
AUS**

26

Weltwirtschaft

N. Markow

IM TEUFELSKREIS

28

N. Sorkaja

**"NIRGENDWO UND ÜBERALL.
NIEMALS UND IMMER..."**

Gespräch mit dem Filmregisseur Tengis
Abuladse

30

Diskussion mit dem Leser

A. Jewstafjew

PARITÄT AUCH IM ÄTHER

31

A. Oksanin

KULTURBRÜCKE

32

Sport

B. Lewin

DER LEADER

Titelbild:

Plakat von Frantisek Kraus
(Tschechoslowakei)



In Moskau beginnt
das internationale Forum
"Für eine kernwaffenfreie Welt,
für das Überleben der Menschheit".
Namhafte Politiker, Persönlichkeiten
des öffentlichen Lebens,
religiöse Würdenträger, Wissen-
schaftler und Kulturschaffende sind
die Teilnehmer. Wie kann die Zivi-
lisation vor der Gefahr der
nuklearen Vernichtung bewahrt
werden? Ist eine kernwaffenfreie
Welt möglich? In der Rubrik
"NZ-Umfrage" äußern der sowje-
tische Philosoph Valentin
Tolstych und der belgische
Politiker Jean Verstappen
ihre Meinung

NEUE ZEIT

Chefredakteur
V. IGNATENKO

Redaktionskollegium:

L. BESYMENSKI,
S. GOLJAKOW,
J. GUDKOW
(verantw. Sekretär),
A. LEBEDEV,
A. PIN,
B. PISTSCHIK
(stellv. Chefredakteur),
A. PUMPIANSKI
(stellv. Chefredakteur),
V. TSCHERNJAWSKI
(stellv. Chefredakteur),
V. ZOPPI

POST

Ich bin mit dem Klischeebild des Durchschnittsamerikaners, das Sie Ihren Lesern vermitteln, nicht einverstanden. Viele von uns erkennen die Notwendigkeit des Moratoriums der Sowjetregierung für Nukleartests, das schon zum fünften Mal verlängert wurde, und schätzen es richtig ein. Nicht alle Amerikaner setzen Reichtum und materielle Werte höher als alles andere, vor allem aber ist einigen von uns klar, daß der Kampf für Frieden und allgemeine Sicherheit das Wichtigste ist.

Michael E. EBERT
Peru, US-Bundesstaat
Indiana

Einige von jenen, die noch gestern davon sprachen, die Rüstungsbegrenzung sei eine Angelegenheit der Politiker und der Militärs, sie selbst aber seien damit überfordert, diskutieren heute darüber und sind bemüht, den Sinn der Politik der friedlichen Koexistenz der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme tiefer zu begreifen. Angesichts eines so leidenschaftlichen Friedensstrebens, wie es die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder demonstrieren, müssen die Erklärungen von Präsident Reagan nach dem Treffen in Reykjavik jeden, der noch etwas denken kann, enttäuschen.

L. SARKISJAN
Zilina, CSSR

In Ihrer Rubrik "Post, Echo" (Heft 42/86) las ich mit großem Interesse einen Brief aus der DDR, in dem von der Freundschaft der Arbeiter der Kraftwerke in Weißwasser mit der Familie von Leutnant A. Naganow, einem Verteidiger der heldenhaften Brester Festung, berichtet wird. Das Beispiel des Großvaters des Verfassers dieses Briefes bestätigt, daß auch damals, im zweiten Weltkrieg, nicht alle Deutschen auf der Seite der Nazis standen.

Roger LESIEUR
Saint-Quentin,
Frankreich

WORT DES REDAKTEURS

DEN UMBAU BESCHLEUNIGEN

Das Schicksal des Landes hängt, wie auf dem Januar-Plenum des ZK der KPdSU gesagt wurde, vom Gang des Umbaus ab, das Schicksal des Umbaus aber vom Zustand der Kader. Fortschritte sind ohne den menschlichen Faktor, ohne das lebendige Schöpfertum der Massen, ohne die Entwicklung der sozialistischen Selbstverwaltung, ohne Volksinitiative und Selbständigkeit, ohne feste Disziplin und Ordnung, ohne Respekt vor dem Wert und der Würde des Menschen undenkbar.

Die tiefgreifende, umfassende Demokratisierung unserer gesamten Gesellschaft ist der Hebel, der es erlauben wird, ihre entscheidende Kraft, das Volk, in den Umbau einzubeziehen. Ohne die Teilnahme des ganzen Volkes wird der Umbau nicht gelingen.

Nicht aus Büchern, sondern aus eigener langjähriger Praxis wissen wir: Die Leitung kann und darf nicht das Privileg eines engen Kreises von Berufsleitern sein. Die sozialistische Ordnung erlangt nur dann Lebenskraft, wenn das Volk selbst sich voll engagiert, wenn Millionen politisch aktiv werden.

Die Demokratie ist die gesunde und reine Luft, in der allein die sozialistische Gesellschaft bestehen und sich entwickeln kann. Und wenn wir davon sprechen, daß das Potential des Sozialismus bei uns noch nicht vollständig genutzt wird, bedeutet dies, daß unser Voranschreiten unmöglich ist ohne die allseitige Entwicklung der Demokratie in all ihren Erscheinungsformen. Unsere Aufgabe ist es, ihre reinigende Kraft voll aufzudecken.

Die eigentliche Grundlage der Demokratie ist die Transparenz. Die Partei setzt sich entschieden dafür ein, daß das Volk alles weiß. Transparenz, Kritik und Selbstkritik, die Kontrolle durch die Massen sind die Gewähr für die Gesundheit der Gesellschaft, sind Vorzüge der sozialistischen Lebensweise. Da das Volk sie braucht, brauchen sie folglich alle, wurde auf dem Plenum des ZK der KPdSU erklärt.

Wir sehen, daß der psychologische Umbruch nicht leicht erfolgt. Für den verknöcherten Beamten, der es gewohnt ist, mit halbem Einsatz zu arbeiten und Augenwischerei zu betreiben, macht die Transparenz das Leben komplizierter. Die Transparenz wendet sich gegen Unorganisiertheit, Schlamperei und Ungerechtigkeit. Gewisse Leute rufen auch heute noch dazu auf, vorsichtiger über die Mängel und Unterlassungen, über die Schwierigkeiten, die bei einer beliebigen lebendigen Arbeit unausweichlich sind, zu sprechen. Die Antwort kann hier nur sein: Die Kommunisten brauchen stets und unter allen Umständen die Wahrheit. In einem Staat der Arbeiter und Bauern geht alles das Volk an. Wir fürchten das Licht nicht. Möge es stärker scheinen, damit es keine dunklen Ecken mehr gibt, wo sich erneut Schimmel ausbreiten kann. Die Transparenz ist eine treue Verbündete des Umbaus. Sie ist im Zentrum und vor Ort nötig. Ihr Licht ist überall erforderlich, wo Menschen leben und arbeiten. Die sich im Lande entwickelnde Atmosphäre der Transparenz und der Demokratie wirkt sich bereits positiv aus. Die Ergebnisse des Jahres 1986 haben es gezeigt: Im entscheidenden Bereich, in der Wirtschaft, ist ein Fortschritt eingetreten.

Nur die ersten Schritte wurden getan. Jetzt sind Taten und nochmals Taten gefragt. Der Umbau ist eine große Schule. Jeder muß diese Schule durchlaufen. Muß es lernen, energisch, kühn, schöpferisch, kompetent zu arbeiten, es lernen, unter den Bedingungen der sich entwickelnden Demokratie tätig zu sein.

Die Dynamik der revolutionären Erneuerung unserer Gesellschaft ist von inneren wie von äußeren Bedingungen diktiert. Wir sind so stark in der Welt, wie wir bei uns zu Hause stark sind. Dies aber bedeutet, daß der Umbau auch die vorerste Linie des Kampfes für allgemeine Sicherheit für eine stabile, kernwaffenfreie Welt ist.

Es gibt kein Zurück. Der Umbau ist unabwendbar.

Das Plenum des ZK der KPdSU:

ECHO IM IN- UND AUSLAND

UdSSR-Minister
N. W. Lemajew

Umbau und Kader

Wir sprachen mit dem Minister für erdölverarbeitende und petrochemische Industrie der UdSSR, Nikolai Lemajew, über das Januar-Plenum des ZK der KPdSU. Das Plenum war der Kaderpolitik gewidmet, und wir erinnerten uns unwillkürlich an die populäre Losung der ersten Fünfjahrpläne "Die Kader entscheiden alles". Ist sie auch heute gültig?

Im Prinzip gilt diese Wahrheit für alle Zeiten. Der Erfolg einer beliebigen Sache hängt letztlich von den Menschen ab. Das dürfte wohl kaum jemand bezweifeln. Doch von wem eben? Viele meinen immer noch naiv, von den Leitern. Man brauche nur einen ehrlichen, energischen, kompetenten Mann zu finden, und alles werde in Ordnung sein. Wie viele Artikel haben Ihre Journalistenkollegen nicht über einen neuen Kolchosvorsitzenden, Werksdirektor und Sekretär des Rayonparteikomitees geschrieben, mit deren Kommen sich die Situation schlagartig zum Besseren wendet. Und wirklich, das gibt es. Werden wir also nicht Zehntausende, ja Hunderttausende dieser Leute finden?

Andere ziehen das Ganze von der anderen Seite her auf: Die Kader werden durch gewisse Bedingungen formiert, folglich schafft nur die erforderlichen Bedingungen, und wir werden zeigen, was wir können. Doch die Frage sei gestattet, wer wird denn die Bedingungen für uns schaffen?

Wir sind tief verwurzelt in dieser Psychologie der "kleinen Leute". Ich würde von einer Sklavenpsychologie sprechen: Der Chef wird kommen und alles machen, von uns aber hängt nichts ab.

Die Kader entscheiden wirklich alles — die Kader, also die Menschen. Und die Bedingungen, in die sie gestellt sind. Ebendeshalb ist es von prinzipieller Bedeutung, daß das Plenum die Kaderfrage im engen dialektischen Zusammenhang mit dem Umbau behandelte. Der Umbau braucht Kader, die auf neue Weise arbeiten, ohne den Umbau aber wird deren Zahl uns nicht genügen.

Ein Teufelskreis... Vereinfachen Sie das Problem nicht!

Hören Sie. Gerade, um nicht in die Sackgasse zu geraten, muß man, wenn man A sagt, auch B sagen, nicht wahr? Wenn den Betrieben Rechte gegeben wurden, soll man nicht jeden Versuch, eigene Schritte zu tun, verhindern wollen;

wenn man die Initiative entwickelt, soll man keine Angst davor haben, daß ehrlich viel Geld verdient werden kann; wenn man die Transparenz ausweitet, darf man nicht auf halbem Weg stehenbleiben... Doch es gibt auch einen anderen Aspekt. Wie soll man die erhaltenen Rechte einsetzen? Theoretisch sind sich alle einig, daß Rechte vor allem Verantwortung voraussetzen. Sagen wir, für die Journalisten gibt es keine verbotenen Themen mehr. Heißt das, daß man einfach nach Gutdünken schreiben kann? Nicht wie, sondern was man will? Nicht alle Journalisten, mit denen ich in letzter Zeit zu tun hatte, beherzigen diesen Unterschied: Ohne sich über die Fakten die erforderliche Klarheit verschafft zu haben, bringen sie die Tatsachen durcheinander, entstellen die Situation, geben sogar die Namen falsch wieder, wodurch sie die Leser verwirren. Das gilt nicht nur für Journalisten. Nehmen wir die Wirtschaftsleiter. Lange Zeit klagten wir über den Mangel an Rechten und über zu drastische Normative. Uns fehlte die Möglichkeit, so die erhaltenen Gewinne zu nutzen, wie wir es wollten. Seit dem 1. Januar d. J. sind alle Betriebe unseres Ministeriums zur vollen wirtschaftlichen Rechnungsführung und zur Selbstfinanzierung übergegangen. Kurz gesagt, kann jeder Betrieb für die materielle Stimulierung, den Wohnungsbau u. a. beliebig viel ausgeben. Doch diese Mittel müssen erarbeitet werden. Nicht erbettelt oder erpreßt, sondern eben erarbeitet. Sind alle dazu bereit? Das ist noch die Frage...

Wenn aber das Erarbeitete nicht ausreicht für Prämien, ja nicht einmal für die Löhne!

Daran eben dachte ich, als ich sagte, daß wer A sagt, auch B sagen muß. Die volle wirtschaftliche Rechnungsführung setzt auch volle Verantwortung voraus. Betriebe, die mit Verlust arbeiten, werden die Löhne nicht zahlen können. Man wird sie schließen, ihr Profil ändern müssen... Und natürlich sind fähige Leiter zu suchen. Das müssen wir tun, wenn wir das Ganze zu Ende führen wollen. Wichtig ist es, sich nicht durch Behauptungen irreführen zu lassen, der Bankrott unrentabler Betriebe widerspreche den Prinzipien des Sozialismus, führe zur Arbeitslosigkeit. Obirgens klagen wir bis heute ständig über einen Mangel an Arbeitskräften, zahlen aber für die Herstellung bewußt untauglicher Erzeugnisse.

Die Gegner einer solchen extremen Maßnahme haben auch folgenden Einwand: Schuld seien die Chefs, die Arbeiter aber würden ohne Lohn bleiben.

Die Arbeiter haben das reale Recht, an der Beschlußfassung teilzunehmen und den Leiter zu wählen. Man wird also nicht mehr behaupten können, sie hätten die Ergebnisse nicht zu verantworten. Wenn man sich geirrt und den falschen Mann zum Direktor gewählt hat, muß man eben

dafür bezahlen. Anders können die Menschen nicht dazu erzogen werden, ihre Pflichten und die Wahl der Leiter ernst zu nehmen.

Der französische Autor Michel de Saint Pierre schrieb in seinem Buch über die Geschichte Rußlands, die Russen wundern sich immer über die Folgen ihrer Handlungen...

Ich bin mir nicht sicher, daß sich nur die Russen über die Folgen wundern müssen. Doch bei uns kommt das vor. Besonders, wenn wir das eine denken, das andere sagen und das dritte tun. Gerade das geschah mit der Wirtschaftsreform der 60er Jahre. Sie war sehr radikal gedacht, doch dann wurde sie zu Gerede über Veränderungen gebremst. Meiner Meinung nach ist das schlechter, als einfach alles beim alten zu belassen.

Alexander GUBER

Chefredakteur
der Zeitung
"Trybuna Ludu"
Jerzy Majka

Die Herausforderung der Zeit angenommen

Seit dem April-Plenum (1985) des ZK der KPdSU, das den Prozeß des Umbaus und der Beschleunigung einleitete, sind fast zwei Jahre vergangen. Die neuen programmatischen Ideen, der neue Stil des Denkens und Handelns, den die KPdSU vorbrachte, fanden die breite Unterstützung des ganzen Sowjetvolkes. Der Umbau wird zu einer Realität, obgleich, wie auf dem jetzigen Plenum des ZK der KPdSU unterstrichen wurde, das erst der Anfang eines langen Weges ist. Doch bereits jetzt sind auf diesem Weg auch Hindernisse objektiver wie subjektiver Art aufgetaucht. Die Probleme sollen komplizierter gewesen sein, als man anfangs gedacht hatte.

Michail Gorbatschow legte das Wesen des Umbaus dar, wobei er den engen Zusammenhang zwischen der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung des Landes und der Festigung der sozialistischen Demokratie betonte. In seinem Bericht wurde die Konzeption einer dynamischen Entwicklung der Institute der sozialistischen Demokratie in der Produktion sowie im Leben der Partei, des Staates und der Gesellschaft insgesamt dargestellt. Die zutiefst humane Haltung gegenüber allen berührten Fragen verdient Aufmerksamkeit. Das spürt man besonders, wenn es darum geht, daß der Umbau die Sache des ganzen Volkes ist.

daß der Erfolg des Umbaus von den Menschen, von deren bewußter Einstellung zur Arbeit bestimmt wird.

Ich meine, daß die Bedeutung der auf dem Januar-Plenum des ZK der KPdSU geäußerten Thesen weit über die Grenzen der Sowjetunion hinausgeht. Die vom Plenum gestellten Aufgaben zeugen von der enormen Kraft des Sozialismus. Sie bekräftigen die Fähigkeit unserer Gesellschaftsordnung, ihre gesellschaftlichen Institute auf weiteren Entwicklungsstufen zu vervollkommen und mit neuen historischen Aufgaben fertig zu werden. Sie zeugen von der Lebenskraft der Ideen der Oktoberrevolution und von den riesigen Reserven, die das sozialistische Weltssystem besitzt. Das Erfassen der Erfahrungen bereichert die Praxis des

Sozialismus, führt zu neuen Ufern. Und so bereichert es alle kommunistischen und Arbeiterparteien, die gesamte internationale Arbeiterbewegung.

Als Politiker der PVAP möchte ich noch etwas sagen. Das Studium der Materialien des Plenums des ZK der KPdSU wird auch für uns in Polen nützlich sein. Denn trotz des unterschiedlichen Entwicklungsstandes stellen wir ebenfalls schwierige Probleme und lösen sie, reagieren wir auf die dringenden Forderungen der Zeit. Wir sprechen die gleiche politische Sprache, wenn wir an der allgemeinen Erneuerung teilnehmen, die neue Horizonte des sozialistischen Schöpfertums in unseren Ländern, in unserer ganzen Gemeinschaft eröffnet.

Warschau

**Professor der
Universität Hokkaido
Hiroshi Kimura**

Ein selbstbe- wußter Nachbar

Unser Tokioter Korrespondent Juri Tawrowski spricht mit dem namhaften japanischen Sowjetunion-Experten und Direktor des Slawischen Zentrums der Universität Hokkaido.



„Gorbatschew helfen?“

Zu einem Artikel in der "Neuen Zürcher Zeitung"

Die "Neue Zürcher Zeitung", eine der solidesten in Westeuropa, bekannt sowohl für ihre journalistischen Traditionen als auch für ihre unverhohlene Feindseligkeit gegenüber der UdSSR, brachte einen Leitartikel unter diesem Titel. Stimmen würden in Westeuropa laut, "Gorbatschew zu helfen", nämlich "Ihm den Weg, den er eingeschlagen hat, nach besten Kräften zu ebnen". Ob das wirklich getan werden sollte, fragt sich das Blatt.

Bei der Beantwortung werden drei Kriterien aufgestellt. Erstens: Inwiefern hat sich der Kurs in den vergangenen zwei Jahren ausgeprägt, wohin führt er? Zweitens habe man darüber nachzudenken, "unter welchen Umständen ein allfälliger Erfolg des von Gorbatschew verkündeten Kurses zur Modernisierung der Sowjetunion in westlichem Interesse läge". Drittens schließlich, "ob westliches Verhalten sich überhaupt dazu eignet, die innere Entwicklung im Sowjetreich in irgendeiner Weise zu beeinflussen".

Der Leitartikel meint dann, daß "auf Vorschub gewährtes (Vertrauen) im Umgang mit der Sowjetunion zu den historisch wenig bewährten Rezepten gehört. Was aber das geduldige Verhalten angeht, so sollten wir uns in dieser Tugend in der Tat ebenso üben wie die Russen selber. Dies um so mehr, als westliche Politik zur Zeit kaum eine Möglichkeit besitzt, auf das Innersowjetische Geschehen Einfluß zu nehmen. Der neue Kurs, den Gorbatschew selber offenbar für mehrere Generationen plant, muß, sofern der Parteichef es vermag, von ihm und den Seinen durchgesetzt werden. Auf unserer Seite besteht kein Grund zur Euphorie; wir haben aber jede Ursache, die Vorgänge in der Sowjetunion in den kommenden Jahren neugierig und sehr aufmerksam zu beobachten."

Meine erste Regung beim Lesen war — als Journalist hat mich die Position der "Neuen Zürcher" schon oft empört —, den Autor und all jene in zornigen Worten anzuprangern, die über die Entwicklung in unserem Lande so arrogant urteilen. Was auch immer geschieht, sie beginnen damit, uns Bedingungen zu stellen, und greifen zu ihrem bewährten Rezept: "Vorschub an Mißtrauen".

Ich ließ mich jedoch von meiner ersten Regung nicht beirren und hielt inne. Was wird sich schließlich ändern, wenn wir unsere Kollegen aus der "Neuen Zürcher" wieder einmal unverbesserliche Antikommunisten nennen? Nur daß wir nachher mit uns selbst zufrieden sind?

Betrachten wir also den Artikel mal anders. Was ist an ihm bemerkenswert? Die Zeitung bleibt auf ihren antikommunistischen Positionen — und bestätigt trotzdem das ausschließliche, ja beispiellose Interesse der westlichen Öffentlichkeit für alles, was jetzt in der UdSSR, in ihrem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und moralischen Leben, vor sich geht. Das war nicht immer so. Und wenn die Leute in Zürich sich Gedanken machen, dann geschieht wohl wirklich etwas Wichtiges und Ernsthaftes, darunter auch in jenen Kreisen der Öffentlichkeit, die dem Sowjetstaat mit feindseligem Mißtrauen und ohne viel Interesse gegenüberstehen.

Ein anderer bemerkenswerter Punkt ist die Anerkennung oder, genauer, die Erkenntnis dessen, daß der Westen seine Spekulationen längst aufgeben sollte, die innersowjetische Entwicklung auch nur im geringsten zu beeinflussen. Der Leser wird vielleicht einwenden, daß sich diese Erkenntnis spät genug einstellt. Nun, lieber später als nie.

Es gibt schlimmere Positionen. Erst vor kurzem stellten namhafte US-Politiker aus Reagans nächster Umgebung die Vorbedingung für beliebige Verhandlungen mit der UdSSR: Veränderung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in unse-

Ehrlich gesagt, habe ich anfangs die Tiefe der Veränderungen, die sich in der Sowjetunion vollziehen, unterschätzt und Ihr politisches System scharf kritisiert. Jetzt aber wird die Dimension der Tätigkeit der neuen Generation der sowjetischen Führung deutlich. Die Veränderung des Wahlprozesses in Partei und Staat wird die demokratischen Rechte stark ausweiten. Offenbar wird es interessanter, in der UdSSR zu leben. Früher waren fünf oder zehn Minuten genug, um all Ihre zentralen Zeitungen und Zeitschriften durchzusehen, da ihr Inhalt gleich war. Jetzt aber reichen mir nicht einmal zwei Stunden.

Wir konstatierten die Begrenztheit der Kaderumbesetzungen. Bis vor kurzem noch erfolgten diese Umstellungen sehr

schnell und jäh. Ihre Verlangsamung zeugt von einer Stabilisierung der Führung, was sich auf die Verwirklichung der weitreichenden Pläne auswirken wird. Selbst von Hokkaido aus sieht man, daß die Reformen auf den Widerstand konservativer Kräfte stoßen, die nicht von ihren Privilegien Abschied nehmen wollen, bisweilen auch einfacher Menschen, die es gewohnt sind, auf alte Weise zu leben. Es ist deutlich, daß die Anhänger der Reformen in der Mehrzahl sind und energischer handeln. Doch selbst eine Minderheit vermag bisweilen, sich der Mehrheit erfolgreich zu widersetzen.

Dadurch, daß sie für Ordnung im eigenen Haus sorgt, wird die Sowjetunion großen Einfluß auf das Kräfteverhältnis in der Welt ausüben. Wir haben den

Eindruck gewonnen, daß Moskau nach Reykjavik, wo es mit der starren Haltung Reagans konfrontiert wurde, mehr Aufmerksamkeit inneren Fragen zu widmen begann. Nach dem Plenum ist eine Aktivierung der sowjetischen Außenpolitik zu erwarten. Wir rechnen auch mit Initiativen in den japanisch-sowjetischen Beziehungen. Wir hoffen weiterhin auf einen Japan-Besuch Michail Gorbatschows in diesem Jahr.

Einigen unserer amerikanischen Kollegen wären ein Andauern der Wirtschaftslaute in der UdSSR und die Schwächung der weltpolitischen Rolle Ihres Landes lieber. Doch wir meinen, daß eine starke und selbstbewußte Sowjetunion ein attraktiver Partner für Verhandlungen, für Zusammenarbeit ist. ■

rem Staat. Geäußerte und stumme Forderungen, den inneren Charakter unserer Gesellschaftsordnung zu verändern, hört man aus vielen Äußerungen des US-Präsidenten und seiner nächsten Mitarbeiter heraus. Die gleiche Meinung ist auch in konservativen westeuropäischen Kreisen verbreitet.

Nach der "Neuen Zürcher" zu urteilen, gibt es jedoch auch einen realistischeren Standpunkt. In der Tat wird man jetzt in soliden westlichen Zeitungen kaum noch die Hoffnung finden, die UdSSR werde "zum Kapitalismus zurückkehren". Alle, auch die "Neue Zürcher", sind sich darüber einig, daß die heutigen Wirtschafts- und sonstigen Veränderungen in der UdSSR im Rahmen des Sozialismus und zu seiner Entwicklung vorgenommen werden.

Allerdings ist eine andere Variante der westlichen Beeinflussungspolitik aufgetaucht: der Versuch, unsere Entwicklung zu bremsen, insbesondere durch die Einbeziehung der UdSSR ins Wettrennen. Noch immer hoffen einige Militaristen, uns totzurüsten. Dazu ein bekannter US-Politologe (ich darf seinen Namen nicht nennen, das gehörte zu den "Spielregeln" jener internationalen Konferenz, auf der wir miteinander diskutierten):

"Die Politik der USA besteht darin, die Wirtschaftsschwierigkeiten der UdSSR als Hebel zu benutzen, um Ihr Land in der notwendigen Richtung zu beeinflussen."

Natürlich möchten die Anhänger einer solchen Position die UdSSR maximal geschwächt sehen.

Das ist nicht nur kurzsichtig. Das ist die Logik jener Kräfte, die die Konfrontation zu verewigen trachten. Mir geht es gut, weil es mein Nachbar schlecht hat: Eine solche Spießherlogik taugt nicht einmal für das übliche Nebeneinanderbestehen in der Gesellschaft, geschweige denn für vernünftige internationale Beziehungen. Von den Erfolgen des Sowjetvolkes innerhalb des Landes werden andere Völker nur profitieren.

"NEUE ZEIT" 6.87

Interessant, daß in einigen Stellungnahmen der seriösen westeuropäischen Presse heute folgendes Motiv mitschwingt: Was jetzt in der UdSSR vor sich gehe, stärke sie. Offen gestanden war es für mich überraschend, wie die "Neue Zürcher" die Diskussion unter den Sowjetbürgern um die Demokratie beleuchtet. So schreibt sie, in der UdSSR gebe es Menschen, die die neuen Maßnahmen als "Schwächezeichen" und als "Kapitulation vor dem Westen" auslegen. Die Zeitung gibt aber zu verstehen, daß sie mit ihnen nicht einverstanden ist.

Damit steht die "Neue Zürcher" nicht allein. Viele Organe der bürgerlichen Presse bezeugen, daß die Umgestaltung der UdSSR und ihre internationalen Positionen stärkt, das Vertrauen zu ihr festigt und einen umfassenderen politischen Dialog ermöglicht. Die einflußreiche Wochenschrift "Die Zeit", deren Herausgeber Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt und Gräfin von Dönhoff sind, meint, daß die von Gorbatschow verkündete Publizität Signale seien, "die die Völker hören sollten". Und weiter: "Der Westen kann es nur begrüßen, wenn kommunistische Führer freiere Wege suchen, um ihre Länder zu stärken." In einem anderen Artikel fragt "Die Zeit" besorgt: "Doch die Unfähigkeit zu trauen, die stets ein Ausdruck der Schwäche ist, wird sie den Westen daran hindern, die Bedeutung der Anstrengungen Gorbatschows zu erkennen?"

Das ist uralt: zu erschrecken, wenn man von seinem Feind gelobt wird. Wie lange kann man sich mit einer Binsenwahrheit zufriedengeben? Es geht ja nicht darum, uns endgültig zu zerstreuen und die Welt in den Strudel der Konfrontation zu reißen. Die Rede ist von der historischen Chance, Wege zu ihrer Überwindung zu finden. Folglich auch uns selbst und die alten Denkmuster zu überwinden.

Ich ahne schon, daß Kollegen aus der Abteilung Ausland der "Neuen Zürcher", die von meinem alten und sehr geachte-

ten Bekannten Christian Kind geleitet werden, mich mit allen möglichen "Objekten" für die Überwindung überschütten könnten: Und dies? Und jenes? Und noch das da?.. Ja, lassen Sie uns alle Streitpunkte, alle "Objekte" in der sowjetischen und der westlichen Position nacheinander klären. Hierzu fordern die sowjetischen außenpolitischen Initiativen auf. Hierzu trägt auch die innere Umgestaltung in unserem Lande bei, mit deren Problemen sich das jüngste ZK-Plenum der KPdSU beschäftigte.

Zur Frage des "Vertrauensvorschlusses". Ob wir Vertrauen brauchen? Gewiß, wenn es sich um gegenseitiges Vertrauen handelt. Der internationale Kurs des Sowjetstaates war in den letzten Jahren und Monaten, besonders nach der Unterbreitung des Programms der nuklearen Abrüstung bis zum Ende des 20. Jahrhunderts, kein "Vorschuß", sondern praktiziertes Vertrauen.

Und wie wir zur "Hilfe" stehen? Niemand in der UdSSR denkt daran, daß unsere Umgestaltung vom Westen abhängen könnte und daß wir unsere Umgestaltung ohne seine Hilfe wirtschaftlich und technologisch nicht bewältigen. Die Geschichte hat alle, die solche naiven Ansichten vertraten, eindeutig genug Lügen gestraft. Selbstverständlich werden wir auch allein auskommen. Wir meinen etwas anderes, was nicht nur in unserem Interesse, sondern auch im Interesse der westlichen Länder ist, nämlich den Ausbau gutnachbarlicher Beziehungen in Politik und Wirtschaft. Gerade sie könnten das im Gefolge haben, was die Schweizer Zeitung "ein etwas zivileres Verhalten" nennt. Eine solche Hilfe würde niemandem Abbruch tun, vielmehr der UdSSR helfen und außerdem die friedliche Zukunft der Bürger im Westen gewährleisten. Der Frieden ist nicht gegeneinander, sondern nur in einem miteinander zu schützen. Das wäre das Maximalprogramm. L. BESYMEANSKI

Politischer Beobachter
der "Neuen Zeit"

ASIATISCH-PAZIFISCHE REGION

Diplomatie der Stärke und eine starke Diplomatie

• DIE ENTSCHEIDUNG JAPANS, DIE BUDGETGRENZE FÜR RÜSTUNGS-AUSGABEN ZU BESEITIGEN, IST EIN EREIGNIS, DEM DIE WELTPRESSE ZU WENIG AUFMERKSAMKEIT GEWIDMET HAT.

Der Schritt Tokios kann für die gesamte Region viel bedeutsamere Folgen haben, als man heute denkt.

Die Regierung Yasuhiro Nakasones hat alles getan, um ihre Entscheidung nicht ins Rampenlicht rücken zu lassen. Der politische Skandal in Washington, die Meldungen über die Europa-Reise des Ministerpräsidenten und die Pazifik-Reise des Außenministers füllten die Nachrichtenspalten der Zeitungen und nahmen die Zeit der TV-Nachrichten in Anspruch. Auch im kommenden Finanzjahr wird die Steigerung der Rüstungsausgaben gegenüber der einstigen Obergrenze 0,004 Prozent betragen. Und nicht diese abstrakt erscheinende Zahl, sondern die Möglichkeit bedeutender und durchaus realer Summen, die Millionen Japaner verlieren können, wenn die von der Regierung geplante Steuerreform verwirklicht wird, ließ die Oppositionsparteien die Arbeit des Parlaments boykottieren.

Natürlich blieb der auf lange Sicht angelegte Beschluß Tokios nicht unbemerkt für die Militärs in allen Nachbarstaaten, die jetzt das strategische Kräftegleichgewicht in der Region unter Berücksichtigung der neuen Komponente zu kalkulieren haben. Die Gleichung ist nicht einfach: Die neue Komponente ist keine konstante, sondern eine variable Größe mit tendenzieller Steigerung.

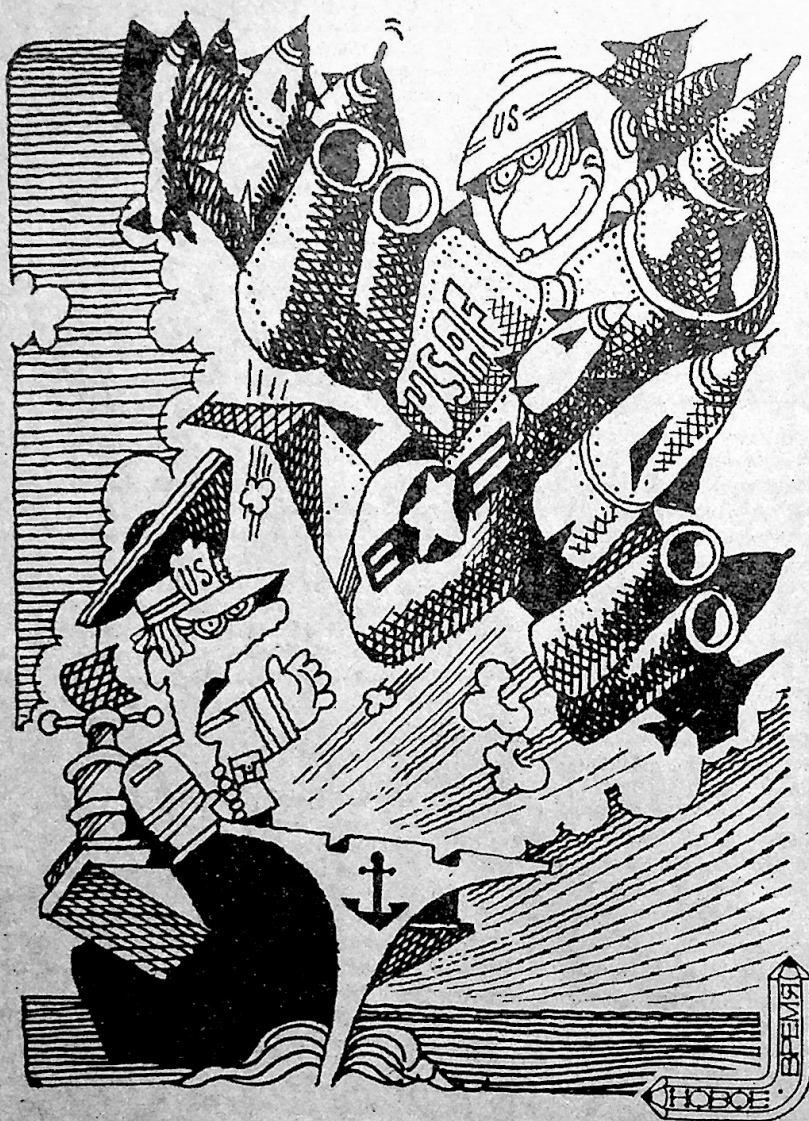
Das Gleichgewicht dabei ist instabil, was nicht nur in Moskau und Peking, sondern überall bemerkt wurde, wo die Dynamik der Rüstungspolitik Japans beobachtet wird.

Die wohlwollende Reaktion des Pentagon wurde von einer besorgten Äußerung des ehemaligen US-Außenministers Henry Kissinger in den Hintergrund gedrängt. Sein umfassender Beitrag über die Umrüstung Japans erschien in der Zeitung "Newsday" und wurde

einen Tag später mit einigen Veränderungen von der "Washington Post" nachgedruckt. Japan, das diese Haushaltsbarriere beseitigte, "wird unausweichlich zu einer bedeutenden Militärmacht", schrieb Kissinger. "Das verlangt von den USA eine, wenn auch späte Neueinschätzung ihrer Sicherheitsinteressen in Asien."

Warum ist Kissinger unzufrieden? Die amerikanischen Politiker und Militärs gehen gewöhnlich davon aus, daß die Stärkung der "Selbstverteidi-

gungskräfte" im Interesse der USA liegt, und drängen die japanischen Partner zu weiterer Aufrüstung. In Tokio hat man nichts dagegen und jagt seinen Bürgern mit der "Bedrohung aus dem Norden" Angst. Kissinger ist entschieden gegen dieses Argument: Selbst die eher bescheidenen Selbstverteidigungskräfte reichen aus, um einen potentiellen Aggressor in die Schranken zu weisen. Japan mit seinen Streitkräften wolle eben die Rolle einer, zumindest regiona-



"Melde nach Bagdad die Dislozierung iranischer Einheiten und gib Teheran noch ein paar Waffen!"

Zeichnung: W. Arsenjew

len, Supermacht spielen. "Die Begeisterung für schnelle Beschlüsse", konstatierte der Ex-Außenminister, "ist eine gefährliche Tendenz der Außenpolitik. Die großangelegte Umrüstung wird zu Entwicklungen und Versuchungen führen, über die sich den heutigen Erklärungen nach schwer urteilen läßt... Die Verstärkung der Macht eines Landes wird zu einer fast automatischen Kräftekorrektur durch alle anderen Staaten, die für ihre Sicherheit sorgen können, führen."

Die militärischen Schritte Tokios beschleunigen das regionale Wettrennen. In China werden die Handlungen Japans aufmerksam verfolgt. Die Länder Südasiens werden gegenüber der Verstärkung der japanischen Streitkräfte nicht gleichgültig bleiben können. Die militärischen Kompensationsmaßnahmen eines dieser Staaten werden ihrerseits dessen Nachbarn zum Handeln zwingen: All das wird die Interessen vieler Staaten — von Australien bis zur KDVR, von Indien und der Mongolei bis zu den Philippinen und Indonesien — berühren. Hier, in Asien, mangelt es nicht an alten Konflikten, die jeden Augenblick wieder akut werden können...

Den Ex-Außenminister beunruhigt allerdings nicht die Wahrscheinlichkeit neuer Tragödien, sondern die für die USA durchaus reale Aussicht, ihren Einfluß in der Region zu verlieren. So kritisiert Kissinger seine Regierung, sie besitze keine Asienpolitik.

Die aktive Ost-Diplomatie Moskaus kam für Washington wie für Tokio überraschend. Sie müssen sich umstellen. Die USA gaben bekannt, sie wollten den kleinen Staaten des Südpazifiks, die in ihrem Streben nach Selbständigkeit in der internationalen Praxis übliche Kontakte mit der Sowjetunion herstellen, schnellstmöglich Kredite geben. Japan seinerseits legte das erste wirtschaftliche Hilfsprogramm der Nachkriegszeit für die Länder des Pazifikraums vor.

Auf Grund ihrer konstruktiven Tätigkeit in Asien haben Ansehen und Gewicht der sozialistischen Länder regional wie weltweit zugenommen. In diesem Kontext, schreibt die

japanische Zeitung "Asahi", ist die Aufnahme diplomatischer Beziehungen MVR—USA zu sehen.

Bei den Gesprächen des MVR-Außenministers M. Duguersuren in Moskau wurden neue Schritte beider Länder zur Förderung der gesamtasiatischen Sicherheit erörtert. Diese Region braucht besonders heute eine dynamische und vielseitige Diplomatie, die früher hier fehlte. Doch das darf nicht eine Diplomatie sein, die auf Stärke setzt, ähnlich dem kurzfristigen Beschluß Tokios, eine unbeschränkte Verstärkung der "Selbstverteidigungskräfte" zu erlauben.

L. MLETSCHIN

NIKARAGUA

Kampf den Spekulanten

● DIE VERTEIDIGUNG DER REVOLUTION, DEREN WEITERENTWICKLUNG VERLANGEN VON DEN NIKARAGUANERN ENORME ANSTRENGUNGEN — UND NICHT NUR IN DEN KAMPFHANDLUNGEN GEGEN DIE VON DEN USA BEWAFFNETEN CONTRAS. EINE DER WICHTIGSTEN AUFGABEN DER BEHÖRDEN IST DIE ÜBERWINDUNG DER WIRTSCHAFTSPROBLEME.

Sehr akut stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage des Kampfes gegen die weitverbreitete Spekulation in Nikaragua, die verschiedene Ursachen hat. Das Land macht schwere Zeiten durch. An vielem mangelt es. Die Inflation wütet. Der chronische Devisenmangel wirkt sich auf die Wirtschaft aus, führt zu einem akuten Mangel an Roh- und Werkstoffen, Ersatzteilen und Anlagen, die für die einfache Reproduktion erforderlich sind.

Verhängnisvoll wirkt sich auch die amerikanische Politik des Handelsboykotts gegen Nikaragua aus, da sich die Wirtschaft des Landes lange Jahre vor allem auf die USA und deren Technologie orientierte.

Von den Ersatzteillieferungen aus den Vereinigten Staaten hängen bis heute einige Betriebe ab. Victor Tirado Lopez, Mitglied der Nationalleitung der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront, führte kürzlich in Mexiko auf der Tagung der UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik Angaben über den materiellen Schaden an, den die Republik durch den nichterklärten Krieg der USA genommen hat: Er liegt bei über 2,8 Md. Dollar — mehr als 50 Prozent der gesamten Auslandsverschuldung Nikaraguas.

Unter den bewaffneten Überfällen der Contras leidet besonders die Landwirtschaft im Norden. Die Somozistas zerstören landwirtschaftliche Betriebe, Genossenschaftsbauten, Brücken und Hochspannungsleitungen, stören die Kaffee- und Baumwollernte.

Die jetzigen Schwierigkeiten haben auch subjektive Gründe. Die Produktionsdisziplin ist unzureichend, unregelmäßig arbeiten viele Versorgungsbetriebe und -ämter.

Die in Managua erscheinende Zeitung "Nuevo Diario" meint, daß am Erscheinen von Waren auf dem Schwarzmarkt in vielem die schlechte Kontrolle über die Güterlagerungsbedingungen, über die Versorgungszentren der Werktätigen sowie die zahlreichen kleinen Geschäfte und Läden, die meist in Privatbesitz sind, schuld ist.

Mit Staatssubventionen versuchte die Regierung niedrige Preise für die Bedarfsgüter zu gewährleisten. Doch nicht selten führte diese Maßnahme zur Bereicherung der Händler, die billige Waren versteckten, sie dann aber auf dem Schwarzmarkt absetzten. Allein in Managua gibt es 28 000 neue Händler, die an ungesetzlichen Handelsoperationen profitieren.

Kürzlich nahmen Journalisten der Zeitung "Nuevo Diario", die eine umfassende Kampagne gegen die Spekulanten führt, eine Kontrolle der Geschäfte, Restaurants und Märkte vor. Dabei wurde ermittelt, daß allein auf dem belebten Ostmarkt der Hauptstadt die Hälfte der Händler gegen das Gesetz über den Schutz des Käufers verstößt: Die Preise für alle

Lebensmittel und Waren dort waren überhöht. Die Preise auch in einigen Verkaufsstellen für Bier und Erfrischungsgetränke schnellen in die Höhe. Die Journalisten entdeckten eine ungleichmäßige Verteilung der Waren auf Bars und Restaurants. Wie sich herausstellte, werden nur jene, die den Getränkespediteuren Schmiergelde geben, gut versorgt.

Presse und Rundfunk enthalten in letzter Zeit aktiv die Spekulanten, und die revolutionären Behörden ergreifen verschiedene Maßnahmen gegen die Spekulation. So wurde im Januar in Managua eine Reihe von Operationen gegen Spekulanten durchgeführt, bei denen eine große Menge von Medikamenten, Getreide, Zucker und Speiseöl, bestimmt für Schwarzmarktgeschäfte, konfisziert wurde. Im Wohnviertel "Oscar Benavides" versuchten Spekulanten Widerstand gegen die Handlungen der Polizei zu leisten. Sie schrien Beleidigungen und zettelten sogar eine Schlägerei an. Nichtsdestoweniger wurde die Operation "Mit eiserner Faust gegen die Spekulanten" fortgesetzt, da sie die volle Unterstützung der werktätigen Bevölkerung, die die Errungenschaften der Revolution verteidigt, hat.

W. DOLGOW
NZ-Korrespondent

Managua

USA--SÜDAFRIKA

Alte Positionen bekräftigt

● IN WASHINGTON TRAFEN AM 28. JANUAR DER PRÄSIDENT DES AFRIKANISCHEN NATIONALKONGRESSES (ANC) VON SÜDAFRIKA, OLIVER TAMBO, UND US-AUSSENMINISTER GEORGE SHULTZ ZUSAMMEN.

Auf so hoher Ebene hatte es bislang Kontakte zwischen Führern des ANC und offiziellen Vertretern der USA nicht gegeben. Das ist ein denkwürdiges

Ereignis, und man kann denjenigen zustimmen, die darin eine Veränderung in der amerikanischen Politik gegenüber Südafrika sehen. Doch eine Veränderung in nur einem einzigen Aspekt: In Washington ist man sich offenbar bewußt geworden, daß ohne die Teilnahme dieser führenden antirassistischen Organisation eine Regelung in Südafrika un-

Diesbezügliche Aufrufe liefen darauf hinaus, offene Türen einzurennen. Wie der Sprecher des State Department erklärte, konzentrierte Shultz das 50 Minuten lange Gespräch mit Tambo vor allem auf die Frage nach der Position des ANC gegenüber gewaltsamen Kampfmethoden. Er erinnerte an die wiederholten Aufrufe der USA an die RSA-Regierung

ja für den ANC bedeutet, die Waffen zu strecken, während Polizei und Armee der RSA die Siedlungen der Schwarzen faktisch okkupiert haben. Um Verhandlungen möglich zu machen, erklärte Tambo, sei es erforderlich, den Druck auf Pretoria zu verstärken. Er bezeichnete die vom US-Kongreß verhängten Sanktionen gegen die RSA als "ermutigend", doch betrachtete sie als unzureichend: Nur umfassende Sanktionen könnten die Rassisten zur Vernunft bringen.

Shultz wollte diese Frage nicht einmal erörtern. "Unsere Haltung gegenüber Sanktionen bleibt unverändert", erklärte der Sprecher des State Department. Dem ANC-Führer gelang es also nicht, irgendwelche Veränderungen in der faktisch prosüdafrikanischen Politik der US-Administration zu bewirken.

Was aber die Haltung der USA angeht, so denken sie offenbar schon daran, wie sie ihre Positionen in Südafrika bewahren können, nachdem dort das Rassistenregime zusammengebrochen und die schwarze Mehrheit an die Macht gekommen sein wird. Für diesen Fall sind die führenden US-Repräsentanten um Kontakte zu den Führern verschiedener politischer Strömungen in der RSA bemüht. So traf Reagan wiederholt mit Gatsha Buthelezi zusammen, der die "gemäßigten" Politiker der schwarzen Mehrheit anführt. Auf sie baut Washington vor allem. Doch das State Department, das nicht nur auf ein Pferd setzen will, beschloß, Kontakt auch zum ANC aufzunehmen.

J. BOTSCHKARJOW

SCHWEDEN

Wohin führt die Hauptspur?

• AM 30. JANUAR WÄRE OLOF PALME 60 GEWORDEN. DOCH VOR EINEM JAHR MACHTE EINE KUGEL DEM LEBEN DES SCHWEDISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN EIN

ENDE. DIE SUCHE NACH DEN VERBRECHERN GEHT WEITER.

Am 20. Januar führte die Polizei in einem Stockholmer Viertel eine Razzia durch. 20 Personen, die man der Komplizenschaft an der Ermordung Olof Palmes verdächtigte, wurden festgenommen und verhört.

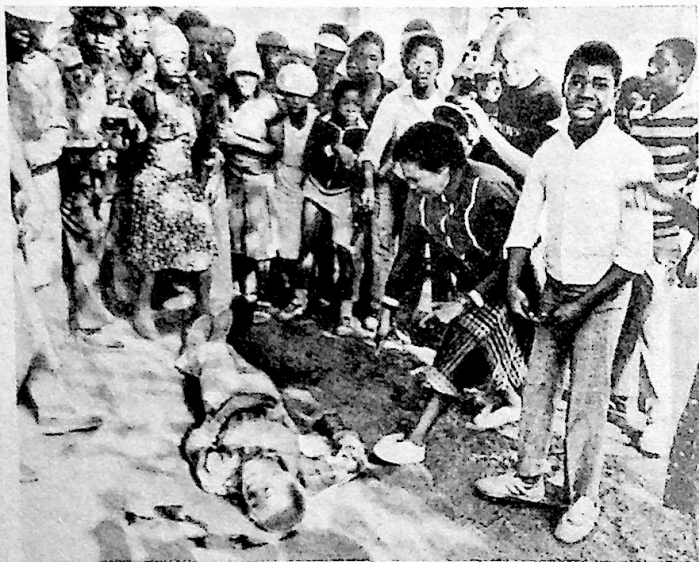
Die Operation im Morgengrauen wurde zum Höhepunkt bei der Verfolgung der Version der "Hauptspur", der die Suchergruppe unter dem Stockholmer Polizeichef Kommissar Hans Holmer nachgeht. Kurz vor der Razzia versicherte er: "Ich bin zu 95 Prozent davon überzeugt, daß wir den richtigen Weg gehen." Worauf gründete sich die Zuversicht des Kommissars? Und wohin führt die "Hauptspur"?

Im November 1985 wurde in Stockholm ein gewisser K. Güner, Mitglied der "Kurdischen Arbeiterpartei" (KWP), die von der schwedischen Regierung als terroristische Organisation angesehen wird, ermordet. Das Mordmotiv offenbar — Rache für dessen Trennung von der KWP. Bei der Untersuchung dieses Verbrechens gelangte die Polizei zu dem Verdacht, daß der Mörder kein Einzeltäter war, und verhaftete drei Personen. Die Recherchen sollten Querverbindungen zur Ermordung Palmes offenlegen. So wurde es zumindest im offiziellen Kommuniqué von Oberstaatsanwalt Claes Zeime und Hans Holmer auf deren Pressekonferenz am Abend des gleichen Tages behauptet.

Die zahlreichen Journalisten, darunter auch ich, mußten lange anstehen, bevor sie das Gebäude des Polizeiamts betreten durften: Jeder Besucher wurde peinlich genau untersucht. Das lange Warten und die wenig angenehme Einlaßprozedur würden sich, wie es schien, nun durch neue wichtige Fakten im Mordfall Palme bezahlt machen. Aber das sollte leider nicht so sein. Wie sich herausstellte, gibt es keinerlei nennenswerte Fortschritte bei der Aufdeckung des Verbrechens.

Einer der Verhafteten, ein 38jähriger Schwede finnischer Abstammung, erklärte zunächst, er habe geholfen, die Pistole, aus der Palme ermordet wurde, zu beschaffen. Doch

"NEUE ZEIT" 6.87



Noch ein Opfer des Rassistenregimes

Foto: TASS

möglich ist. Doch wenn man in Washington auch einiges begriffen hat, so doch weitaus nicht alles. So behauptete die Fernsehgesellschaft NBC, das State Department habe sich um dieses Treffen bemüht, wobei es den "Widerstand des Weißen Hauses zu überwinden hatte". Und nicht nur den. Der Einladung des ANC-Präsidenten in die USA widersetzten sich die Anhänger des RSA-Rassistenregimes, von denen es im und um den Kongreß nicht wenige gibt. Sie zimmerten sogar eine "Koalition gegen den Terrorismus des ANC" zusammen und führten eine Protestdemonstration durch. Sie verlangten, der Außenminister solle Tambo dazu bringen, Gewalt zu verurteilen, und, sollte dieser sich weigern, erklären, daß die USA sich gegen eine Teilnahme des ANC an der politischen Zukunft der RSA wenden würden.

und an den ANC, ein Abkommen über die Beendigung der Gewalt zu schließen und Verhandlungen aufzunehmen. Solche Aufrufe waren tatsächlich aus Washington zu vernehmen — doch sie waren nichts als Heuchelei. Ist es ja nicht erforderlich, den ANC zum Dialog zu bewegen: Seine Führer traten stets für eine friedliche Lösung der Apartheid ein. Oberdies appellierte Tambo an die USA, Vermittler bei dem Versuch zu werden, die weißen und die schwarzen Südafrikaner am Verhandlungstisch zusammenzuführen. Doch in der heutigen Lage fehlen dafür die Voraussetzungen, da Pretoria kategorisch derartige Verhandlungen verweigert.

Shultz' Versuch, einen Verzicht des ANC auf den bewaffneten Kampf gegen das Apartheidregime zu erzwingen, blieb erfolglos. Hätte dies

bereits am nächsten Tag nahm er seine Aussagen entschieden zurück. Keinerlei gewichtige Beweise gegen die Festgenommenen wurden gefunden, und der Verdacht überzeugt nicht. Das rief die offene Unzufriedenheit einer Gruppe von Staatsanwälten hervor, die 1986 eingesetzt worden waren, um den Gang der Untersuchung zu überwachen (eben sie wird von Claes Zeime geleitet).

Fast das ganze Jahr, in dem die Untersuchung läuft, lassen sich Presse, Rundfunk und Fernsehen Schwedens immer wieder über Widersprüche zwischen den Staatsanwälten und der Sucherguppe aus. Darüber beklagte sich übrigens auch Zeime auf der Pressekonferenz. Die "totale Kluft", wie die Zeitung "Expressen" schrieb, wurde allen deutlich. Die Unzufriedenheit ist gegenseitig. Die Staatsanwälte behaupten, Holmer habe sich auf die Version der Hauptspur versteift, ohne irgendwelche überzeugenden Beweise für die Komplizenschaft der KWP an dem Mord zu besitzen. Die Untersuchungsrichter ihrerseits sind wütend: Die Staatsanwälte ließen sie nicht normal arbeiten, mischten sich ein und trieben sie zur Eile. Im Grunde erfolgte die Razzia weitgehend unter dem Druck der Staatsanwälte. Sie standen der "Hauptspur" sehr skeptisch gegenüber und wollten so das Tüpfelchen auf's i setzen, indem sie die Glaubwürdigkeit der Version Holmers klärten. Der Kommissar mußte nach dem Prinzip "alles oder nichts" verfahren. Die offenkundig mißglückte Razzia brachte Holmer in eine heikle Lage.

Lassen wir die Differenzen beiseite, die kaum helfen, das Geheimnis der Ermordung Palmes zu lüften. Doch offenbar endete die "Hauptspur" bislang in einer Sackgasse. Der Staatsanwalt ist mit seiner Geduld am Ende.

"Wir müssen alles von Anfang an neu aufrollen, müssen an den Tatort zurückkehren, erneut die Zeugen befragen", meint Zeime. Er ist davon überzeugt, daß neue "interessante Spuren" gefunden werden können.

D. POGORSHELSKI

NZ-Sonderkorrespondent

Stockholm

ISLAMISCHE KONFERENZ-ORGANISATION

Sorgen und Hoffnungen

● DAS IN DEN LETZTEN JANUARTAGEN IN KUWEIT EINBERUFENE 5. GIPFELTREFFEN DER TEILNEHMERLÄNDER DER ISLAMISCHEN KONFERENZORGANISATION(OIC) FAND, AUCH WENN ES ALS ORDENTLICHES TREFFEN BEZEICHNET WURDE, IN EINER AUSSERORDENTLICHEN LAGE STATT.

Wie der Emir von Kuwait, Jaber al-Sabah, bei dessen Eröffnung erklärte, wird die islamische Welt, seit Imperialismus und Zionismus nach arabischen Gebieten greifen, ständig mit Gewalt und Aggression konfrontiert. Millionen Moslems verspüren am eigenen Leib die verheerende Wirkung der in verschiedenen Gebieten der islamischen Welt ungeklärten regionalen und lokalen Konflikte. Die Sorge um den Weltfrieden ist den Moslems ebenfalls nahe. Ist ja die Gefahr eines nuklearen Winters selbst jenen verständlich, die nie einen Winter erlebt haben.

Die OIC war auf dem Gipfeltreffen der islamischen Länder in Rabat 1969 gegründet worden, bald nach dem Versuch der israelischen Zionisten, eines der Hauptheiligtümer des Islam, die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem, in Brand zu stecken. Alle späteren Gipfeltreffen wurden zu Zeiten verschärfter Spannungen einberufen. Die zweite Konferenz in Lahore (1974) trat nach Beendigung des Oktoberkrieges von 1973 im Nahen Osten zusammen. Die Teilnehmer der dritten Konferenz in Mekka (1981) konzentrierten sich auf die Lage in der Golfregion im Zusammenhang mit dem Be-

ginn des iranisch-irakischen Krieges. Auf der vierten Konferenz in Casablanca (1984) ging es um die kritische Lage in Libanon im Zusammenhang mit der Invasion der USA, Israels und der NATO.

Diesmal ist die Lage gleich in mehreren traditionell islamischen Regionen kritisch — im Nahen und Mittleren Osten, in Nord- und in Zentralafrika. Die Konferenzteilnehmer bezeichneten als Herausforderung der gesamten islamischen Welt den Versuch der Zionisten (am Vorabend des Kuweiter Treffens), ein weiteres Heiligtum zu sprengen — die Moschee in El-Khalil im Westjordanland. Noch provokatorischer ist die bis heute andauernde demonstrative Flottenkonzentration der USA im östlichen Mittelmeer und in der Golfregion. Das Echo des Krieges hallte auch in Kuwait selbst wider: Ölanlagen auf der Insel Failaka wurden von See aus beschossen, und zwei starke Explosionen ereigneten sich in der Hauptstadt... Es folgten Drohungen unbekannter Extremisten gegen die Konferenzteilnehmer. Und das machte es erforderlich, außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen.

In den Konferenzreden und Abschlusdokumenten fand die Beunruhigung von mehr als 40 Staaten über die verstärkten Spannungen in der Welt überhaupt und die explosive Lage in dem traditionellen Verbreitungsgebiet des Islam Ausdruck. Viele Teilnehmer verwiesen auf die Notwendigkeit, unter diesen Bedingungen die islamische Solidarität zu stärken.

In der Abschlusserklärung wurde das Forum von Kuwait als "Konferenz der islamischen Solidarität" bezeichnet.

Die Konferenz verurteilte die amerikanisch-israelische strategische Zusammenarbeit und forderte "effektive Maßnahmen gegen die Gefahren, die von dieser Allianz ausgehen". Die Idee der Einberufung einer internationalen Nahostkonferenz unter Teilnahme der ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates und aller interessierten Seiten, einschließlich des einzig legitimen Vertreters des palästinensischen Volkes, der PLO, wurde unterstützt.

Die Konferenz bekräftigte die Forderung nach dem vollständigen Abzug der israelischen Truppen aus allen besetzten arabischen Gebieten und nach der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes. Die Konferenz verurteilte die Umtriebe gegen Libanon, die amerikanische Aggression gegen Libyen, die feindselige Kampagne gegen Syrien und andere islamische Länder.

Die Teilnehmer der Konferenz von Kuwait prangerten den Staatsterrorismus an und wiesen Versuche zurück, den Terrorismus mit dem legitimen Freiheitskampf der Völker gegen alle Formen des Kolonialismus und des Rassismus zu identifizieren.

Der iranisch-irakische Konflikt stand als eine der wichtigsten Fragen auf der Tagesordnung der Konferenz, doch der Schlüssel zu dessen Lösung wurde nicht gefunden. Die Teilnehmer des Treffens riefen Iran und Irak auf, einen Waffenstillstand zu vereinbaren und eine politische Regelung in Angriff zu nehmen. Doch den letzten Meldungen von der iranisch-irakischen Front zufolge fruchtete dieser Aufruf nichts. Teheran boykottierte die Konferenz — wegen der Anwesenheit von Vertretern Bagdads.

Das Forum begrüßte die Anstrengungen zu einer politischen Regelung der "afghanischen Frage". Doch es selbst leistete dazu keinen eigenen Beitrag. In nicht geringem Maße erklärte sich das durch den weiter geltenden früheren Beschluß, die Mitgliedschaft der DR Afghanistan in der OIC ruhen zu lassen. Er war vor einigen Jahren unter dem Druck gerade jener Kräfte gefaßt worden, die Gegner einer Friedensregelung sind.

Fast alle auf der Konferenz gehaltenen Reden endeten mit dem traditionellen islamischen Gruß: "As Salam Aleikum" ("Friede sei mit euch!"). Wohl noch nie in der gesamten Geschichte des Islam hatte er einen so tiefen politischen Sinn, wurden solche Hoffnungen in ihn gelegt wie in unserer heutigen, beunruhigenden und verantwortungsvollen Zeit.

L. MEDWEDKO



IST EINE KERNWAFFENFREIE WELT MÖGLICH UND WIE STELLEN SIE SICH DIE GRUNDLAGEN DER INTERNATIONALEN STABILITÄT VOR?

Valentin Tolstych: EINE GEISTIGE RAKETE INS 21. JAHRHUNDERT

Prof. Valentin Tolstych, Dr. sc. phil.

Die Frage, wie unser Planet von Kernwaffen befreit und der Frieden erhalten werden könne, ist beinahe futurologisch, zugleich aber auch eine Frage, die unmittelbar unser aller Leben betrifft.

Beim Nachdenken darüber, wie sie zu beantworten sei, erinnerte ich mich an ein vor kurzem abgehaltenes Treffen amerikanischer und sowjetischer Soziologen, Politologen, Philosophen, Wirtschaftsfachleute und SF-Autoren. In der altherwürdigen Villa des Moskauer Hauses des Literaten diskutierten sie darüber, wie die Welt im Jahr 2000 und danach aussehen werde. Am erstaunlichsten für mich waren die Kühnheit, mit der gesetzte und durchaus realistisch denkende Menschen in eine ferne Zukunft blickten, und ihr optimistischer Glaube, daß der Frieden erhalten bleibt, daß die Menschheit ewig bestehen wird.

An jenem Abend fiel das Wort Rakete in einem überraschenden Zusammenhang. Einer der Anwesenden meinte, die beiden Supermächte sollten gemeinsam eine "geistige Rakete" entwickeln, um sie in die ferne Zukunft zu entsenden. Selbstredend ist das unglaublich schwierig. Dazu wird man erkennen müssen, was den Sinn des Lebens und das Geheimnis der Verbindung zwischen endlichem und unendlichem Sein ausmacht, aber daneben Selbstkritik üben, damit die späteren Erdbewohner wissen: Wohlstand und wirtschaftliche Expansion allein vermögen den Menschen in keinem wie auch immer gearteten sozialen System glücklich zu machen.

Ich schloß mich dem Gespräch an und sagte, daß ich Futurologen und SF-Autoren beneide: Sie sind instande, Zukunftsvarianten unter Umständen durchzuspielen, da nicht nur die Teilnehmer der Friedensbewegung, sondern auch weitblickende Politiker und real denkende Militärs sich über die Alltäglichkeit der Gefahr immer klarer werden, daß sich unser Planet selber vernichten kann.

Schon das allein läßt fragen: Worauf beruht die Überzeugung der Optimisten, daß die Zukunft friedlich, ja daß sie überhaupt sein wird?

Wir sehen uns in der einzigartigen Situation, da die Zukunft der gesamten Menschheit und jedes einzelnen Menschen erstmals in der Geschichte von unserer — allgemeinemenschlichen! — Fähigkeit abhängt, den Frieden zu erhalten. Die sich vor unseren Augen abspielende Revolution in Militärtechnik hat die Lage von Grund auf verändert und viele gewohnte Vorstellungen über den Haufen geworfen. Vor 30 oder 40 Jahren konnte sich kaum jemand vorstellen, daß der elementare, beinahe "spießerhafte" Wunsch zu überleben die Dominante praktisch aller Menschen sein wird — abgesehen von einigen wenigen, die ihre "Sandkastenspiele" etwas zu weit treiben und seltsamerweise glauben, dieser Kelch werde an ihnen vorübergehen.

Zu unserer Welt gehört heute eine bisher nie dagewesene Realität: Der Krieg ist nicht denkbar. Er hat aufgehört, ein Mittel politischen Zwecks zu sein, ganz gleich, um welche Gesellschaftsordnung es sich handelt.

Viele müssen sich diese objektive Realität erst vergegenwärtigen, um sie als unumstößlich zum heutigen sozialen Dasein gehörend, als "der Wahrheit letzter Schluß", als absolute Wahrheit zu empfinden und zu erkennen. Es mag sonderbar anmuten, aber die Überzeugung von der Möglichkeit einer friedlichen Zukunft "hält sich" auf einer Grundlage, die, obwohl durch die äußerst widersprüchliche Entwicklung der menschlichen Zivilisation hervorgebracht, recht fest ist.

Es ist eine Illusion, daß jemandes Sicherheit in unserer "verrückten, verrückten Welt" auf Waffen und auf Angst vor Vergeltung beruhe. Auf Waffen und auf Angst vor "gegenseitig zugesicherter Vernichtung" kann keine Sicherheit ge-

gründet sein, und sie fehlt uns denn auch. Unabhängig davon, zu welchem sozialen System wir gehören, leben wir alle (wenn das noch vollwertiges Leben ist) von früh bis spät mit dem Gefühl, daß das Undenkbare und Unumkehrbare jeden Augenblick passieren kann.

Auf thermonuklearer Angst und Drohung beruht nur ein sehr prekäres Gleichgewicht, das fortwährend gefährdet ist. Nur ein Mensch, egal, ob Politiker oder "Normalverbraucher", der aus den vielen Widersprüchen weder ein noch aus weiß, kann so etwas Garantie vor Vernichtung nennen.

Das echte Drama unserer Zeit, das sich jeden Tag zu einer Tragödie auswachsen kann, besteht darin, daß nur ganz wenige von uns heutigen Erdbewohnern aus der Welt, in der wir leben und an die wir — leider! — gewohnt sind, Waffen wegdenken und es sich vorstellen können, daß diese Welt eines wirklich schönen Tages waffenfrei sein könnte. Nun darf die Bedeutung der menschlichen Vorstellungen natürlich nicht über-, aber auch nicht unterschätzt werden, sieht man doch, wie viele Politiker, Militärs und Ideologen sich von objektiv überholten, ausgehöhlten Dogmen noch immer lassen leiten.

Die für alle Menschen gültige Wahrheit "Du sollst nicht auf deinem Lieblingsgedanken bestehen" ist weder im Alltag noch in der Politik von allen anerkannt und angeeignet worden. Es handelt sich nicht um die Preisgabe teurer Prinzipien und Überzeugungen, für die der Mensch selbst sein Leben zu opfern bereit wäre, sondern darum, andere zu überzeugen, ohne ihnen die eigene Wahrheit aufzuzwingen. Es ist niemandem gelungen, andere mit Gewalt glücklich zu machen.

Der Satz "Es gibt wichtigere Dinge als den Frieden" ist von sehr zweifelhaftem Wert. Aber selbst wenn man ihm einen relativen Wert zuerkennt, muß man gleich den Vorbehalt machen: Wer sich zu dieser These bekennt, muß auch wissen, daß er den Frieden, alles Leben, die Existenz unseres Planeten riskiert, daß er sich eine schwere Schuld auflädt. Viel zu viele nämlich mögen es leicht: "Fortschritt", "Freiheit und Gerechtigkeit", aber auf fremde Kosten.

Nun wollen wir, ohne das wirklich äußerst komplizierte Problem zu vereinfachen, auf die oben gestellte Frage eine direkte Antwort zu geben versuchen. Ist

eine kernwaffenfreie Welt sicher und möglich? Die Antwort ist leider alternativ.

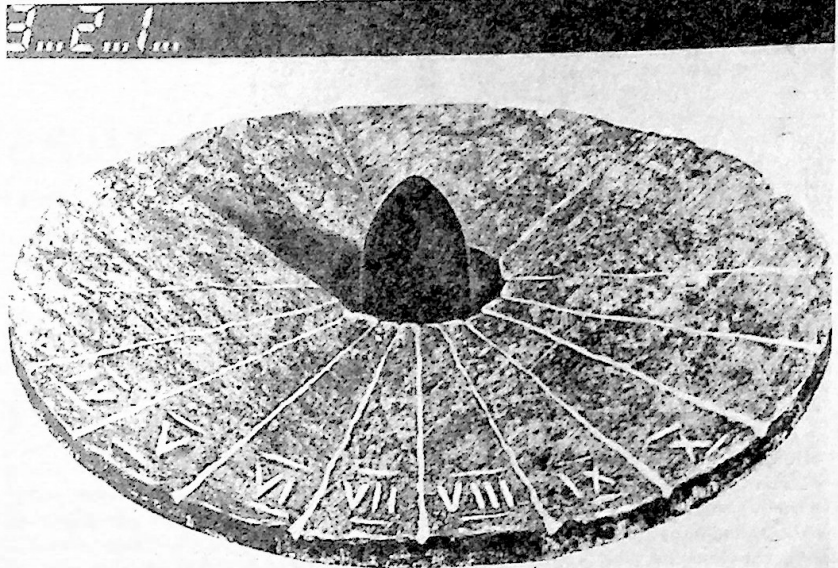
Nein, unmöglich! Unmöglich, wenn die Welt selbst trotz Abrüstung die alte, aus jedem Anlaß in Feindseligkeit entbrennende Welt bleibt und wenn jedes soziale System auf seinen "Lieblingsgedanken" bestehen, anderen die eigene Denk- und Lebensweise aufzwingen wird und in den Beziehungen zwischen Völkern und Staaten nach wie vor Unduldsamkeit, Argwohn, Selbstgenügsamkeit und Arroganz vorherrschen.

Ja, möglich! Möglich, wenn sich gleichzeitig mit der Abrüstung die Welt selbst verändert, wenn sich in den Beziehungen zwischen Völkern und Staaten die Grundnormen von Moral und Gerechtigkeit durchsetzen. Möglich, wenn das Recht jedes Volkes auf die Bestimmung seines historischen Schicksals ein unantastbares Prinzip der weiteren Entwicklung der Zivilisation wird und die sozialen Systeme, um ihre "Überlegenheit" zu beweisen, die zahlreichen Probleme und Widersprüche des menschlichen Daseins bewältigen werden, jene Probleme und Widersprüche, die für unsere Zivilisation beschämend und für Menschen mit Gewissen unerträglich sind.

Offenbar ist es an der Zeit, Rahmen und Ziele der mittlerweile langjährigen Verhandlungen fester zu umreißen. Man muß versuchen, eine andere Welt aufzubauen, eine Welt, die keine Waffen brauchen und in der deshalb das Problem der Sicherheit entfallen wird. Man könnte die Tagesordnung der Verhandlungen vielleicht auch so formulieren: Prinzipien des Aufbaus einer waffenfreien Welt.

Wer diesen Vorschlag als verfrüht oder utopisch ansieht, dem könnte man erwidern: Die hier in Rede stehende Frage ist, wie am Anfang dieses Artikels schon gesagt, in ihrer Konkretheit vital, aber auch futurologisch. Zudem besteht das Wesen neuen Denkens nicht nur in der Fähigkeit, die Wahrheit der Realität, des "Fakts", zu akzeptieren, sondern auch in dem Vermögen, das Modell einer waffenfreien Welt aufzubauen und die in vieler Hinsicht zweifelhaften Vorteile der vom Menschen erschaffenen Zivilisation zu beseitigen. Die Zivilisation selbst, ihre Fähigkeit zur Selbsterhaltung und Selbsterneuerung wird einer Festigkeitsprobe unterzogen.

Vor einigen Jahren, zur Zeit der Stories um die "fliegenden Untertassen", fragte ich einen Physiker von Weltruf, ob das Auftauchen von Außerirdischen an sich möglich sei. Das ehrenwerte Akademiestmitglied antwortete mir: "Ich glaube, das ist unmöglich. Eine Zivilisation, die diese Aufgabe intellektuell, technisch und technologisch zu bewältigen weiß, wird sich vernichten, noch bevor sie ein solches Projekt verwirklicht." Die Tatsache, daß das Problem, das wir jetzt diskutieren, überhaupt entstehen konnte, läßt diesen Gedankengang (diese Warnung?) des Wissenschaftlers aufmerksamer prüfen.



Plakat von N. und A. Jemeljanenko zum internationalen Wettbewerb "Für Frieden und sozialen Fortschritt"

Jean Verstappen:

FÜR BRÜDERLICHKEIT UND FRIEDEN

Jean Verstappen, Mitglied des Präsidiums des Weltfriedensrats, ehemaliger Abgeordneter des belgischen Parlaments.

Die NATO-Führer behaupten, der Frieden sei seit 40 Jahren dank ihrer Militärpolitik und Nuklearstrategie gesichert. Das ist natürlich strittig.

Der Frieden setzt feste Freundschaft zwischen allen Ländern voraus. Was wir jetzt in Europa haben, ist ein Zustand ohne Krieg. Hier befinden sich mehr konventionelle und nukleare Waffen als anderwärts auf der Erde. Sie stellen eine konstante Bedrohung dar. In anderen Weltgegenden wurden in den letzten 40 Jahren zahlreiche Kriege angezettelt, und in manchen Gegenden dauern noch jetzt blutige Konflikte an. Die Hortung von Kernwaffen in Mengen, die alles Leben auf Erden auslöschen können, und die Verlegung solcher Waffen in den Weltraum lassen die Gefahr eines Konflikts gefährlich anwachsen. So etwas ist widernatürlich, und die Politik, die diesen Prozeß vorantreibt, ist unverantwortlich.

Kann eine Welt ohne Kernwaffen noch geschaffen werden? Das muß geschehen. Auf der Erde bestehen viele akute Probleme: Hunger, Krankheiten, Elend, Arbeitslosigkeit, Auslandsschulden, Ver-

seuchung und Vernichtung der Umwelt etc. Dabei existiert der Mensch ja, um zu schaffen, zu lehren und zu lieben, nicht um zu zerstören und die Zerstörung zu beweinen. Er hofft auf eine zügige Entwicklung, auf den technischen Fortschritt zu wirklich humanen Zwecken.

Die westlichen Spitzenpolitiker benutzen zur Rechtfertigung der Kernwaffenausrüstung das von den westlichen Massenmedien erdachte Lügenmärchen von der "sowjetischen Bedrohung".

Jeder denkende Mensch weiß aber, daß die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder vor allem am Aufbau einer gedeihenden Wirtschaft interessiert sind, die die Vorzüge ihres sozialen Systems manifestiert. Die Politik der Konfrontation und des Wettrüstens würde die Entwicklungspläne der sozialistischen Gesellschaft ernsthaft gefährden.

Hingegen trägt die Lüge von der "sowjetischen Bedrohung" dazu bei, die Erzeugung riesiger Waffenmengen, sowohl konventioneller als auch nuklearer, zu rechtfertigen. Diese wirft Superprofite ab und mehrt somit die Einnahmen des

Militär-Industrie-Komplexes. Deshalb haben die westlichen Spitzenpolitiker eine Abschreckungsstrategie gewählt, bei der sie die Gefechtsstärke der sowjetischen Waffen übertreiben, um selbst noch mehr Rüstungen erzeugen und die militärische Konfrontation noch steigern zu können. Aus demselben Grunde lassen sie sich auf "Sternenkriege" ein und bleiben bei ihrem Projekt einer Gesellschaft, in der eine bevorzugte Minderheit die eigenen Völker und die der dritten Welt skrupellos ausbeutet. Zu dieser schlimmen Perspektive muß man eine Alternative finden, die für alle in Todesgefahr schwebenden Erdenbürger vorteilhaft ist.

Den verhängnisvollen Prozeß muß man zum Rücklauf zwingen, muß das nukleare Wettrüsten und die Militarisierung des Weltraums zum Stillstand bringen sowie die Nukleartests verbieten. Zugleich muß man Verhandlungen über eine ausgewogene, zunehmende und kontrollierbare nukleare wie konventionelle Abrüstung einleiten und für die internationalen Beziehungen andere Normen erwägen, die nicht auf Gewalt, sondern auf Verständigung und Zusammenarbeit beruhen. Das wird die kommerzielle, wirtschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit zwischen Ost und West, Nord und Süd voranbringen. Dann wird es möglich sein, Methoden zu gemeinsamer Bereinigung der Kardinalfragen zu finden und Finanzwesen und Industrie auf Ziele zu orientieren, die im Interesse aller Länder und Völker liegen. Der Fortschritt in Wissenschaft und Technik wird zur sozialen und geistigen Förderung der Menschheit beitragen.

Ist so ein Programm utopisch? Die Spitzenpolitiker der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten, die "Sechs von Delhi", die vier Kontinente repräsentiert, die Palme-Kommission, die UNO und andere Körperschaften haben viele einschlägige Anregungen gemacht. Ich erinnere an den einseitigen Nuklearteststopp der UdSSR. Die Treffen Michail Gorbatschows und Ronald Reagans in Genf und dann in Reykjavik zeugen davon, daß die beiden Supermächte zu Vereinbarungen fähig sind. Diese sind zwar an sich notwendig, aber nicht ausreichend. Die kleinen Länder, besonders die europäischen, die der NATO, dem Warschauer Vertrag und der Bewegung der Nichtpaktgebundenen angehören, müssen an Verhandlungen und Beschlußfassungen beteiligt sein.

Das Jahr 1986 — das Internationale Jahr des Friedens — ist zu Ende. Dessen Gesamtergebnis ist keineswegs ungünstig. Die Kampfbereitschaft der weltweiten Friedensbewegung, die sowjetischen Vorschläge, der zunehmende Widerstand im US-Kongreß gegen die Politik Reagans, Industrie- und Finanzkreise — das alles zeugt davon, daß sich eine überwiegende Bevölkerungsmehrheit in aller Welt für eine Vernichtung der Waffen einsetzt.

Aspekte des Wahnsinns

Betrachtungen von Robert McNamara

Es kommt vor, daß Wortkombinationen mit der Zeit so eingeschliffen sind, daß sie fast als organisches Ganzes gedacht werden. Wettrüstungswahnsinn ist eine solche Formulierung.

Worin besteht der Wahnsinn? In London, Paris und anderen westeuropäischen Hauptstädten ist man immerhin der Meinung, daß gerade Kernwaffen Europa einen über 40jährigen Frieden garantiert haben und garantieren werden. Zugegeben, inzwischen haben sich mehr Atomwaffen angesammelt, als unbedingt erforderlich, um einen potentiellen Aggressor abzuschrecken. Der Stiefel ist ein paar Nummern zu groß, aber soll man barfuß laufen?

Im Übrigen bedarf die für das Wettrüsten gefundene Diagnose Wahnsinn einer professionellen Anamnese durch den behandelnden Arzt.

Als hierfür geeigneter Spezialist erweist sich Robert McNamara mit seinem Buch "Fehler, die die Katastrophe in sich bergen".

Er leitete das Pentagon unter den Präsidenten Kennedy und Johnson als 8. Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten. Sein energischer Führungsstil führte dazu, daß man die Gesamtheit der damals von ihm durchgesetzten Reformen "die McNamara-Revolution" nannte. Unter anderem wurden die noch auf Präsident Eisenhower zurückgehenden Pläne zur Erweiterung des Kernwaffenarsenals revidiert, und zwar dahingehend, daß man es in kürzerer Frist erweiterte.

Nichtsdestoweniger sprach McNamara schon damals von "einem Gesetz des abnehmenden Nutzeffekts, dem zufolge jede neue Erhöhung der eingesetzten Mittel die allgemeinen Verteidigungsmöglichkeiten proportional herabsetzt". Schon damals betonte McNamara, es gebe ein physisches Limit für ein strategisches Kernwaffenarsenal, das zu überschreiten die reinste Verschwendung wäre. Und weiter: Es sei nicht sinnvoll, mehr als 1600 ballistische Interkontinentalraketen neben 1000 Bombern zu haben, die sehr schnell wieder verschrottet werden müßten.

Dieser Gedanke schlug sich sogar in den Militärausgaben für das Finanzjahr 1965 nieder. Die Ausgaben für Raketen waren nur halb so hoch wie im Finanzjahr davor.

Dann kam die Zeit der Mehrfachsprengköpfe, und seitdem werden sie gezählt. Sowjetischen Angaben vom 11. Oktober 1986 zufolge verfügten die USA über 14 800 und die UdSSR über 10 000 Sprengköpfe auf strategischen Trägern.

Wie kommt es nun, daß die Stiefel ein paar Nummern zu groß ausfielen?

McNamara meint, es sei spontan und ohne Voraussicht aufgerüstet worden. Er schreibt, daß jedes Land seine Tausende von Sprengköpfen ohne jeden Plan erlangt habe. Sprengköpfe seien überhaupt erst entwickelt worden, weil man, ohne eine Auswahl zu treffen, jede technische Neuerung eingeführt habe und unfähig gewesen sei, zu begreifen, daß atomare Sprengköpfe eben keine Waffe im herkömmlichen Sinne des Wortes mehr sind.

Hier sollte man präzisierend hinzufügen, daß die Sowjetunion den Vereinigten Staaten vorgeschlagen hat, anzuhalten und z. B. keine die Situation destabilisierenden Mehrfachsprengköpfe einzuführen oder U-Boote der "Ohio"- oder "Tai-fun"-Klasse zu bauen. In Washington lehnte man ab, weil man schon geblendet war von der Überschätzung der eigenen Technologie und der Sucht, die UdSSR bei der nächsten Runde des militär-technischen Fortschritts zu überholen. Diese ewige Jagd nach dem illusionären militärischen Vorsprung wurde unter Hinweis auf die Notwendigkeit beschönigt, eine Oberlegenheit der anderen Seite zu verhindern.

"Als ich noch Minister war", erinnert sich McNamara, "mußte ich andauernd über den Bau der einen oder anderen Waffe entscheiden, um sie den Waffen entgegenhalten zu können, über die die Sowjets unseren Berechnungen zufolge schon morgen verfügen würden. Diese Entscheidungen beruhten auf unvollständigen, widersprüchlichen und andauernd variierenden Informationen.

McNamara schreibt, daß die USA 1961 68 ballistische Interkontinentalraketen hatten und bis 1965 einige hundert in Auftrag gaben, weil sie von der pessimistischsten Variante, was die sowjetischen Absichten betraf, ausgingen. Doch der Ex-Minister konstatiert: "Wir haben die sowjetischen Absichten nicht korrekt eingeschätzt." 1965 stand das Verhältnis zwischen amerikanischen und sowjetischen Raketen 1050 zu 225.

McNamara ist davon überzeugt, daß die bestehenden Kernwaffenarsenale übersättigt sind. Welche Anzahl von Sprengköpfen könnte man denn für ausreichend halten, um die notwendige Abschreckung darzustellen? Der Autor meint: "Höchstens 500, sehr wahrscheinlich sogar bedeutend weniger."

Der frühere Minister erinnert daran, daß bereits 1958/59 die Führung der US Navy vorgeschlagen hatte, die Kernsprengladungen "als unverwundbares Mittel eines Antwortschlages auf annähernd 464 Sprengköpfe zu beschränken".

Ich kann meinerseits hinzufügen, daß zu jener Zeit auch Oskar Morgenstern in seinem Buch "Das Problem der nationalen Verteidigung" etwas ähnliches vorschlug. Der Professor der Universität Princeton, Mitbegründer der Spieltheorie, begründete seine Schlußfolgerungen sowohl logisch als auch mathematisch.

Warum ist daraus nichts geworden, und warum wuchern die Kernwaffenarsenale weiter wie Krebsgeschwüre?

Ein Grund liegt in der Eigendynamik des Wettrüstens, im Fortschritt um des Fortschrittes der Militärtechnik willen. Der zweite Grund ist die ökonomische Interessiertheit der militärisch-industriellen Monopole. Der dritte Grund liegt in den engstirnigen Interessen der Militärs selbst. Der vierte Grund liegt in den nicht weniger engstirnigen, sich aber weitaus edler gebenden Interessen der in der Rüstungsforschung arbeitenden Wissenschaftler.

McNamara spricht über den dritten Faktor, die Militärs und die Sandkastenstrategen, die Atomkriegsszenarien entwerfen. Er schreibt, daß zu seiner Zeit und heute immer noch die Militärdoktrin der USA von einem vorprogrammierbaren Sieg im Atomkrieg ausgeht. Heute schreibt man nur nicht mehr "Sieg", weil das rein semantisch nicht mehr mit radioaktiv verseuchten Ruinen zusammenpaßt, sondern davon, "im atomaren Schlagabtausch die Oberhand zu gewinnen". Das Buch referiert den Standpunkt des US-Verteidigungsministeriums zur Verteidigungsdoktrin für 1984-1988:

"Für den Fall, daß die Abschreckung nicht wirkt und ein strategischer Atomkrieg mit der UdSSR beginnt, müssen die USA die Oberhand gewinnen und in der Lage sein, die Sowjetunion zu zwingen, die Kampfhandlungen so schnell wie möglich und zu für die USA günstigen Bedingungen einzustellen."

Entsprechend modernisieren und erweitern die USA ihr Kernwaffenarsenal um ihres "Kriegführungspotentials" willen. Gleichzeitig erkennen auch dort schon viele, daß es einen Krieg im landläufigen Sinne des Wortes nicht geben wird, sondern ein allgemeines Gemetzel, eine Apokalypse, einen weltweiten Selbstmord, eine letzte Epidemie unter Bedingungen des nuklearen Winters, eine Vernichtung des Klimas — alles, nur keine Einteilung mehr in Sieger und Besiegte.

Es ist also höchste Zeit, den Wettrüstungswahnsinn zu beenden. Der Autor schreibt:

"Wenn wir uns der wertlosen Kriegführungskonzeption entledigen, werden wir sehen, daß viele von den Dingen, die wir haben oder die wir so energisch anstreben, überflüssig oder einfach gefährlich für uns sind, und das unabhängig davon, was die Sowjets machen. Ein schönes Beispiel dafür ist die atomare Aufrüstung Europas."

Es ist McNamara, der daran erinnert, daß die gesamte NATO-Strategie auf dem

Ersteinsatz von Kernwaffen beruht. Aber schon 1955, zur Zeit der Carte-blanche-Übungen war klar, daß ein Einsatz, und sei es nur der sogenannten "taktischen" Atomwaffen, "nicht zur Verteidigung, sondern zur Vernichtung Europas führen würde". Der ehemalige Verteidigungsminister gibt zu, daß ihm kein einziger Plan bekannt ist, in dem nachgewiesen wird, daß ein Einsatz von Atomwaffen den Verteidigungsinteressen der NATO-Länder dienlich sei. Einen solchen Plan hat sich bisher noch niemand einfallen lassen. Dabei beabsichtigen die Teilnehmer des Nordatlantikpakts, schon im Keimstadium des Konflikts ihr auf 5000 Sprengköpfe beziffertes taktisches Kernwaffenarsenal abzufeuern. Das Ergebnis ist die Vernichtung Europas und der Welt.



Der neue strategische US-Bomber B 1-B, der nach dem Willen von McNamaras Amtsnachfolgern die sowjetische Luftabwehr durchbrechen und einen Atomschlag ausführen soll.

Robert McNamara, ehemaliger Pentagonchef und Autor von "Fehler, die die Katastrophe in sich bergen".

Fotos: "Nouvel Observateur" (Frankreich) und "Newsweek" (USA)

Wenn das kein Wahnsinn ist!

Man könnte einwenden, daß alle einschlägigen Vorbereitungen nur der Abschreckung dienen. In Moskau jedoch studiert man die Materialien des US-Verteidigungsministeriums. Einiges davon wurde oben zitiert. In Moskau verfolgt man die amerikanische Aufrüstung genau. Obwohl Amerika nicht beabsichtigt, jemanden zu überfallen, wie McNamara schreibt, "können wir die Sowjets nicht dafür verdammen, daß sie anders denken als wir". Zur Erläuterung verweist er auf den Beschluß, 50 MX-Raketen in Startsilos, die als verwundbar gelten, unterzubringen. "Die Sowjets können nur eine einzige rationale Erklärung für diesen Beschluß finden, und zwar, daß diese Raketen zum amerikanischen Erstschlagpotential gehören, weil sie in diesem Fall nicht mehr in ihren verwundbaren Silos stecken werden, wenn und falls die Sowjets einen Vergeltungsschlag führen sollten."

Als analoger Fall stellt sich aus Moskau auch die amerikanische "Strategische Verteidigungsinitiative" dar. Vor einem Erstschlag gibt es keine Rettung, aber vor einem abgeschwächten Antwortschlag, so mögen sie denken, schützt auch ein unvollkommenes ABM-System, ähnlich wie ein löcheriger Schirm gegen einen Regenguß nichts ausrichten kann, aber immer noch für Nieselregen taugt.

Folglich bedeutet SDI, so McNamara, eine Beschleunigung des Wettrüstens, das schon jetzt unnütz genug ist.

McNamara fordert zwar eine schnelle und drastische Reduzierung der strategischen Kernwaffenarsenale und die Vernichtung der in ihrer Sinnlosigkeit gefährlichen taktischen Kernwaffen, geht aber nicht konsequent weiter und fordert



keine Vernichtung der Atomwaffen überhaupt, ab heute und für immer.

Wenn es aber kein Vertrauen gibt, wie soll man dann kontrollieren? Eine einzige versteckte Atombombe eröffnet die Möglichkeit der nuklearen Erpressung.

Man muß sich das so vorstellen: Je näher wir an eine atomwaffenfreie Welt herankommen, wird auch das Vertrauen der einzelnen Mitglieder der Völkergemeinschaft stärker. Höchstwahrscheinlich läßt sich sogar eine ausreichende Kontrolle für nukleares Material und Raketentechnik realisieren. Das ist vom Standpunkt der intellektuellen Herausforderung auf jeden Fall ein geringeres Problem, als SDI und das Manhattanprojekt selbst.

Außerdem: Welche Alternative gibt es zum Wettrüstungswahnsinn?

G. GERASSIMOW

Von nationaler zu globaler Sicherheit

Interview mit dem Verteidigungsminister Norwegens, Johan Jorgen HOLST

1986 unterbreitete die UdSSR ein Programm der völligen Beseitigung von Kernwaffen bis zum Ende dieses Jahrzehnts und der Herbeiführung einer stabilen und kernwaffenfreien Welt. Wie stehen Sie dazu?

Ich denke, Michail Gorbatschows Programm vom 15. Januar 1986 und die späteren friedlichen Initiativen, darunter die sowjetischen Vorschläge in Reykjavik, bilden einen gewichtigen Beitrag zur Entwicklung des Ost-West-Dialogs. Sie sind ein konstruktiver, aber nur der erste Schritt. Beide Seiten müssen den Willen und die Bereitschaft an den Tag legen, weiterzugehen, flexibler zu sein und auf eine Vereinbarung hinzuwirken. Es kommt darauf an, daß sie willig und imstande sein müssen, einander, wie die Amerikaner sagen, eine Meile zusätzlich entgegenzukommen. Deshalb gilt es meines Erachtens, eine zusätzliche Anstrengung, etwas größer als auf der anderen Seite, zu unternehmen und guten Willen zu zeigen.

Mir gefallen das Flexible und Optimistische an der neuen sowjetischen Diplomatie. Zugleich glaube ich, daß auch die Amerikaner aufrichtig eine Vereinbarung wünschen. Deshalb haben wir allen Grund, mit einem realen Fortschritt zu rechnen.

Wenn die Rede von einer sicheren Welt ist, so muß man im Auge behalten, daß wir neben den Rüstungsproblemen noch viele andere Probleme haben. Sie sind zahlreich, allgemeiner Natur und sehr akut, wie z. B. der Umweltschutz. Die Nationen müssen sich zusammenschließen und Mittel und Wege finden, um alle Gefahren, die auf die Menschheit lauern, zu bannen. Kein einziges Land kann heutzutage seine Wirtschaft einzeln, von den anderen isoliert entwickeln. Wir hängen voneinander ab. Folglich dürfen wir nicht an überholten Zuständen in den zwischenstaatlichen Beziehungen festhalten und müssen Verhaltensmuster erarbeiten, die den Erfordernissen von heute entsprechen. Ich glaube, eine der dringlichsten Aufgaben, denen wir uns gegenübersehen, ist die, den Begriff "nationale Sicherheit" mit modernem Inhalt zu füllen.

Halten Sie das vollständige Kernwaffenverbot für möglich? Wie stehen Sie zu dem Standpunkt, daß SDI eine kernwaffenfreie Welt zusätzlich garantieren würde?

Keine einfache Frage. Vor allem werden wir beide, glaube ich, eine Zeit ohne Waffen oder wenigstens ohne Kernwaffen kaum erleben. Aber vielleicht eine Zeit bedeutender Reduzierungen der Kernwaffen. Ich glaube deshalb daran, weil eine Vereinbarung darüber meiner Meinung nach im Interesse der Supermächte liegt. Die gegenwärtige Waffenanhäufung gewährleistet keineswegs eine größere Sicherheit, im Gegenteil: Sie erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Kriegausbruchs.

Gorbatschow und Reagan haben in Reykjavik ja viel erreicht. Zwar konnten sie keine Vereinbarung erzielen, doch gingen sie ein gutes Ende des Weges dazu. Beide Politiker versuchten, die Probleme in einem weiten politischen Zusammenhang, sozusagen vertikal, zu erfassen, sie begannen mit der Hauptsache, und das ist wesentlich, denn Details ließen sich in einer anderen Etappe, im Rahmen von Weisungen oder Instruktionen festlegen.

Hier erwähnten Sie die "Strategische Verteidigungsinitiative". Offenbar sollten wir uns jetzt nicht zu viele Sorgen über solche spezifischen Programme machen. Wichtig dagegen ist es, den ABM-Vertrag von 1972 zu erhalten sowie zu verhindern, daß das Wettrüsten in den Weltraum getragen wird. Deshalb müssen sich die UdSSR und die USA darüber einigen, daß keine Waffen im Weltraum stationiert werden. Der Weltraum muß für Forschungszwecke, den Flugzeugverkehr und das Fernmeldewesen genutzt werden.

Im Prinzip negieren Sie also die Möglichkeit einer vollständigen und endgültigen Befreiung der Erde von den Kernwaffen nicht?

Es ist meine Überzeugung: Was der Mensch erschaffen hat, das kann er auch aus der Welt schaffen. Der Mensch hat die Kernwaffen entwickelt, er kann sie aber auch vernichten. Doch da er sie nun einmal erfunden hat, muß er vorläufig damit leben. Es gibt viele Dinge, die der

Mensch tun könnte, aber nicht tut, weil er nicht will. Wir müssen danach streben, daß die Menschen einmal soweit sind, das Unnütze der Kernwaffen zu erkennen und sie abzulehnen.

Bis zu dieser Erkenntnis ist ein langer Weg. Doch wir müssen ihn schon heute betreten — nicht nur, weil die sowjetisch-amerikanische Rivalität gefährliche Folgen in sich birgt, sondern auch weil die Zahl der Länder, die Kernwaffen herstellen können, zunimmt. Sie verschwenden Geld, technische und sonstige Ressourcen für die Hochrüstung. Das einzige, was wir können, ist, ihnen klarzumachen, wie kostspielig, ja ruinös das ist.

Ein weiterer Aspekt. Wir leben in einer Welt enormer Ungleichheit. Auf der einen Seite bestehen einige wenige privilegierte und reiche Länder, auf der anderen das ärmliche Gros der Menschheit. Unseren reichen Ländern des Nordens fällt es immer schwerer, den armen Ländern des Südens einzureden, Kernwaffen wären nur für unsere reichen Staaten gut, obwohl diese Waffen bei der Gewährleistung der Sicherheit im Grunde billiger sind. Immer schwerer fällt es uns, ihnen zu sagen: Ihr leidet ohnehin einen großen Mangel und könnt natürlich nicht auch noch an Kernwaffen interessiert sein. Deshalb ist es notwendig, daß die reichen Länder des Nordens eine Welt herbeizuführen versuchen, in der Kernwaffen — anders als in den ersten Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg — nicht die Hauptrolle spielen.

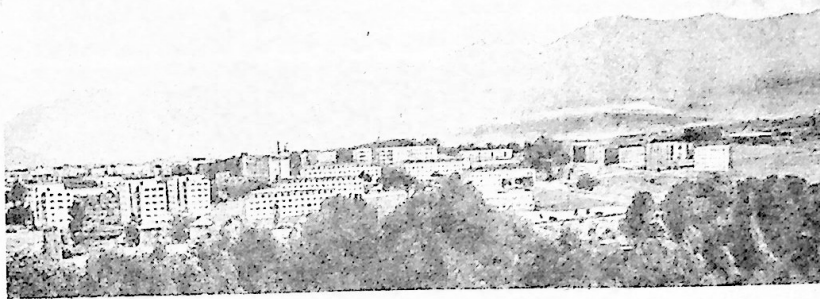
Was sagen Sie zur militärischen Situation auf dem europäischen Kontinent? Ist hier ein Fortschritt möglich?

In Europa stehen zwei Blöcke einander gegenüber. Beide haben eine enorme Kriegsmaschinerie, wobei diese Maschinerie bis zu einem gewissen Grade nicht mehr den heutigen politischen Grenzen in Europa entspricht und gewissermaßen veraltet ist. Das politische Denken stellt sich rascher um. Ich finde, wir haben es hier mit einem Problem zu tun, das dem der strategischen Waffen ähnlich ist.

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß sich die Militärtechnik auf eine Weise entwickelt, die dem Krieg eine immer größere Geschwindigkeit und Intensität verleiht. In Europa nimmt die Angst vor einem Oberrumpelungsangriff der anderen Seite zu. Dieser gegenseitigen Angst entspringt die fehlende Stabilität: Die eine Seite fürchtet, daß die andere bei einer Krise die Initiative ergreift. Die Situation erinnert mich stark an jene von 1914. Aber die heutige Lage läßt sich durch gemeinsame Anstrengungen kontrollieren. Es ist an der Zeit zu erkennen, daß Sicherheit nicht etwas ist, was die eine Seite auf Kosten der anderen erreicht. Sicherheit kann nur gemeinsam, in Zusammenarbeit miteinander errichtet werden. Aber zuvor muß sich diese Erkenntnis im Bewußtsein der Europäer durchsetzen.

Aufgezeichnet von
J. ANDRIANOW

"NEUE ZEIT" 6.87



Prioritäten, Pläne, Kontakte

Auf vielfachen Wunsch unserer Leser, etwas über das moderne Albanien zu erfahren, veröffentlichen wir eine Zusammenstellung von Pressematerialien euro-

päischer sozialistischer Länder. Sie beleuchten einzelne Aspekte der albanischen Wirklichkeit und geben eine Vorstellung von den Außenbeziehungen der Republik.

Gegenwärtig leben 3 Millionen Menschen in Albanien. Ein Drittel der Bevölkerung ist unter 15 Jahre alt, so die ungarische Zeitung "Nepszawa". Die jährliche Geburtenrate liegt bei 32 Neugeborenen pro 1000 Menschen, und die Sterbeziffer beträgt 4-5 pro 1000 Menschen. Das Durchschnittsalter beträgt 26,5 und die durchschnittliche Lebenserwartung 71 Jahre.

Es ist damit zu rechnen, daß die Bevölkerung bis zum Jahr 2000 die Viermillionengrenze erreicht. Somit steigt der Bedarf an Lebensmitteln, Kleidung, Schuhen und langlebigen Konsumgütern. Deshalb wird man sich neben der traditionell vorrangigen Schwerindustrie auch auf die Entwicklung der Landwirtschaft konzentrieren. Auf dem jüngsten IX. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens (PAA) 1986 brachte der Erste Sekretär des ZK der PAA, Ramiz Alia, die Bedeutung von Initiativen vor Ort zur Sprache. Er verwies auf die beispielhafte Lebensmittelversorgung.

Die landwirtschaftliche Bruttoproduktion der Sozialistischen Volksrepublik Albanien soll, wie das im Plan für 1986-1990 vorgesehen ist, um jährlich 6,4 % ansteigen. Gemäß den Beschlüssen des IX. Parteitags sollen der Mechanisierungsgrad der Landwirtschaft, die Düngemittelproduktion und der Anteil bewässerten Landes erhöht werden. Große Aufmerksamkeit gilt auch in Zukunft dem Obst- und Gemüseanbau.

"NEUE ZEIT" 6.87

Als Hauptkraft bei der Steigerung der Agrarproduktion stehen die Kooperativen vor der Aufgabe, den Bedarf der Bevölkerung an Fleisch, Eiern, Obst und Gemüse zu decken. Daneben verwies der IX. Parteitag der PAA, schreibt das "Neue Deutschland", auf die Notwendigkeit einer harmonischeren Verbindung von extensiven und intensiven Produktionsmethoden.

Im Norden Albaniens, im Gebirge, errichteten albanische Bauleute in 2000 m Höhe große Kraftwerke an der Drin, stellt die rumänische "Scinteia" fest.

Vor 20 Jahren begann man mit dem Bau des ersten albanischen Wasserkraftwerks in Vau i Dejes, mit einer Leistung von 250 000 kW. Danach wurde das Wasserkraftwerk in Fierzë mit einer Leistung von 500 000 kW gebaut. Im 7. Planjahr fünf 1981-1985 entstand das größte Wasserkraftwerk bei Koman mit einer Leistung von 600 000 kW.

Auf dem IX. Parteitag der PAA wurde die gegenwärtige internationale Lage analysiert, wurden die außenpolitischen Aufgaben Albaniens festgelegt und einige Fragen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung einer näheren Betrachtung unterzogen. Die bekannten Positionen der PAA und der SVR Albanien zu diesem Problem wurden erneut bekräftigt. Die PAA nimmt als Teil dieser Bewegung das souveräne Recht auf eigene Ansichten für sich in Anspruch. Das

auf dem Parteitag Gesagte ist Ausdruck der bestehenden Wirklichkeit, wie sie in den Komplikationen der internationalen sozialistischen Beziehungen zutage tritt, in den unterschiedlichen Bedingungen, unter denen einzelne Parteien wirken, und einigen durch subjektivistisches Herangehen hervorgerufenen Erscheinungen.

Polen ist für eine erweiterte allseitige und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit mit der SVR Albanien, schreibt die polnische Zeitung "Trybuna Ludu". Wir sind sehr interessiert an einer systematischen Zunahme des polnisch-albanischen Warenaustauschs (von 35 Mio Rubel 1986 auf 46 Mio Rubel 1987). Für unsere Bergbau- und Baumaschinen, energetische Ausrüstungen, Kohle, Walzstahl, Transportmittel usw. erhalten wir u. a. albanische Zitrusfrüchte, Wein, Zigaretten, Baumwoll- und Pelzerzeugnisse, Asphalt, Marmor.

Albaniens zunehmender Auslandshandel ist ein Indiz für lebhaftere Kontakte mit der Außenwelt, besonders für die Zusammenarbeit mit seinen engsten Nachbarn. Vor kurzem hat Albanien einen Vertrag mit der Internationalen Atomenergiebehörde unterzeichnet. Seit Mai 1986 gibt es eine Flugverbindung zwischen Tirana und Zürich.

Wie die tschechoslowakische Zeitschrift "Svet Hospodarstvi" schreibt, ist die CSSR von allen RGW-Ländern Albaniens wichtigster Handelspartner. 1986 belief sich der tschechoslowakisch-albanische Außenhandelsumsatz auf 67 Mio Rubel, und soll 1987 um 29 % ansteigen.

Der Handel mit den sozialistischen Ländern stellt einen unverzichtbaren Bestandteil der albanischen außenwirtschaftlichen Verbindungen dar. Ohne UdSSR und MVR beträgt der Anteil der RGW-Länder am albanischen Warenaustausch 47 %.

In letzter Zeit zeigte sich die Regierung Albaniens an erweiterten Handelsbeziehungen zu kapitalistischen Ländern interessiert, solchen, mit denen Albanien geographisch oder historisch verbunden ist, wie etwa Griechenland, Italien, Frankreich, aber auch zur Bundesrepublik Deutschland.

Albanien hat diplomatische Beziehungen zu Spanien aufgenommen. Zur Zeit laufen noch Verhandlungen mit Großbritannien und der BRD. Viele ausländische Delegationen waren in Tirana, aus Frankreich, Österreich, Norwegen usw. Trotz unterkühlter politischer Beziehungen zu Jugoslawien, schreibt die jugoslawische Zeitung "Vjesnik", entwickeln sich die albanisch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen. 1986 betrug der Warenaustausch zwischen beiden Ländern 100 Mio Dollar, und für 1987 ist geplant, ihn auf 125 Mio Dollar anzuheben.

Unser Bild: Studentenviertel der Universität Tirana

Der Beschluß Ihrer Regierung, die Bildung gemeinsamer Unternehmen zusammen mit westlichen Firmen zu erlauben, hat großes Interesse in Geschäftskreisen gefunden. Meiner Meinung nach ist das unbegründet, da dies nichts am dirigistischen Wesen des sowjetischen Wirtschaftssystems ändert. Wo ist die Gewähr dafür, daß die Anordnungen von oben nicht alle Versuche, die Gewinnträchtigkeit derartiger Unternehmen zu gewährleisten, zunichte machen werden!

G. EHRLICHMANN
Düsseldorf, BRD

Gemeinsame Unternehmen: Interessenausgleich

Der Beschluß der Sowjetregierung, gemeinsam mit kapitalistischen Partnern Unternehmen zu bilden, löste tatsächlich im Westen eine stürmische und widersprüchliche Reaktion aus. Es wird sogar behauptet, diese Maßnahme sei "nicht nur die wichtigste Veränderung im Handel der Sowjetunion in den letzten Jahrzehnten, sondern auch eines der wichtigsten Ereignisse der Weltwirtschaft."

Einige meinen, wie z. B. Sie, Herr Ehrlichmann, daß gemeinsame unternehmerische Tätigkeit unvereinbar mit unserem Wirtschaftssystem sei. Andere wiederum mutmaßen, daß gemeinsame Unternehmen wohl kaum Erfolg haben würden, da die Interessen der Partner kollidieren. Die UdSSR betrachte sie als Mittel zur Erweiterung der Deviseneinnahmen, des Zugangs zu westlicher Technologie. Unterdes sind die meisten westlichen Firmen nicht daran interessiert, daß neue konkurrenzfähige Waren auf den Weltmarkt gelangen, und sehen in gemeinsamer unternehmerischer Tätigkeit nur eine Möglichkeit, auf den riesigen sowjetischen Markt vorzudringen.

Auch andere Einschätzungen ließen sich anführen. Wie jegliches Vorhaben hat auch diese Form der geschäftlichen Ost-West-Zusammenarbeit Anhänger wie Kritiker und Zweifler. Wer von ihnen recht hat, wird erst die Zukunft zeigen. Und doch spricht die Förderung gemeinsamer unternehmerischer Aktivitäten gerade dafür, daß wir auf eine überholte Haltung gegenüber der Entwicklung der außenwirtschaftlichen Tätigkeit verzichten wollen. Sie demonstriert auch, daß wir der Initiative und dem Unternehmungsgestaltungsraum geben wollen.

Kann es Störungen, Mißerfolge auf diesem Weg geben? Natürlich. Wie die Erfahrungen zeigen, versuchen gewisse Wirtschaftsleiter immer noch, die neuen Probleme mit alten, untauglichen Mitteln zu lösen. Bisweilen können oder wollen sie nicht von den neuen, umfassenderen Rechten Gebrauch machen. Deshalb erlangt heute die Kompetenz der Kader, die in den gemeinsamen Unternehmen tätig sein werden, besondere Bedeutung. Vor allem muß verhindert werden, daß die neue Idee durch ein unqualifiziertes Herangehen diskreditiert wird.

Was aber die Gewähr für die westlichen Partner gegen "Befehle von oben" angeht, so gibt der kürzlich veröffentlichte Erlaß des Ministerrates der UdSSR über die Bildung und Tätigkeit der gemeinsamen Unternehmen auf unserem Territorium solche Garantien — natürlich im Rahmen der sowjetischen Gesetze. Dazu gehören sowohl der Schutz der Eigentumsrechte als auch die Möglichkeit der Ausfuhr von Gewinnen und deren Reinvestition sowie die Gewährung von Steuervergünstigungen. Der Erlaß sieht vor, daß der Vorstand eines gemeinsamen Unternehmens selbst das Programm seiner kommerziellen Tätigkeit, den Umfang des Absatzes auf dem sowjetischen Markt und den Auslandsmärkten, seine wissenschaftlich-technische Politik festlegen wird.

Etwas anderes sind die Garantien, von denen Genosse Martynow schreibt, dessen Brief ich in Heft 5 las. Dafür, daß ausländische Regierungen die gemeinsame unternehmerische Tätigkeit nicht behindern werden, kann sich die UdSSR natürlich nicht verbürgen — wie sie diese Unternehmen auch nicht davor schützen kann, daß sich die Politik massiv in wirtschaftliche Angelegenheiten einmischt. Zugleich sei gesagt, daß die Regierungsabkommen über ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, die die Sowjetunion mit vielen westeuropäischen Ländern unterzeichnete, vorsehen, daß der Ausbau der nichttraditionellen Bereiche der Zusammenarbeit, darunter solcher wie gemeinsame Unternehmen, gefördert wird.

Bereits vor der Veröffentlichung dieses Erlasses unterschrieben nicht wenige Firmen aus verschiedenen kapitalistischen Ländern mit uns schriftliche Verpflichtungen über die Bildung gemeinsamer Unternehmen. Dutzende anderer Firmen führen Verhandlungen. So wurde kürzlich ein Abkommen über die Bildung eines solchen Unternehmens mit der Finnair geschlossen. Die Bildung weiterer ca. 20 sowjetisch-finnischer Produktionsvereinigungen ist vorgesehen.

Ganz anders nehmen sich die Ausichten für sowjetisch-amerikanische unternehmerische Tätigkeit aus. Bei den heute in den USA bestehenden Beschränkungen für den Export in die

UdSSR — wegen fehlender Meisterbegünstigung — haben es US-Firmen viel schwerer als westeuropäische und japanische, mit uns gemeinsame Unternehmen zu bilden. Nicht von ungefähr meinen deshalb die Geschäftskreise Amerikas, der "Erfolg des Programms gemeinsamer Unternehmen werde letztlich von der Bereitschaft der US-Regierung abhängen, den Export moderner Technologie in die UdSSR zu erlauben". Können diese etwa normal arbeiten, wenn das Pentagon wie gehabt Lieferungen von Komplettierungsteilen und Materialien für sie verbieten wird?

Hier sei gesagt, daß sich Washingtons Drohgebärden nicht auf den wirtschaftlichen Bereich beschränken. Sie werden offenkundig mit Problemen verbunden, die mit dem Handel nichts zu tun haben. So schrieb unlängst die amerikanische Zeitung "Providence Journal": "Damit die Zusammenarbeit der USA mit der Sowjetunion in gemeinsamen Unternehmen außer dem Erhalt von Gewinnen einen zusätzlichen Sinn hat, könnten die amerikanischen Firmen einen gewissen Einfluß auf die Haltung der sowjetischen Behörden gegenüber politischen Gegnern bei sich im Lande ausüben"...

Verständlicherweise wird sich die Sowjetunion auf keinerlei politische Zugeständnisse an westliche Firmen einlassen. Die Haltung beider Seiten zu deren Tätigkeit muß ganz auf das Geschäft bezogen sein, gegründet auf den Ausgleich der gegenseitigen Interessen und Vorteile.

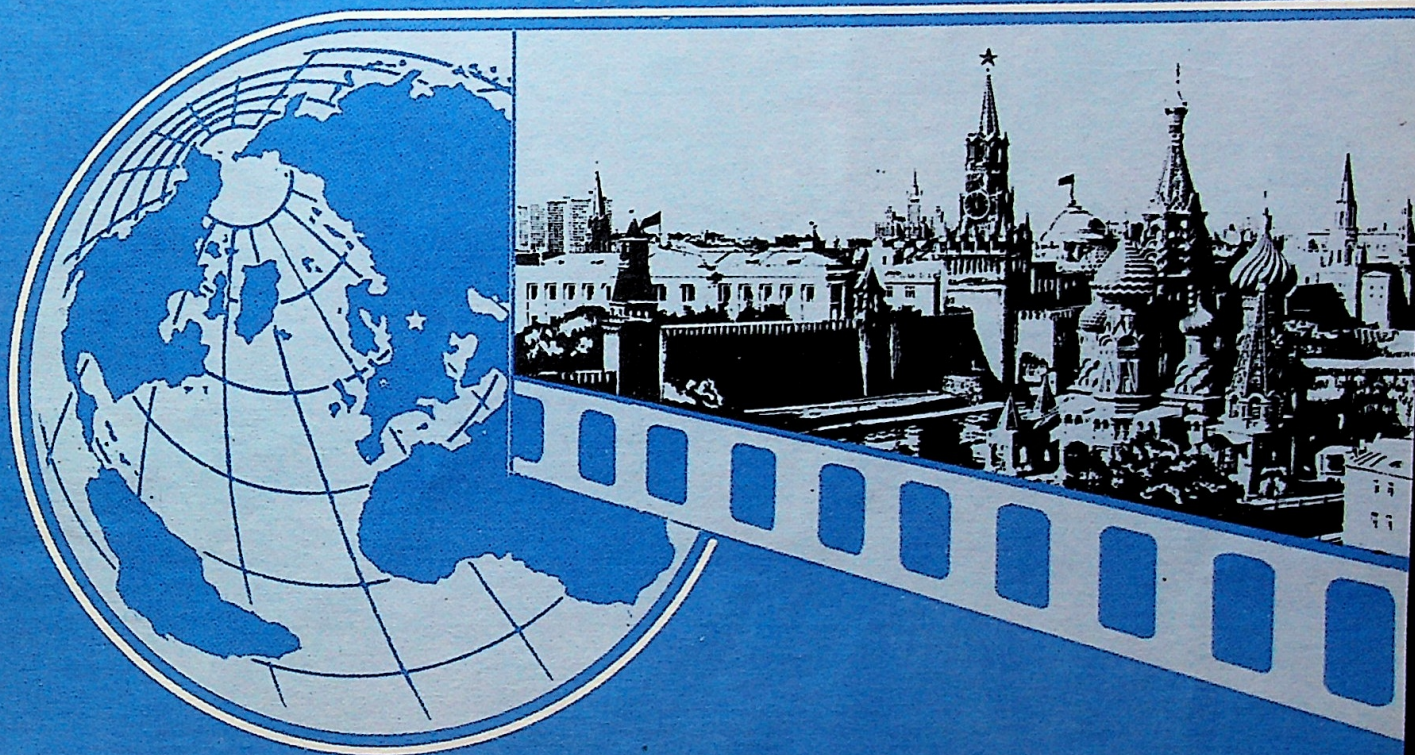
Wie wird der Einfluß der gemeinsamen Unternehmen auf unsere Industrie sein? Vor allem ist deutlich, daß bei der jetzt in der UdSSR erfolgenden Wirtschaftsreform — höhere Produktivität, bessere Qualität und Arbeitskultur ohne irgendwelche Dienste westlicher Firmen gewährleistet werden. Unsere Hauptreserve dabei ist der Verzicht auf Gleichmacherei, auf eine "Lohnobergrenze" für hochqualifizierte Werk-tätige. In einem Brief an die Redaktion wird die Befürchtung geäußert, es könne zu einer Massenabwanderung qualifizierter Arbeitskräfte in die gemeinsamen Unternehmen kommen. Ich teile diese Befürchtungen nicht. Es geht bislang um die Schaffung von "Arbeitsmodellen", und die Zahl der Stellen dort wird in den nächsten Jahren viel geringer sein als die der in unserer Industrie Beschäftigten.

Dafür werden diese "Arbeitsmodelle" den sowjetischen Menschen neue Waren, die den Weltqualitätsstandards entsprechen, anbieten. Und in der Konkurrenz mit entsprechenden sowjetischen Betrieben werden sie diese unweigerlich zwingen, einen ebenso hohen Stand der Qualität und der Arbeitsproduktivität anzustreben. In der Wirkung solcher wirtschaftlicher "Befehle von unten" eben besteht eine wichtige Aufgabe der gemeinsamen unternehmerischen Tätigkeit.

Dr. oec. G. BASHENOW
"NEUE ZEIT" 6.87



Mit Aeroflot
zu den XV. Moskauer internationalen
Filmfestspielen!



[7.—16. Juli 1987]
Zeitsparende Fluggeschwindigkeit
und bequeme Routen.
Aeroflot, die weltgrößte Fluggesellschaft,
befliegt fast 100 Länder
und garantiert Ihnen eine angenehme Reise.
Näheres über die bequemsten Routen
bei der Aeroflot-Vertretung in Ihrem Land.

AEROFLOT STETS ZU DIENSTEN!

GESCHÄFTSLEUTE UND TOURISTEN!

AEROFLOT OFFERiert DAS GROSSRAUMFLUGZEUG IL 86

Aus 15 Ländern der Welt bringt die IL 86 Sie in die Hauptstadt der Sowjetunion.

Nach Leningrad, in die schöne Stadt an der Newa, können Sie mit einer IL 86 aus Paris und Berlin fliegen.

Die IL 86 bietet über 300 Passagieren Platz.

Ihnen wird Komfort an Bord zusagen.



Alle Auskünfte über Flüge der IL 86 erhalten Sie bei der Aeroflot-Vertretung in Ihrem Land oder in der Zentralen Internationalen Aeroflot-Agentur unter der Anschrift:
119021 Moskau, Frunzenskaja naberschnaja, 4

Telefon: 245 00 02. Telex: 411202

AEROFLOT, DIE GRÖSSTE FLUGGESELLSCHAFT DER WELT

Ihre modernen, superschnellen Maschinen
IL 86, IL 62, TU 154 und TU 134
befliegen 122 Haupt- und andere Städte
in 97 Ländern.

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines

IDEAL FÜR GESCHÄFTS-
UND ANDERE
REISEN.



AEROFLOT
Soviet airlines

Nähere Auskünfte erhalten Sie
bei der Aeroflot-Niederlassung
in Ihrem Land





Besuchen Sie die UdSSR!

Eine angenehme Reise garantiert Ihnen Aeroflot.

Sehenswert in den 15 Sowjetrepubliken sind eine schöne Natur, Leistungen der Volkswirtschaft, Wissenschaft und Technik, geschichtliche und kulturelle Denkwürdigkeiten.

Näheres über die interessantesten Routen bei der Aeroflot-Vertretung in Ihrem Land.

AEROFLOT
STETS
ZU DIENSTEN!

АЭРОФЛОТ

Soviet airlines

MEINUNGSSTREIT

Ihre Zeitschrift lesen wird...

...nd meines Urlaubs führte
...eine kleine soziologische
...nung durch — ich gab
...Zeitschrift 20 Menschen ver-
...en Alters zu lesen: einem
...er Kellnerin, Studenten,
...tern... Ich weiß, daß für
...ntige Untersuchung der
...Befragten zu klein ist,
...bin schließlich Amateur
...ansprüche für meine
...gerungen keine wis-
...sliche Aussagekraft. Mir
...r, auch für Sie wäre es
...nt zu erfahren, was ich
...habe.

...der 20 weigerten sich
...ch, die Zeitschrift zu
...bei sie mir recht scharf

antworteten, das alles sei "Propa-
ganda". Vier Versuchspersonen
kamen, nachdem sie sich kurz mit
dem Inhalt bekannt gemacht hat-
ten, zu dem gleichen Schluß. Vier
andere sahen sich das Heft durch
und kommentierten es un-
terschiedlich: "Ja, nicht schlecht",
"Zumindest gut begründet, mit
dokumentarischem Gehalt", "Eine
gute Übersicht" und "Sie berüh-
ren tatsächlich alle Probleme".

Vier weitere äußerten Zweifel:
"Ich meine, dies ist die Wahrheit,
doch wer wird auf sie hören?",
"Ja, Sie haben wirklich recht,
doch man muß das mit dem
vergleichen, was die Amerikaner
sagen". Drei schienen eher
erstaunt zu sein: "Ich hatte
gedacht, das wäre reine Propa-
ganda...", "Ich habe gar nicht
gedacht, daß die Zeitschrift
wirklich informativ sein würde"
und "Ehrlich gesagt, ist das Blatt
gut gemacht". Zwei bemängelten

nur das Fehlen von Daten in Ihren
Artikeln. Ihr schreibt recht häufig:
"in letzter Zeit", "unlängst",
"während der Konferenz" usw.
Einigen mißfiel die Gestaltung
Ihrer Zeitschrift, besonders das
Layout von Seite 3 und Seite 4,
die Unmenge von Dokumenten...

Was mich angeht, so meine ich,
daß Ihre Artikel begründet sind,
doch zugkräftige Überschriften
fehlen. Ihr seid überaus vorsichtig
und ausgewogen. So habt ihr
einen sehr interessanten Artikel
über neue Waffen mit "Konven-
tionell, aber gefährlich" betitelt.
Das Wort "gefährlich" ohne die
Steigerung "außerordentlich"
oder "äußerst" wird im Westen
fast nicht zur Kenntnis genommen.
Überdies stimme ich voll und
ganz der Kritik bezüglich des
Fehlens von Daten bei. Die
Zeitschrift trifft bei uns mit großer
Verspätung ein, und oft ist es
recht schwer, das Geschriebene
mit einem konkreten Ereignis in
Verbindung zu bringen, vor allem
aber ruft rein psychologisch das
Fehlen von Daten Mißtrauen her-
vor. Abschließend ein Vorschlag.
Laßt häufiger Experten zu Wort
kommen wie Prof. R. Simonian
und andere Autoren, die in vielen
die Leser interessierenden Fragen
kompetent sind.

J. COEN
Brüssel, Belgien

„Danke für die Bücher“

Von Beruf bin ich Dozent für
Gesellschaftswissenschaften. Ich
lebe und arbeite in Sri Lanka.
Mich interessieren Fragen der
Politik. Interessant ist auch der
sowjetische Standpunkt zum
Weltgeschehen, da ich fest über-
zeugt bin, daß nur der Sozialismus
den Menschen Frieden und Glück
bringen kann.

Leider sind in meinem Land —
wie übrigens auch in anderen
Entwicklungsländern — gute
Bücher sehr teuer. Sogar ich mit
meinem ständigen Einkommen
kann mir nicht immer erlauben,
die Literatur zu kaufen, die ich
dringend benötige. Gerade des-
halb möchte ich mich bei Ihrem
Land sehr dafür bedanken, daß es
in verschiedenen Sprachen wun-
derschöne Bücher, die wir so
brauchen, herausbringt und sehr
preiswert anbietet.

H. HERATH
Haliela, Sri Lanka

INFORMATIONEN

PRÄSIDENTENBLEIBE

20 Busenfreunde der Reagans,
meldete die Fernsehgesellschaft
CNN, kauften für den Präsidenten
und dessen Gattin die Villa "Bel
Air" in einem Renommierviertel
von Los Angeles. Die Freunde
meinten, die jetzige Ranch in der
Umgebung von Santa Barbara sei
"zu klein und zu isoliert". Man
nimmt an, daß die Reagans
1989 in ihr neues Heim einziehen
werden.

"Bel Air" kostete 2,5 Mio
Dollar. Reagan wird wohl ir-
gendwann einmal seinen Gönnern
diese Summe zurückzahlen müs-
sen.

SHERLOCK HOLMES IST 100

Über dieses Datum wird aller-
dings leidenschaftlich gestritten.
Die Mitglieder der Sherlock-
Holmes-Klubs (von denen es
Dutzende in Großbritannien, den
USA, der Schweiz und Japan gibt)
behaupten, der 100. Geburtstag
des großen Detektivs hätte
1954 gefeiert werden müssen. Sie
versichern, Holmes habe es tat-
sächlich gegeben und er sei
1854 geboren worden. Jetzt aber
lebe er inkognito in der Grafschaft
Sussex als Imker...

Und doch ist gerade 1987 ein
100. Jahrestag fällig — seit
Erscheinen der ersten Erzählung
von Conan Doyle über Sherlock
Holmes, der "Etüde in Purpurfö-
nen".

Holmes ist der einzige Detektiv
der Krimiliteratur, der in der
Britischen Enzyklopädie erwähnt
ist. Über ihn findet sich da mehr
als über viele reale Menschen...

GABEN DES MEERES

Von nun an werden die 200
Einwohner der Insel Eriskay un-
weit der schottischen Küste für
gelstige Getränke zahlen müssen.
Vor 45 Jahren waren die Insula-
ner dadurch bekannt geworden,
daß sie 20 300 Kisten Whisky von
einem untergegangenen Schiff in
Beschlagnahme nahmen. Es heißt,
damals sei der Alkohol sogar zur Befeue-
rung der Kamine verwandt wor-
den. Das wurde in dem Buch
"Whisky im Überfluß" beschrie-
ben und darüber auch ein Film
gedreht. Jetzt aber wird auf
Eriskay die erste Kneipe der Insel
eröffnet. Man beschloß sie zur
Erinnerung an den vor 45 Jahren
so glücklich abgesoffenen Kahn
zu nennen...



„Palmengarten“ — so nannte Hong Khanh, ein Leser aus
m, sein Foto. So schön sieht er seine Heimat.

Wie weit ist Eureka?

EIN WESTEUROPAISCHES PROJEKT, SEINE AUFGABEN, PRIORITÄTEN UND WIDERSPRÜCHE

Aus dem Griechischen übersetzt, heißt eureka: Ich habe gefunden. Diese vielsagende Bezeichnung fand François Mitterrand, Präsident der französischen Republik, für seine Idee vom April 1985, das wissenschaftstechnische Potential der Länder Westeuropas zusammenzukoppeln, um die Hochtechnologie zu entwickeln. Im Juli 1985 wurde auf einer Regierungskonferenz in Paris, an der sich 17 westeuropäische Staaten beteiligten, Eureka in den Rang eines offiziellen gemeinsamen Projekts erhoben.

Auf zwei Folgekonferenzen im November 1985 in Hannover und

im Juni 1986 in London vereinbarte man die langfristige Zielstellung und vorrangige Aufgaben des Projekts, legte seine organisatorische Struktur fest und verabschiedete mehrere konkrete Programme. Margaret Thatcher eröffnete die Londoner Konferenz der Eureka-Teilnehmerstaaten mit dem Appell, aus dem Projekt das "entscheidende Element der westeuropäischen Industriestrategie zu machen".

Was stellt dieses wissenschaftstechnische Projekt konkret vor und worin besteht die Funktion Eureka für die Region?

Jagd auf Konkurrenten

Für Eureka sind die Bandbreite und die Vielfalt der Richtungen der gemeinsamen Arbeiten kennzeichnend. Priorität genießen in dem Projekt die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten (F/E-Arbeiten) auf dem Gebiet der Informatik, der Nachrichtensysteme, der Robotertechnik, flexibler automatisierter Produktionssysteme, der Lasertechnik, der Biotechnologie, der Technologie zur Nutzung von Meeresressourcen, des Umweltschutzes und des Transportwesens.

Geplant ist die Verwirklichung konkreter Aufgaben, so auf dem Gebiet der Elektronik, die das Kernstück von Eureka darstellt. Westeuropa beabsichtigt, den leistungsstärksten Computer der Welt mit einem Speichervermögen von 64 Millionen Bit und einer Rechengeschwindigkeit von 30 Milliarden Operationen in der Sekunde zu produzieren. Parallel dazu wird an der Entwicklung eines Computers der fünften Generation mit Elementen "künstlicher Intelligenz" gearbeitet.

Auf freiwilliger Basis

Der Sprung in der Elektronik soll der Robotertechnik voranhelfen. Vorgesehen ist die Entwicklung autonomer, frei beweglicher Roboter für den Einsatz in schädlichen und gefährlichen Produktionsbereichen. Des weiteren ist die Entwicklung leistungsstarker Laser für das Schneiden von Metall, für Montagearbeiten und die Wärmebehandlung geplant.

*12 Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie Finnland, Norwegen, Österreich, Schweden und die Schweiz gehören zu den Eureka-Gründern. Später schlossen sich ihnen Island und die Türkei an.

Der Inhalt von Eureka wird weiter konkretisiert.

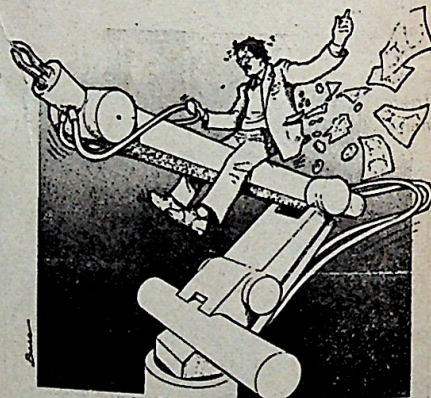
Die Teilnehmer des Projektes wollen die Effektivität der gemeinsamen Forschungen durch regionale Zusammenarbeit nach neuen Organisationsprinzipien gewährleisten.

Höchste Instanz ist die Regierungskonferenz für Eureka, die zweimal jährlich auf der Ebene der Außenminister, der für die Forschung zuständigen Minister und der Vertreter der EG-Kommission einberufen wird. Diese Konferenz schätzt die Ergebnisse der geleisteten Arbeit ein, sie legt neue Richtungen des Projektes und neue Programme fest. Auf der Konferenz wird das Land gewählt, das den Vorsitz der nächsten Konferenz führt und während der Vorbereitung auf die nächste Beratung das Projekt als Ganzes verfolgt. Das Land, das den Vorsitz innehat, leitet auch die Tätigkeit einer speziellen Gruppe "hochgestellter Vertreter" der Teilnehmerländer, einer Art Exekutivkomitee für Eureka. Diese Gruppe wird durch ein kleines Sekretariat unterstützt, zu dessen Aufgaben die Schaffung einer Datenbank, die Verbreitung von Informationen in den Partnerländern und das Consulting für private Firmen und Forschungsorganisationen gehören.

"Der Zug ist abgefahren und gewinnt an Tempo", erklärte der Staatsminister für Handel und Industrie Großbritanniens, P. Channon, der den Vorsitz auf der Londoner Konferenz führte. Die angeführte Metapher beschönigt die reale Sachlage. Der "Zug" ist tatsächlich zusammengestellt, und an ihn werden die "Wagen" neuer Programme angehängt. Doch ob die Lokomotive Eureka diese Wagen zu ziehen vermag, mit welchem Treibstoff sie fährt, was sie befördert und auf welchem Wege, darauf gibt es bisher keine klare Antwort.

Zersplitterung der Kräfte

In Westeuropa sind in Forschung und Entwicklung insgesamt über eine Million Menschen beschäftigt. Der Gesamtaufwand für die Forschung beläuft sich auf etwa 20 Prozent des in der Welt betriebenen Aufwandes, wobei Westeuropa für die zivile Forschung etwa so viele Mittel aufwendet wie die USA und doppelt so viel wie Japan. Dessen ungeachtet bleiben die westeuropäischen Firmen in den letzten Jahren in einigen der neuesten



Die Konkurrenten kann man nur mit dem Roboter überrunden

Zeichnung aus der "Financial Times" (Großbritannien)

Zweige hinter ihren amerikanischen und japanischen Konkurrenten zurück.

Das liegt vor allem an der Zersplitterung des westeuropäischen Forschungspotentials und des Marktes in mehr als 20 nationale Teile. Weitere Ursachen sind die niedrige Effektivität der F/E-Arbeiten (bei halb so hohem finanziellen Aufwand patentiert Japan viermal so viele Erfindungen wie Westeuropa), die Kluft zwischen der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung und die zu langsame Oberlei-

"NEUE ZEIT" 6.87

tung in die Produktion. All das soll durch eine einheitliche Forschungspolitik überwunden werden: Sie soll es gestatten, die Fachleute und die Mittel für die wichtigsten F/E-Arbeiten zu konzentrieren, Doppelgleisigkeit zu vermeiden und besonders wichtige Programme rasch zu realisieren. Hauptsächlich jedoch soll Eureka die regionale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bei der Entwicklung der modernsten Technologien stimulieren, bei denen Westeuropa den USA und Japan hinterherhinkt.

Die Gefahr einer "technologischen Kolonisierung" der Alten Welt ist mit dem amerikanischen SDI-Programm, das die Einbindung des westeuropäischen industriellen Forschungspotentials in die militärstrategischen Pläne der USA vorsieht, noch größer geworden. Deshalb kam Eureka auch seinerzeit zustande.

In den beinahe zwei Jahren, die das Projekt existiert, wurde das Fundament für diesen Aufbau gelegt. Dennoch ist verfrüht, von Erfolgen zu sprechen.

Pubertät

Einen solchen Zeitabschnitt — mit all seinen Aufregungen — erlebt Eureka gegenwärtig. Dazu gehören die Labilität, der interne Kampf, die Überbewertung der lebenswichtigen Prioritäten und der Konflikt zwischen dem Streben nach Selbständigkeit und der fehlenden materiellen Sicherstellung. Probleme über Probleme also...

Das schwierigste Problem ist die Gewährleistung der Lebensfähigkeit des Projektes. Bisher war die Aktivität der Regierungen seine entscheidende Triebkraft. In den gemeinsam beschlossenen Dokumenten wird indessen hervorge-

hoben, daß Privatifirmen die entscheidende Triebkraft werden müssen. Was aber sollte diese zur Aktivierung regionaler wissenschaftlich-technischer Beziehungen anregen? Bestimmt nicht propagandistische Appelle oder das Gefühl des "europäischen Patriotismus". Das Privatkapital denkt in den Kategorien des Profits. Jeder Unternehmer will genau wissen, wer zahlen soll.

Indessen sind die Minister der Teilnehmerländer übereingekommen, daß die Finanzierung der Programme aus privaten Mitteln und nur "bei Notwendigkeit" aus den Staatshaushalten erfolgen wird. Als Motiv dafür gaben sie an, daß Eureka auf die Entwicklung konkurrenzfähiger Erzeugnisse zu orientieren ist, an deren Produktion vor allem die Firmen selbst interessiert sind. Folglich muß das Busineß auch die Hauptlast der Kosten übernehmen.

Und was soll mit dem Absatzmarkt werden? Die Industriellen begrüßen die Idee einer Regelung der westeuropäischen Normen und Standards. Doch zweifeln sie an einer baldigen Realisierbarkeit solcher Pläne für die neunzehn Mitgliedsländer von Eureka. Könnte das doch selbst im kleineren Rahmen der EG jahrelang absolut nicht erreicht werden. Die Minister beschlossen, daß die Erzeugnisse, die aufgrund der bestätigten Programme produziert werden, ein besonderes Zeichen "Eureka" erhalten. Doch machten sie dazu sogleich die Einschränkung, daß diesem Zeichen ausschließlich die Rolle eines "moralischen Stimulus" zugedacht ist, ohne die Garantie irgendwelcher Privilegien auf dem Markt.

Viele Teilnehmer des Projektes äußern auch folgende Befürchtung: Wurde Eu-

reka nicht etwa zum Nutzen der führenden europäischen Länder und der größten Firmen erdacht? Führt die Bildung regionaler industrieller Forschungsverbände nicht zu einer noch größeren Monopoli-

GESAMTKOSTEN DER FORSCHUNGS- UND ENTWICKLUNGSARBEITEN EINIGER LÄNDER WESTEUROPAS, DER USA UND JAPANS

(In Prozent zum Bruttosozialprodukt)

	1981	1985
BRD	2,48	2,58*
Großbritannien	2,42	2,27*
Frankreich	2,01	2,27
Italien	1,01	1,19**
Niederlande	1,88	2,00**
Schweden	2,22	2,47*
Österreich	1,17	1,27
USA	2,51	2,80
Japan	2,37	2,61*

* 1983

** 1984

sierung des westeuropäischen Marktes zum Nachteil der "Juniorpartner"?

Soweit eine bei weitem nicht vollständige Aufzählung der Unklarheiten und Widersprüche, die sich in dem Maße mehren, in dem das Projekt ins Detail geht, in dem es sich seiner praktischen Verwirklichung nähert. Diese Schwierigkeiten werden Eureka kaum zu Fall bringen. Dazu ist der Einsatz der Führer Westeuropas in dieses Projekt zu hoch. In der einen oder anderen Form wird es sich weiterentwickeln.

W. SLAWINSKI

Stockholm, nächste Station Madrid

Der transeuropäische Eureka-Express, der die europäischen Hauptstädte befährt, kam Ende 1986 in der schwedischen Hauptstadt an. In dem Gebäude, wo vor kurzem die erste Runde der Stockholmer Konferenz zu Ende gegangen war, fand die 4. Regierungskonferenz im Rahmen des Eureka-Programms statt.

Warum Stockholm? Nun, Schweden hat viele Erfolge im Bereich der modernsten Technologien. Vor drei Jahren hatte das Land in der Robotertechnik aufgeholt und überflügelte dabei selbst den anerkannten

Listenfürer Japan. Auf je 10 000 Arbeitsplätze entfallen in Schweden 30 Roboter, in Japan ein Drittel, in den USA kaum ein Siebentel davon. Schweden kann auch andere technologische Erfolge aufweisen. Deshalb beansprucht der Staat einen guten Platz im Eureka-Express für sich und ist bereit, durch Beteiligung an 20 von den Eureka-Projekten das Seine zu Europas wissenschaftlich-technischer "Renaissance" beizutragen.

Auch andere Gründe liegen dafür vor, daß Stockholm für das nächste Halbjahr

zum Mittelpunkt von Eureka wurde. Schwedens Industrie ist exportorientiert. Jeder dritte Beschäftigte hängt vom Export ab. Zu 70 Prozent entfällt der Export auf die EG und andere westeuropäische Länder, die nicht zum Gemeinsamen Markt gehören. Staatssekretär im schwedischen Außenministerium Carl-Johan Aberg: "Ebendeshalb müssen wir bereit sein, uns durch konkretes Handeln in die wichtige Arbeit einzuschalten, die darin besteht, die kommerziellen, technologischen und sonstigen Schranken auf dem Kontinent niederzureißen." Die in Stockholm versammelten Minister der 19 an Eureka beteiligten Länder bestätigten das. Im Schlußkommunique betonten sie ihre "Absicht, eine große, einheitliche und weltweite europäische Wirtschaftszone zu schaffen", und hoben die große Bedeutung dieses Vorhabens für den Erfolg von Eureka hervor. Demnach: Es lebe das "einheitliche Europa", es lebe Eureka!

Eine eigene SDI?

Wohin soll sich Eureka entwickeln? Diese Frage entsteht zwangsläufig, wenn man auf Erklärungen wie diese stößt: "Leider hat Europa eine großartige Gelegenheit vergeben, als wir Eureka seiner militärischen Ausrichtung berauben." Das sagt Etienne Davignon, der frühere Vizepräsident der EG-Kommission und heutige Vizepräsident der belgischen Finanz- und Industrie-Gesellschaft Societe Generale des Banques. Er hat die Unterstützung vieler Industrieller, Bankiers und Militärexperten, die im November an einer Konferenz der "Professionals" in Paris teilnahmen. Ihr Leitsatz spricht für sich: "Kooperation der NATO-Länder in der Rüstungsindustrie. SDI und danach".

Transatlantische

Parität

Die Redner machten deutlich, daß ihnen das jetzige Ausmaß der militärischen Kooperation in Westeuropa nicht ausreicht. Sie verlangten neue Höhen, die ein enges Zusammenwirken auf allen Stufen vorsehen, vom Entwurf bis zur Produktion der Kriegstechnik. Besondere Aufmerksamkeit galt der Koordinierung

wissenschaftlicher Untersuchungen. "Wir brauchen eine europäische Forschungsorganisation, um Verteidigungsprojekte auszuarbeiten", regte der Vizepräsident des französischen Matra-Konzerns J.-L. Gergorin an. Ein auf Schlüsseltechnologie konzentriertes Programm sei ein Schritt zu erweiterter militärischer Kooperation. Ein anderer Vertreter der französischen Rüstungsindustrie, der Vizepräsident der Thomson-Gesellschaft F. Heisbourg schlug vor, die amerikanischen Hawk-Raketen, das Rückgrat der Luftverteidigung der europäischen NATO-Mitglieder, durch eigene Raketen zu ersetzen. Der Thomson-Vize betonte, daß diese ABM-Waffen bei geringstmöglicher Beteiligung der Amerikaner Sache der Alten Welt und ihrer Industrie zu sein hätten.

Die Konferenzteilnehmer aus den USA konnten sich mit einem derart selbständigen Auftreten nicht anfreunden. Der Sonderberater des Pentagon in Rüstungsfragen D. Kloske forderte die westeuropäischen Industriellen auf, sich auf militärische Zusammenarbeit im NATO-Rahmen zu konzentrieren. Die Öffentlichkeit würde einem Anstieg der Militärausgaben nicht zustimmen, wenn der Eindruck entsteht, als seien amerika-

nische und westeuropäische Industrielle keine Partner, sondern Konkurrenten.

Die auf der Pariser Konferenz geäußerten Ideen finden nicht nur bei Geschäftsmachern Resonanz. Auch viele Politiker unterstützen sie. Der französische Premierminister J. Chirac äußerte auf der Dezentertagung der Westeuropäischen Union sein Bedauern darüber, daß Eureka auf friedliche Forschungen orientiert wurde. NATO-Generalsekretär Lord Carrington regte die Einrichtung wissenschaftlicher Zentren in Westeuropa für gemeinsame militärische Forschungen und Entwicklungen "in verteidigenden Bereichen" an. Italiens Verteidigungsminister G. Spadolini trug analoge Auffassungen vor. Eine intensivierte militärische Integration unterstützte auch der Staatsminister im Bundesaußenministerium der BRD, Möllemann. Sie werde seiner Meinung nach den politischen Einfluß Westeuropas stärken.

Die militärische Integration der Alten Welt findet nicht nur auf dem Papier statt. Hier ist einiges passiert, sowohl auf transatlantischer Ebene, wo die USA den Ton angeben, als auch auf europäischer Ebene, wo Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland das Leitgespann abgeben. Die Industriellen der Alten Welt erhoffen sich von einer Zusammenarbeit mit dem Pentagon nicht nur ein stattliches Zubrot, sondern auch den Zugang zu neuester Militärtechnologie. Ihren Möglichkeiten sind hier allerdings enge Grenzen gezogen. Washington hat seine Bündnispartner noch nie an strategischen Geheimnissen schnuppern lassen. Ungeachtet zahlreicher "Andeutungen" weigert man sich in Washington beispielsweise, die NATO-Partner in die

In Stockholm wurde das transeuropäische Programm durch 37 neue Projekte mit einem Kostenpunkt von 730 Mio Europäische Währungseinheiten (EWE) ergänzt. Das Programm zählt jetzt also 109 Projekte (insgesamt 3,5 Md. EWE), weitere 44 werden geprüft. Wie verlautet, wird eine einheitliche Datenbank gegründet, und das Sekretariat hat seinen Sitz in Brüssel bezogen. Die nächste Station des Eureka-Expresses nach Stockholm wird im September Madrid sein, aber bis dahin ist die Organisationsphase abgeschlossen. Das geschah rasch (in nur 18 Monaten), rascher als jedes andere der gemeinsamen westeuropäischen Programme.

Gewisse Fragen bleiben trotzdem offen. Wer wird z. B. die Projekte finanzieren? Nur die Unternehmen selbst? An Eureka beteiligen sich aber sowohl Industriegiganten als auch zahlreiche kleine und mittlere Firmen. Erstere sind noch imstande, allein auszukommen, aber die

übrigen bringen die nötigen Mittel einfach nicht auf. Das, was die Regierungen zuschießen, genügt offensichtlich nicht. Wenn die Industriekapitäne nicht an das Programm glauben, meint Schwedens Premierminister Ingvar Carlsson, werde man nicht damit klarkommen. Und so wurde das Privatkapital von Stockholm aus erneut aufgefordert, sich Eureka anzuschließen. Bundesdeutsche Vertreter schlugen vor, eine Art Round Table der westeuropäischen Bankiers zu schaffen, die ein Risikokapital für das Programm bereitstellen sollten.

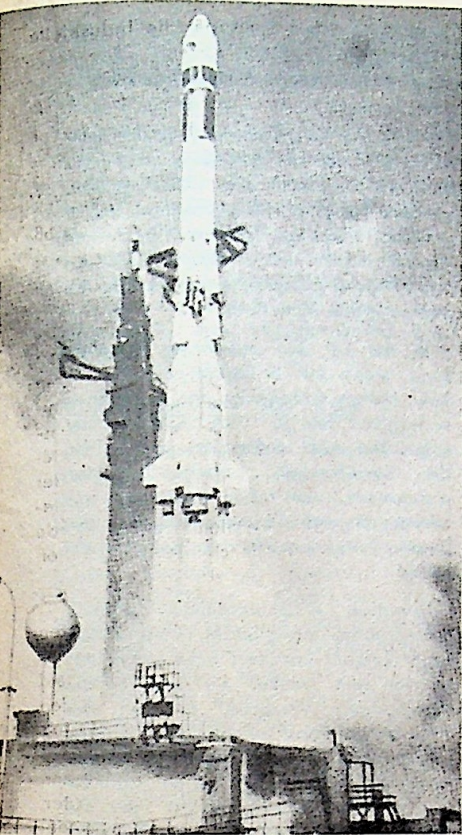
Auch eine andere wichtige Frage bleibt in der Schwebe: nach ziviler bzw. militärischer Ausrichtung der Projekte. Politisch ist das sehr relevant, weil am Projekt auch vier neutrale Länder — Österreich, Finnland, die Schweiz und Schweden — teilnehmen. In einem Kommentar dazu gestand I. Carlsson das Problem ein, er sagte unter anderem: Sobald Schweden den Eindruck habe, daß eines

der Projekte militärisch orientiert werde, steige man sofort aus.

Aber die 19 Eureka-Teilnehmer sind noch bei weitem nicht ganz Europa. Und noch eine offene Frage: Könnte es nicht so kommen, daß die Schranken nur in Westeuropa niedergefallen, in der wirtschaftlichen Ost-West-Zusammenarbeit dagegen wieder einmal errichtet werden? Die Frage dürfte berechtigt sein, wissen die Schweden doch aus eigener Erfahrung, was US-Diktat ist, wenn es sich um den Export moderner Technik handelt. Unter konstruierten Vorwänden zwang Washington sie dazu, beim Export technologischer Innovationen in osteuropäische Länder mehrere ernsthafte Restriktionen einzuführen. Aber die Frage nach den Beziehungen zum anderen Teil des Kontinents wurde in Stockholm nicht einmal angesprochen.

Stockholm

NZ-Sonderkorrespondent



Start einer Ariane, der Hoffnung der Europäischen Weltraumbehörde.

Foto: "U. S. News and World Report" (USA)

niert hauptsächlich nationale Luft-Weltraumprogramme und arbeitet einheitliche Normen für die Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Produktion aus.

Auch die reinen Weltraumprogramme verheißen westeuropäischen Industrieländern nicht geringe Profite. Ende Oktober verabschiedeten die Mitgliedsländer der Europäischen Weltraumagentur ein Projekt zum Bau von Raumfähren. Die von den französischen Firmen Aerospatiale und Dassault konstruierte Miniraumfähre "Hermes" soll mit einer Ariane 5, einer Rakete, die bereits seit Jahren Satelliten transportiert, auf eine Erdumlaufbahn gebracht werden. Wie dem französischen "Express" zu entnehmen ist, soll der "Hermes" sowohl für wissenschaftliche als auch für militärische Zwecke eingesetzt werden können.

Der Konkurrenzkampf zwischen westeuropäischen Konzernen um Weltraumaufträge hat erst angefangen. Als erste meldeten die Briten ihre Option auf ein eigenes nationales Raumflugzeug an. Im November folgte die BRD ihrem Beispiel. In einem Interview für "Sonntag Aktuell" erklärte BRD-Minister Riesenhuber (Forschung und Technologie), daß die Bundesrepublik neben ihrer Teilnahme am westeuropäischen Weltraumprogramm beabsichtigt, ein eigenes aufzustellen. Für 1996 sei der Start eines "Saenger"-Raumschiffs geplant.

Als noch größerer Leckerbissen erweist sich das Projekt einer westeuropäischen Raketenabwehr, deren Kosten mit 160 Milliarden Dollar veranschlagt werden. Viele Rüstungsfabrikanten der Alten Welt wittern hier einen saftigen Braten. In Washington brachte man die Idee auf, den amerikanischen "Weltraumschild" um ein europäisches ABM-System zu erweitern, und stimuliert entsprechende Gelüste. Das aktuellste Beispiel dafür ist die Fernsehansprache des SDI-Chefs J. Abrahamson, die über Direktverbindung aus Washington nach mehreren NATO-Hauptstädten ausgestrahlt wurde. Er versprach den Verbündeten neue Technologien, wenn sie ein eigenes ABM-System auf die Beine stellen.

Im Dezember warf man den Bündnispartnern einen neuen Köder hin. US-Verteidigungsminister Weinberger

befand sich mit seinen NATO-Kollegen zur Wintertagung in Brüssel und berief eine Sonderpressekonferenz ein. Der Pentagonchef informierte über die Bereitstellung von 14 Mio Dollar für ein gemeinsames zu schaffendes westeuropäisches ABM-System. Washington will die Aufträge an 51, davon 29 westeuropäische, Firmen vergeben. Daraufhin flog Weinberger nach London und schob den Briten fünf Forschungsaufträge für SDI zu, davon drei für die europäische SDI-Variante. Das "englische Paket" soll insgesamt 8,7 Mio Dollar kosten. Im Vergleich zu den wahrhaft astronomischen Summen, die SDI und ihr europäisches Anhängsel kosten sollen, sind diese Abschlüsse schäbig. Sie sind eher als eine Art Setzling zu betrachten. Wenn die Westeuropäer sie nämlich in ihren eigenen Projekten doppelter Bestimmung, wie sie unter Eureka zusammengefaßt sind, großziehen, werden sie gezwungen sein, weitaus höhere Summen zu zahlen.

Bundesverteidigungsministerium und mehrere Rüstungskonzerne der Bundesrepublik propagieren die Idee eines neben dem amerikanischen bestehenden eigenen Antiraketengürtels recht lebhaft. Ein derart massiver Druck zeigt erste Ergebnisse. Schon findet die "Euro-SDI" bei einigen Industriellen der Alten Welt Widerhall. Die Pariser Konferenz ist der augenfällige Beweis. Somit kann der militaristische Strudel auch das prestigeträchtige Hätschelkind der Alten Welt, Eureka, erfassen.

Alexandre Dumas sagte über das Geld, daß es ein guter Diener, aber ein schlechter Herr sei. Dieser Meister verlangt große Opfer. Um ihrer SDI und ihrer Profite willen handeln Rüstungsindustrielle und Staatsbeamte entgegen gesamteuropäischen und menschheitsübergreifenden Interessen. Man könnte das oben angeführte Zitat von E. Davignon auch wie folgt interpretieren: Die militärische Tendenz der wissenschaftlichen Studien und der industriellen Entwicklung beraubten Europa der großen Chance einer friedlichen Entwicklung. Und der Chance, könnte man noch hinzufügen, sein wissenschaftlich-technisches Potential für eine gesamteuropäische Zusammenarbeit im zivilen Sektor nutzbar zu machen.

W. BOIKOW

Brüssel

Wir wollen nicht weiter spekulieren, wie sich Eureka entwickeln wird, worauf die hier zusammengefaßten Projekte hinauslaufen und welche Orientierung, die zivile oder die militärische, überwiegen wird.

Eins kann man ganz sicher sagen. Heute haben sowohl Politik als auch Wirtschaft und Technologie globale Ausmaße angenommen. Jeder Versuch, mit Eureka eine technologische Kluft zwischen den beiden Systemen in Europa aufzureißen, würde, sollte er beabsichtigt gewesen sein, dem Geist unserer Epoche widersprechen, der objektiven Notwendigkeit wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit. Heute diktiert das Leben, Projekte im europäischen und Weltmaßstab auszuarbeiten. Dazu sind die gemeinsamen Anstrengungen vieler Länder erforderlich, ohne politische Diskriminierung und natürlich ohne technologische Errungenschaften zu militarisieren.

Technologie der "Tarnflugzeuge" einzuweißen. Man darf sich nicht einbilden, daß man in Washington demnächst großzügiger mit Informationen umzugehen gedenkt.

Als die westeuropäischen Kapitäne der Rüstungsindustrie mit den Amerikanern ins Geschäft kamen, begriffen sie, daß man sie mit einer Nebenrolle abzuspeisen gedachte. Das zeigt SDI sehr deutlich. Als westeuropäische Firmen die Zusammenarbeit mit den USA im Rahmen dieser "Verteidigungsinitiative" beschlossen, "verurteilten sie sich selbst zu Handlangerdiensten", wie neu-lich der belgische "Soir" feststellte. Diese Perspektive paßt ihnen natürlich nicht. In einem in der "NATO Review" veröffentlichten Artikel über militärisch-industrielle Kooperation in der Alten Welt formulierte der Staatssekretär des spanischen Verteidigungsministeriums E. Rexach das Ziel der Architekten der militärischen Integration wie folgt: Ein vereinigtes Europa soll "unseren transatlantischen Verbündeten ebenbürtig sein".

"Hermes", "Saenger" und andere

Schon 1976 wurde eine europäische Planungsgruppe gegründet, um die militärische Zusammenarbeit zu fördern. Heute gehören ihr 13 westeuropäische NATO-Staaten an. Diese Gruppe koordi-

Gegen den Dolchterrorismus

Wladimir BARANOWSKI

und Sergej KISSIN

Aus einer Rede des US-Vizepräsidenten Bush auf der Weltkonferenz über Terrorismus in Washington vom 20. Januar 1987:

"Die Terroristen und ihre Helfershelfer behaupten oft, einfach für die nationale Befreiung kämpfende Soldaten oder Guerillas zu sein. Damit bin ich nicht einverstanden, und das amerikanische Volk ist es auch nicht."

Aus einer Rede des US-Verteidigungsministers Caspar Weinberger auf derselben Konferenz vom 21. Januar 1987:

"In der Diskussion über den Terrorismus wird leider eine gehörige Dosis Sophistik und Lüge als große Weisheit hingenommen. Einer angelegentlich verbreiteten Theorie zufolge kann einer "für den einen ein Terrorist, für den anderen jedoch ein Freiheitskämpfer sein". Dieses Muster moralischer Gleichstellung führt auf Abwege, es zielt darauf ab, den Westen in seinem Kampf mit denen zu entwaffnen, die darauf aus sind, ihn zu vernichten."

Bis unlängst fehlte es uns an der Präzision, die beim Zusammenstoß mit dem Terrorismus für gezieltere militärische Aktionen notwendig ist. Mit der Verstärkung dieses Kampfpotentials und des Widerstandes gegen die Terroristen haben wir unstreitig Fortschritte gemacht, müßten aber noch flexibler sein. Wir benötigen mehr brauchbare Varianten — außer dem Schwert auch den Dolch."

Kaum waren Weinbergers Drohungen mit Schwert und Dolch gegen die Terroristen verstummt, da wurde in Beirut wieder eine Gruppe von US-Bürgern entführt. Nebenbei gesagt, sind auch Franzosen, Briten und Sowjetbürger Terrorakten zum Opfer gefallen.

Sie kennen keine Grenzen

Der Terrorismus — lies: Gewalt gegen Unschuldige — ist nichts Neues. Heute aber ist er zu einem ernststen weltpoli-

tischen Problem ausgeartet. Immer häufiger sind Politiker, Diplomaten und andere beamtete Personen fremder Staaten Terrorüberfällen ausgesetzt.

Bei Morden an namhaften Politikern wie Indira Gandhi und Olof Palme sind Spuren internationaler Verschwörungen gefunden worden.

Aus einem Artikel von Jim Anderson in der "Washington Post":

"Eine Untersuchung der Informationen von Geheimdiensten der USA hat ergeben, daß 1986 in der ganzen Welt rund 800 Terrorfälle — ungefähr ebenso viele wie 1985 — vorgekommen sind."

Die Untersuchung hat ferner ergeben, daß in den ersten neun Monaten des Jahres 1986 447 Personen von Terroristen ermordet wurden. Im gleichen Zeitraum von 1985 waren es 620.

Es geht nicht nur darum, daß der

Terror schon lange keine Grenzen mehr kennt und daß die sorgfältig geheimgehaltenen Anstifter aus verschiedenen Ländern Hand in Hand arbeiten. Immer größere Tragweite gewinnt noch ein Aspekt dieses unheimlichen Problems: seine äußerst gefährlichen Folgen für die internationale Sicherheit.

In der Tat, ein beliebiger Terrorakt kann, wenn mit Sicherheit bekannt ist oder triftige Gründe zu der Vermutung vorliegen, daß er vom Ausland her angestiftet oder unterstützt worden ist, die Beziehungen zwischen Staaten erschweren, erst recht, wenn es sich herausstellt, daß die Behörden einer der beiden Seiten ihre Hand im Spiel gehabt hatten.

Derartige Anschuldigungen können jedoch völlig unbegründet, ja sie können sogar bewußt inspiriert oder provoziert worden sein. Denken wir doch an die hartnäckigen Versuche, im Fall des Attentats auf Papst Johannes Paul II. eine "bulgarische Spur" zu legen! So voreingenommen der Prozeß gegen Antonow auch geführt wurde, mußte man die Anschuldigung gegen den Bulgaren Antonow schließlich fallenlassen.

In den meisten derartigen Fällen werden die falschen Anschuldigungen nicht objektiv untersucht (siehe die Anschuldigungen gegen Syrien und Libyen). Bisher hat die Weltgemeinschaft noch keine halbwegs universellen Kriterien erarbeiten können, mit deren Hilfe es möglich wäre, Wahrheit von Lüge und Irrtum von böswilligen Anwürfen zu unterscheiden.

In solchen Situationen kommt es aber sehr leicht zu Hitzigkeiten, was bei der hohen Empfindlichkeit der Allgemeinheit

Zeichnung von N. Stscherbakow



für den Terrorismus, einschließlich den zwischenstaatlichen Beziehungen berührenden, durchaus erklärlich ist. In vielen Ländern wird auf der Ebene der Regierungen und des Parlaments lebhaft über die Terrorbekämpfung debattiert. Politiker äußern sich nachdrücklich darüber. Sie ist Gegenstand bi- und multilateraler zwischenstaatlicher Verhandlungen, auch solcher auf höchster Ebene, in der UNO und anderen Weltorganisationen. Sehr ausführlich wird dieser Fragenkreis in den Massenmedien besprochen.

Die Direktive Nr. 138

Infolgedessen greift in weiten Kreisen das Gefühl um sich, daß der Terrorismus der "zivilisierten Welt" den Krieg erklärt habe, so daß diese, um sich zu schützen, zu Sondermaßnahmen bereit sein müsse. Diese Einstellung herrscht beim "durchschnittlichen" Amerikaner oder Bundesbürger vor, was den Behörden eigentlich freie Hand zum fast beliebigen Vorgehen läßt, wenn es "für die Sicherheit der Bürger" als notwendig hingestellt werden kann.

Führend in dieser Hinsicht sind unstreitig die USA. Seit Anfang der 80er Jahre entwickelt das Weiße Haus eine stürmische Geschäftigkeit, um beim Kongreß ein Paket von Gesetzen durchzudrücken, die der Regierung weitestgehende Befugnisse zur "Terrorbekämpfung" einräumt. Am 3. April 1984 unterzeichnete der Präsident die Direktive Nr. 138 des Nationalen Sicherheitsrates, in der 26 Bundesämter, verpflichtet werden, Vorschläge zur Terrorbekämpfung zu erbringen. Auch ist eine Anzahl spezieller Empfehlungen formuliert und bestätigt worden, darunter solcher, die das Verhalten der US-Diplomaten und -Militärs im Ausland betreffen.

Für die Antiterroroperationen ist die sogenannte Gruppe Delta — eine paramilitärische, einige hundert Mann starke Einheit — gebildet worden. Unter diesen sind speziell ausgebildete Polizisten, Aufklärer, Fernmeldeexperten, Scharfschützen und Angehörige anderer militärischer Berufe. Sie sind in Fort Bragg (Neukarolina) stationiert und müssen ständig zum Abflug nach Schauplätzen von Terrorakten bereit sein. In Gegenden, wo sich Terroristen am regsten betätigen, sollen operative Delta-Gruppen stationiert werden. Nach gewissen Angaben besteht in Stuttgart schon so eine "vorgeschobene Stellung".

Auf den ersten Blick scheint das alles zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu gehören. Dabei spielt aber auch eine weitgezielte Politik eine Rolle, die an sich die internationale Sicherheit gefährdet. Die Empfindlichkeit der westlichen (namentlich der amerikanischen) Öffentlichkeit für Fragen des Terrorismus wird von den Rechten in der US-Führung weidlich ausgenutzt.

Die Regierung Reagan nahm von Anfang an die Parole "Kampf dem

internationalen Terrorismus" in ihr Rüstzeug auf und machte sie ebenso zum Mittelpunkt ihrer internationalen politischen Propaganda wie seinerzeit die Regierung Carter die "Menschenrechte". Hierbei wurden Beschuldigungen gegen die UdSSR lanciert, und das in der unverkennbaren Absicht, sie als "Hauptanstanfänger" des internationalen Terrorismus hinzustellen.

Später richteten die USA ihre derartigen Anschuldigungen gegen Libyen sowie gegen Syrien, den Iran, die KDVR, Kuba, Nikaragua und die VDRJ. Unverändert ist auch die Absicht, beliebige politisch fortschrittliche Bewegungen, die einen bewaffneten Kampf führen, als terroristisch hinzustellen. Mit Beurteilungen und Kriterien ist man ganz und gar nicht wählerisch: Die militärische Gewalt gegen die legitimen Regierungen Afghanistans, Angolas, Nikaraguas und Kampuchas ist "natürlich nicht" terroristisch, die sie ausüben, seien "Freiheitskämpfer". Die US-Regierung behält sich die alleinige Entscheidung darüber vor, welche Regierungen, Parteien und Gruppen "terroristisch" sind. Ebenso die völlige Handlungsfreiheit beim "Entgegenwirken" gegen den internationalen Terrorismus einschließlich der Verwendung beliebiger Mittel, die Washington als tauglich erachten mag, und das gegen beliebige Personen, Organisationen und sogar Staaten, denen die USA die Mittäterschaft an Terrorakten zur Last zu legen belieben. Mit anderen Worten, wird unter angeblicher Bekämpfung des internationalen Terrorismus der staatliche Terrorismus eingebürgert und kultiviert.

Bei der US-Führung besteht eine recht einflußreiche Fraktion, die überzeugt ist, daß der Terrorismus mit offenem Einsatz militärischer Gewalt beantwortet werden müsse. Bemerkenswerterweise verhielten sich manche hohe Beamten des US-Verteidigungsministeriums zu diesem Gedanken mit Vorbehalt. Staatssekretär Shultz hingegen war schon 1983 unbedingt dafür. Beobachtern zufolge war es für die endgültige Stellungnahme des Weißen Hauses von entscheidender Bedeutung, daß Vizeadmiral Poindexter, der ehemalige Sicherheitsberater des Präsidenten (der wegen des "Irangate" gehen mußte), für militärisches Einschreiten gegen "Terroranstanfänger" eintrat.

Vorwände für militärische Machtdemonstrationen lassen sich ja nach Belieben finden.

So haben die USA seinerzeit behauptet, sie hätten unumstößliche Beweise dafür, daß Libyen an Terrorakten beteiligt gewesen sei. Der Pressesprecher im Weißen Haus Larry Speakes malte so eine "Verschwörung" in den krassesten Farben aus: Agenten Libyens hätten in Paris mit MGs auf Leute schießen sollen, die beim US-Konsulat nach Einreisevisa Schlange standen, und hätten danach noch Handgranaten in die Menge werfen sollen.

Heute weiß man, was von solchen "Enthüllungen" zu halten ist. Als die USA vier Monate danach den Druck auf Libyen wieder zu steigern begannen, bestätigte das Weiße Haus eine von Poindexter eingebrachte Geheimdirektive des Nationalen Sicherheitsrates, laut der durch Kanäle der CIA und durch in die Presse lancierte Gerüchte Falschmeldungen über die libysche Führung verbreitet werden sollen, die sich mit blutigen Absichten trage und von der neuerliche Terrorakte zu gewärtigen seien.

Heiligt der Zweck die Mittel?

In Washington bezeichnet man Maßnahmen, die schwere Verstöße gegen das Völkerrecht darstellen und unschuldige Opfer fordern, bei der Bekämpfung des Terrorismus als zulässig. Bleibt nur noch übrig, diesem selbst moralischen und politischen Sündenablaß zu erteilen. Seine Anhänger verfechten ja die Anschauung, daß alles erlaubt sei und daß ihre Opfer eben "im Kampf für die gerechte Sache" nicht zu vermeiden gewesen wären.

Der Terrorismus stellt sich der Gesetzlichkeit und den Normen des zwischenmenschlichen (und zwischenstaatlichen) Verkehrs mit seinen Methoden entgegen, und wenn man ihn mit genau denselben Methoden bekämpft, so erkennt man im Grunde genommen deren Berechtigung an. Andererseits entsteht die Gefahr einer Desorientierung der Öffentlichkeit: Wozu man rigoros gegen fanatische Einzeltäter vorgehen solle, wenn die Regierungen glauben, genauso wie sie handeln zu können?

Völlig unbegründet sind die Hoffnungen, mit ein paar gutgezielten Luftangriffen den internationalen Terrorismus derartig treffen zu können, daß er nicht imstande sein werde, sich davon zu erholen.

Der internationale Terrorismus wird von vielen Vereinigungen verübt. Sie sind sorgfältig getarnt, haben öfter viele Stützpunkte in mehreren Ländern und ganz verschiedene Geldquellen. Oft können sie Anhänger in ziemlich großen Bevölkerungsgruppen anwerben, die mit irgendwelchen politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Aspekten ihres Daseins unzufrieden sind. Unter solchen Umständen den Terror mit Bombern bekämpfen zu wollen, hieße beinahe versuchen, den Rauschgifthandel oder Steuerhinterziehungen mit Raketen oder Panzern ausmerzen zu wollen.

Die Resultate können entgegengesetzt ausfallen: Die verstärkte Gewaltanwendung der USA steigert antiamerikanische Stimmungen und kann zu einem neuen Ausbruch des Terrorismus und seiner Ausweitung sowie zu neuen Opfern führen.

Beunruhigend ist die drohende Ausdehnung des Terrorismus auf neue Weltgegenden und neue "Tätigkeitsbereiche", z. B. auf den nuklearen. Heutzutage ist es z. B. nicht ausgeschlossen, daß verbrecherische Elemente nukleare Munition entwenden, selbst nukleare Sprengsätze herstellen und radioaktive Stoffe zur Verseuchung von Geländen und ihrer Bevölkerung benutzen.

Zusammenarbeit ist nötig

Der Terrorismus ist eine internationale Erscheinung, bei seiner Bekämpfung ist eine forsche Gangart unangebracht. Not tun vielmehr zielbewußte Bemühungen der gesamten Weltgemeinschaft, eine umfangreiche und mannigfaltige Zusammenarbeit der Staaten. Vertragsrechtliche Bestimmungen dafür sind bereits weitgehend formuliert: Es bestehen internationale Konventionen und andere vielseitige Urkunden, die ein Zusammenwirken der Staaten bei der Verhütung und Unterbindung von Terrorakten vorsehen. Derartige Bestimmungen weisen die Schlußakte der KSZE(1975) und ein von der Madrider Nachfolgekonferenz (1983) abgefaßtes Dokument auf. Eine Resolution über Maßnahmen zur Verhütung des internationalen Terrorismus wurde von der 40. UNO-Vollversammlung bestätigt. Noch wichtiger ist es, daß auch im Sicherheitsrat gleichlautende Beschlüsse gefaßt werden. Er hat z. B. Ende 1986 die Resolution Nr. 579 einstimmig angenommen. Diese enthält die Aufforderung, "die internationale Zusammenarbeit der Staaten bei wirksamen Maßnahmen auszudehnen, die dazu beitragen, beliebige Geiselnahmen und Entführungen als Erscheinungen des internationalen Terrorismus zu verhüten, gerichtlich zu verfolgen und zu ahnden".

Kurz, Möglichkeiten zum Ausbau der einschlägigen internationalen Zusammenarbeit sind vorhanden. Auch ihre Notwendigkeit liegt auf der Hand. Es kommt darauf an, wirksame Methoden zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu erarbeiten. Not tun solche Maßnahmen auch innerhalb der Staaten sowie regionale und multilaterale Abkommen über die Auslieferung von Verbrechern, der Beitritt aller Staaten zu den bereits rechtskräftigen Abkommen über die Bekämpfung einzelner Arten des internationalen Terrorismus sowie ein zügiger Austausch der entsprechenden Informationen.

Die UdSSR ist dazu bereit. Die Sache duldet keinen Aufschub. Es geht nicht an, daß Terrorakte Menschenleben fordern, Gewalt auslösen, die Situation erschweren und normale internationale und zwischenstaatliche Verbindungen stören, daß sie die internationale Sicherheit unterminieren.

ABC sagt eine Energiekrise voraus

Walter ROGERS,

Moskauer ABC-Korrespondent, teilte vor kurzem
in einer Reportage mit:

"Der diesjährige Winter war für Rußland eine schwere Prüfung. Eine rekordmäßige Kälte brachte die Frage der Energiekrise im Lande aufs Tapet. In Sibirien stürzte ein grimmiger Frost von 60-70 Grad Fahrenheit Gewinnung und Transport von Gas und Erdöl. Das führte zu geringeren Treibstofflieferungen für die Wohnhausbeheizung selbst in Moskau. Die Katastrophe in Tschernobyl im April v. J. leitete eine Stromerzeugungskrise ein. Die sowjetischen Behörden mußten alle Reaktoren vom Tschernobyl-Typ modifizieren, um auf die westliche Kritik an der Sicherheit in solchen Werken zu reagieren. Auch die herkömmlichen Kraftwerke sind ein potentielles Problem. Sie hätten im

vorigen Sommer zur technischen Durchsicht geschlossen werden sollen. Statt dessen arbeiteten sie mit Volldampf, um den Energieausfall von Tschernobyl wegzumachen. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit, daß sie bei der jetzigen ungewöhnlichen Kälte ausfallen können. Die Energetik ist eine Hauptkomponente der sowjetischen Wirtschaft, und die Engpässe hier könnten die Strommengen, die die UdSSR den osteuropäischen Ländern liefert, ebenfalls vermindern. Das seinerseits würde die dortige ohnehin schwierige Lage noch verschlechtern.

Am schlimmsten ist, daß die Industrieproduktion in der UdSSR zurückgehen könnte."

Artjom TROIZKI

Leiter der Abteilung Energetik im Staatlichen Plankomitee der UdSSR

Der Winter hat die Energiewirtschaft der UdSSR in der Tat mit vielen Problemen konfrontiert, schon deshalb, weil sich Elektroenergie für den Notfall nicht speichern läßt. In jedem Augenblick muß eben soviel Elektrizität erzeugt werden, wie erforderlich ist. Der Bedarf hängt von vielen Faktoren ab. Wir beteiligen uns z. B. aktiv an der internationalen Arbeitsteilung im Bereich Brennstoffe und Energie und liefern Brennstoffe und Ener-

gie an andere Länder; dabei schwankt die Nachfrage bei unseren Handelspartnern. Nichtsdestoweniger kann ich behaupten, daß das Brennstoff- und Energiepotential der UdSSR ein zuverlässiges Fundament unserer Volkswirtschaft ist und darüber hinaus den Bedarf unserer Partner im Ausland decken hilft.

Ein paar Beispiele. Im Jahre 1986 wurden in der UdSSR 686 Md. Kubikmeter Gas, 751 Mio t Kohle und 615 Mio t Erdöl

gewonnen. Kein anderes Land kann solche Mengen aufweisen.

Das sind Vorteile, aber es gibt auch Nachteile. Förderung und Transport der Brennstoffe werden teuer und erfordern die Erschließung neuer Ressourcen. Unter diesen Umständen wird die Erdölgewinnung in der UdSSR praktisch stabilisiert, und da Brennstoffvorräte und Industriebetriebe auf sowjetischem Territorium ungleichmäßig verteilt sind, mangelt es einigen großen Regionen bereits an fossilen Brennstoffen, zumal die Entfernungen zugenommen und sich die Transportbedingungen kompliziert haben. Die sowjetische Energetik brauchte eine neue Entwicklungsstrategie. Vorgesehen ist u. a. der Bau von Kernkraftwerken in einigen Regionen. Das betrifft vor allem den europäischen Teil des Landes, dort soll der wachsende Strombedarf in erster Linie aus Kernkraftwerken gedeckt werden. Wir müssen unsere Brennstoffbilanz von den verknüpften fossilen Brennstoffen auf die Kernenergie umstellen. Diese Arbeit ist im Gange. Die Gesamtleistung der sowjetischen KKW beträgt bereits 30 Mio kW, sie liefern über 160 Md. kWh Energie. Das sind 15 Prozent der gesamten im europäischen Teil der UdSSR erzeugten Elektroenergie.

Das Jahr 1986 brachte unserer Elektroenergetik schwere Prüfungen. Welchen Schaden die Havarie in Tschernobyl Ende April anrichtete, ist bekannt. Die Analyse der Ursachen, die der Weltöffentlichkeit vorgelegt wurde, zeigte: Zusätzliche Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit von KKW mit den Reaktoren solchen Typs (sie machen gegenwärtig die Hälfte der Kapazitäten der sowjetischen Kernenergetik aus) sind nötig. Es ist kompliziert, solche Reaktoren ohne Schaden für die Energieversorgung des Landes auch nur für kurze Zeit außer Betrieb zu setzen. Außerdem mußte gleichzeitig der Sicherheitsgrad in mehreren anderen Kernkraftwerken, die aus den ersten Jahren der Kernenergetik stammen, zusätzlich erhöht werden. Aus diesen Gründen und wegen des Großeinsatzes von Kräften und Mitteln zur Beseitigung der Folgen in Tschernobyl wurden 1986 auf den in Bau befindlichen KKW statt der geplanten 6,5 Mio nur 3 Mio kW in Betrieb genommen.

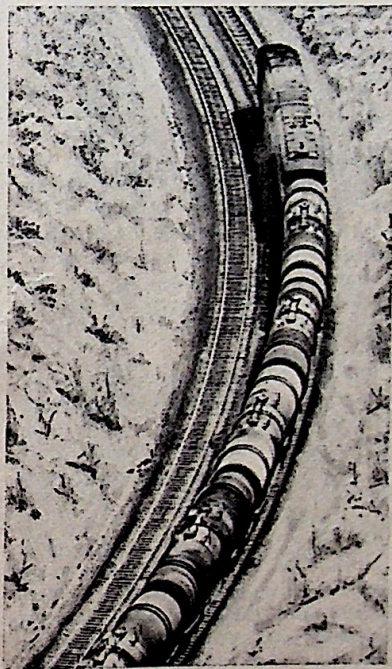
Doch damit hatten die Schwierigkeiten der sowjetischen Elektroenergiewirtschaft noch kein Ende. In Transkaukasien und besonders Mittelasien, wo Wasserkraftwerke über 40 Prozent aller E-Werke ausmachen, wurden die Flüsse im vorigen Jahr seichter. Mittelasien z. B. kannte eine solche Wasserarmut bis dahin nicht. Im Ergebnis büßten wir dort Leistungen von über 4 Mio kW ein.

Wir mußten, um das Land mit Strom zu versorgen, zusätzlich etwa 60 Md. kWh in Wärmekraftwerken erzeugen. Vergleichsweise: Das kommt der absoluten Menge der Elektroenergie gleich, die in

der Schweiz, in Belgien oder Österreich jährlich erzeugt wird.

Unter so schweren Verhältnissen bereiteten wir uns auf den Winter vor. Wir beschlossen, trotz der Schwierigkeiten die Kraftwerksanlagen im üblichen Umfang zu überholen, d. h. über 100 Mio kW Leistung außer Betrieb zu setzen und bis zum Winter zu reparieren. Das geschah, Alles in allem funktionierte die Energiewirtschaft unseres Landes stabil und deckte den Energiebedarf der Volkswirtschaft.

Der Winter brachte neue Schwierigkeiten mit sich. Im relativ warmen Dezember stieg die Spitzenbelastung des Verbundsystems gegenüber dem Dezember des Vorjahres um 8 Mio kW, im Januar, als strenger und anhaltender Frost einsetzte, stieg sie entsprechend um 11 Mio kW. Dabei liefen die neugebauten und 1986 in



Die Eisenbahnen helfen den Ölpipelines

Betrieb genommenen neuen Kapazitäten von 8,5 Mio kW erst an und hatten ihre volle Leistung noch nicht erreicht. Trotzdem war das Land wie gesagt zuverlässig mit Elektroenergie versorgt. Wie man jetzt aus amtlichen Berichten weiß, hat die sowjetische Industrie den Plan von 1986, dem ersten Jahr des 12. Fünfjahrplans, nicht nur erfüllt, sondern auch übererfüllt. Ohne eine normale Energieversorgung wäre das undenkbar gewesen.

Wie steigerten wir die Leistungen? Vor allem gestalteten wir den Planungsmecha-

nismus um. Dadurch konnten wir die Arbeitskollektive in der Energiewirtschaft an der Erhöhung der Leistung in den E-Werken ökonomisch interessieren. Das brachte uns in den Wärmekraftwerken über 10 Mio kW zusätzlich ein.

Dann bemühten wir uns darum, die Belastung beim Verbraucher nach Möglichkeit zu senken. Zu diesem Zweck wurden in allen Republiken der UdSSR die Schichtarbeitszeiten korrigiert, mehrfach sogar die arbeitsfreien Tage verlegt. Die Spitzenbelastung jedes Betriebes wurde (ohne Schaden für Technologie und Produktion) um 8–10 Mio kW gesenkt. Im Ergebnis wurden in der Volkswirtschaft zusätzlich über 7 Md. kWh eingespart.

Tschernobyl engte unsere Möglichkeiten, Strom in RGW-Länder zu liefern, ein. Das Energiepotential dieser Länder litt jedoch nicht darunter. Ungarn, die DDR und die CSSR erzeugten unter den gegebenen Umständen in ihren E-Werken zusätzlich 3,5 Md. kWh, wozu die UdSSR diesen Ländern die entsprechende Menge Erdöl über den Plan hinaus geliefert hatte. Was die Exportverpflichtungen der UdSSR bei der Energiebelieferung anderer Staaten, auf deren Energieversorgung die Havarie von Tschernobyl keine Auswirkungen hatte (Finnland, Norwegen, Türkei, Griechenland), betrifft, so wurden sie sogar etwas übererfüllt.

Aufgrund dieser Maßnahmen funktionierte das Energiesystem der UdSSR, wie paradox es auch klingen mag, 1986 stabiler als in den Jahren davor. So gab es Abweichungen vom Frequenzstandard (ein für die Charakteristik der Arbeit eines E-Werks äußerst wichtiger Parameter) im vorigen Jahr 2,7mal weniger als 1985. Bald werden unsere Energetiker die Spannungen, die in unserem Zweig letztendlich durch ihre Schuld entstanden, beheben. Schon sind zwei Blöcke in Tschernobyl in Betrieb, die Modifizierung der anderen Reaktoren dieses Typs wird abgeschlossen. Im Entwicklungsplan des Zweigs 1987 ist ein Leistungszuwachs von 15 Mio kW vorgesehen; das sind 90 Prozent mehr als im vorigen Jahr. Kernkraftwerke werden beinahe 50 Prozent des Zuwachses an Energieerzeugung sichern.

Die Havarie in Tschernobyl und die Beseitigung ihrer Folgen wirkten sich natürlich auf das Bautempo in anderen Kernkraftwerken aus. Am Fünfjahrplan für die Entwicklung der Kernenergetik in der UdSSR müssen gewisse Positionen möglicherweise korrigiert werden. Aber der prinzipielle Kurs der UdSSR und der anderen RGW-Länder auf wirtschaftlich begründete friedliche Nutzung der Atomenergie in der Brennstoff- und Energiebilanz bleibt — unter Einhaltung aller notwendigen Sicherheitsmaßnahmen und in optimaler Kombination mit dem Betrieb von Wärme- und Wasserkraftwerken.

Im Teufelskreis

Das Jahr 1986 war für die meisten Entwicklungsländer nicht leicht. Negativ wirkten sich auf ihre sozialökonomische Lage nicht so sehr inländische Faktoren wie vielmehr die schlechteren außenwirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen und die durch das westliche Finanzkapital verstärkte Ausbeutung aus.

Nikolai MARKOW

Wegen der enormen Auslandsschulden reagiert die Wirtschaft der Entwicklungsländer selbst auf unbedeutende Schwankungen der Weltkonjunktur besonders empfindlich. Deshalb verschärfte die 1986 in den westlichen Ländern zu beobachtende Verlangsamung der Geschäftstätigkeit sofort die Währungs- und Finanzprobleme der dritten Welt. In den verschiedenen Gruppen der Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas waren die Auswirkungen unterschiedlich, aber besonders schlimm für die Erdölexportierenden und die am wenigsten entwickelten, auf den Export von zwei oder drei Rohstoffen angewiesenen Staaten. Die Wirtschaftslage der sogenannten neuen Industriestaaten (Indien, Brasilien, Argentinien, Südkorea, Singapur und einige andere) präsentierte sich ebenfalls unterschiedlich. Die Rezession in der Weltkonjunktur beschleunigte somit die Differenzierung in den Entwicklungsniveaus der Länder der dritten Welt. Die Verschuldung verschärfte sich hauptsächlich deshalb, weil sich die Handelsbedingungen verschlechterten und der Nettoabfluß von Ressourcen in die kapitalistischen Zentren zunahm.

Ungleiche Entwicklung

Die Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes der Entwicklungsländer sanken von 2,5 Prozent 1984 auf 2,2 Prozent in den Jahren 1985/86. Folglich waren sie in den beiden letzten Jahren niedriger als die natürliche Bevölkerungszunahme. In 49 von 83 Entwicklungsländern, über die Statistiken vorliegen, erhöhte sich das Bruttoprodukt pro Kopf der Bevölkerung 1985 nicht bzw. ging es zurück. Auch die Zahl der Länder, in denen die Konjunktur abflaute, nahm merklich zu. Ein Wirtschaftswachstum war im vorigen Jahr nur in einigen großen Ländern — Indien, Brasilien, Argentinien, Pakistan, Ägypten — zu verzeichnen. Dort lagen die Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes zwischen 5 und 10 Prozent.

Nach vorläufigen Schätzungen erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt in den Erdölimportierenden Entwicklungsländern 1986 um 3,3 Prozent, was auf die Senkung der Ölpreise zurückzuführen ist. Somit konnten sie ihre Devisenausgaben um 12–15 Md. Dollar einschränken. Im Jahre 1985 sanken die Ölpreise um 4 und 1986 beinahe um 46 Prozent. Ein Barrel (159 l) Erdöl, das 1985 etwa 28 Dollar kostete, wurde im August 1986 für 10–12 Dollar verkauft. Erst als die OPEC-Staaten Ende des Jahres die Förderung begrenzten, erhöhten sich die Preise auf 18 Dollar. Viele Länder mußten jedoch ihre dadurch eingesparten Devisen nicht so sehr für den Import von Produktionsmitteln wie vielmehr für die Schuldentilgung benutzen.

Die erdrutschartige Ölpreissenkung war ein schwerer Schlag für die Erdölexportierenden Länder. Im vorigen Jahr ging ihr Bruttoinlandsprodukt um durchschnittlich 1,5 Prozent zurück (gegenüber einer Zunahme von 2,1 Prozent 1985). Der Exporterlös der OPEC-Länder sank 1986 auf 81 Md. Dollar (gegenüber 265 Md. 1980). Im Ergebnis mußten sie die etatmäßigen Ausgaben kürzen, Import, Investitionen und Bauwirtschaft drosseln. Selbst die nahöstlichen Monarchien sahen sich wegen der geringeren Gewinne aus dem Export gezwungen, ihre Wirtschaftsprogramme durch Kürzung ihrer Kapitaleinlagen im Ausland zu finanzieren. So gingen die Guthaben Saudi-Arabiens im Ausland zwischen 1982 und Anfang 1986 von 150 Md. auf 90 Md. Dollar zurück.

Süd- und Südostasien. Die in den letzten zwei Jahren günstigen Witterungsverhältnisse ermöglichten gute Ernten bei den wichtigsten Nutzpflanzen und trugen zu einem stabilen Wachstum der gesamten Produktion in den Ländern Südasiens bei. Nach vorläufigen Schätzungen stieg das Bruttoinlandsprodukt dieser Länder 1986 um 4,5–5 Prozent.

Ebensolche Wachstumsraten werden im Finanzjahr 1986/87 (es endet im März) in der Wirtschaft Indiens erwartet. Dort begann die Verwirklichung des

7. Fünfjahrplans der Entwicklung (1986–1990), dessen Ziel es ist, Wachstum und technologische Erneuerung der Wirtschaft zu beschleunigen sowie die Lebensbedingungen der armen Bevölkerungsschichten zu verbessern.

Der Preissturz bei Erdöl und anderen Rohstoffen verschlechterte 1986 die Wirtschaftskennziffern in Malaysia und Indonesien. Die Geschäftstätigkeit in Singapur, einem der weltgrößten Zentren der Erdölverarbeitung, blieb auf niedrigem Niveau. Die Wirtschaft Thailands dagegen entwickelte sich verhältnismäßig stabil. Die Industrie Hongkongs, Südkoreas und Taiwans belebte sich merklich. Diese Länder intensivierten rasch die Produktion und Ausfuhr von integrierten Schaltkreisen, Personalcomputern, Fernsehgeräten, Videorecordern und sonstigen High-tech-Erzeugnissen.

Angesichts der drohenden Verhärtung des Protektionismus in den kapitalistischen Zentren erhöhen diese neuen Industrieländer und -gebiete das Exportkapital, um sich "durch die Hintertür" Zutritt zu den Inlandsmärkten der USA, Westeuropas und Japans zu verschaffen. Die südkoreanische Firma Hyundai etwa baut einen Automontagebetrieb in Kanada, die Samsung Electronics Co. und die Goldstar Co. errichten Betriebe für die Montage von Elektronikernzeugnissen in der BRD und in Großbritannien, während die Posco 400 Mio Dollar in der Stahlindustrie der USA investierte.

Afrika. Das Bruttoinlandsprodukt der afrikanischen Länder nahm 1986 um nur 0,8–1 Prozent zu (1985 waren es 1,4 Prozent). Dieser gemeinsame Temporrückgang ergab sich aus der abflauenden Geschäftstätigkeit in den nordafrikanischen Ländern sowie aus dem Produktionsrückgang in Nigeria, auf welches 40 Prozent des gesamten Bruttoinlandsproduktes Schwarzafrikas entfallen.

Zugleich war eine relative Verbesserung in der Landwirtschaft der afrikanischen Länder südlich der Sahara zu beobachten: Laut vorläufigen Angaben stieg ihr Bruttoinlandsprodukt 1986 um 2,6 Prozent (gegenüber 2,4 Prozent 1985). Dagegen litten Angola, Äthiopien, Mosambik und Sudan (Gesamtbevölkerung: 80 Millionen) auch weiter unter akutem Nahrungsmittelmangel. Die Zuspitzung der Lage im Süden Afrikas wegen der bewaffneten Provokationen der RSA bewirkte eine Zerrüttung der Wirtschaftsbeziehungen der "Frontstaaten", was für sie einen jährlichen Verlust von rd. 2 Md. Dollar bedeutet.

Lateinamerika. Diese Länder, die mehr als andere Entwicklungsstaaten verschuldet sind, versuchten zwischen Inflation und Wirtschaftsrückgang zu manövrieren. Laut Vorschätzungen stieg das Bruttoinlandsprodukt der Region 1986 um 3,2–3,4 Prozent (1985 waren es 2,8 Pro-

zent). Die Vergrößerung ist hauptsächlich Brasilien und Argentinien zu verdanken.

Brasilien erlebte einen Wirtschaftsboom, sein Bruttoinlandsprodukt stieg um fast 10 %. Trotz verschlechterter Weltkonjunktur stimulierte die Regierung Produktion und Export, um die Schulden ohne Schaden für das Wirtschaftswachstum tilgen zu können. Der Preisstopp bei den Waren des Grundbedarfs unterdrückte die Teuerung und bewirkte einen Anstieg von Konsumtion und Industrieproduktion. Aber die Angst vor einer Überhitzung der Wirtschaft und vor der Inflation zwang die Regierung Ende des Jahres, die Geschäftstätigkeit einzudämmen.

Der Rückgang der Nachfrage nach den wichtigsten Exportwaren (Getreide und Fleisch) und ihre Verbilligung drückte die Deviseneingänge Argentinien um mehr als 20 Prozent nach unten. Trotzdem gelang es der Regierung, die Konjunktur durch Auslandsanleihen anzukurbeln und die Inflation in Grenzen zu halten. Nach einer 4prozentigen Senkung 1984/85 stieg die Bruttoproduktion des Landes 1986 um 5 Prozent.

Mexikos Exporterlös schrumpfte 1986 wegen der sinkenden Erdölpreise beinahe um 9 Md. Dollar. Das Land konnte seine Schulden nicht bezahlen, und die Regierung mußte außerordentliche Maßnahmen zur Drosselung von Import, Inlandsverbrauch und Investitionen ergreifen. Im Ergebnis verminderte sich das Bruttoinlandsprodukt um 4 Prozent. Auch Venezuela, der andere große Erdölexporteur, erlebte im vorigen Jahr eine wirtschaftliche Rezession. Chiles Wirtschaftslage blieb schwierig. In Peru trug das antiinflationistische Regierungsprogramm zur Belebung der Geschäftstätigkeit bei: Nach vorläufigen Angaben nahm das Bruttoinlandsprodukt dort 1986 um 4 Prozent zu.

Die Preisschere

Nach Berechnungen der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) beliefen sich die gesamten Verluste der Entwicklungsländer aus den Preissenkungen bei Agrarrohstoffen und Bodenschätzen 1981–1985 auf rd. 55 Md. Dollar. Bis 1985 fielen die Rohstoffpreise um 12 Prozent und erreichten den Tiefststand des letzten halben Jahrhunderts. Obwohl sich die Preissenkung bei Rohstoffen 1986 verlangsamt (sie gingen um nur 1,5 Prozent zurück, während die Ölpreise auf den Stand von 1973 absanken), schnellten die Preise für die von diesen Ländern eingeführten Industriewaren um 17 Prozent hinauf.

Zu den verhängnisvollen Auswirkungen dieser Preisschere auf die Wirtschaft der Entwicklungsländer kommt hinzu, daß die Zentren des Weltkapitalismus ihren Protektionismus verstärken. In den letzten Jahren beschränken die westlichen Länder die Einfuhr aus Asien, Afrika, Lateiname-

rika durch neue Importquoten, rigorosere Anforderungen an Qualität und Hygienennormen, durch erzwungene Exportverminderung und sonstige protektionistische Maßnahmen. Nach UNCTAD-Angaben erstreckten sich diverse mengenmäßige Beschränkungen 1984 auf 34 Prozent des Exports der Entwicklungsländer.

In den letzten Jahren errichteten die kapitalistischen Industrieländer zusätzliche Schranken für die Einfuhr vieler Industrieerzeugnisse (Stahl, Kraftwagen,

blieben erfolglos. Indien, Brasilien, Nigeria und weitere sieben Entwicklungsländer traten dagegen auf, daß der Handel mit Waren vom Handel mit Dienstleistungen abhängig gemacht wird. Die "Öffnung" des Dienstleistungssektors für die TNK-Expansion kann sich außerdem für neue Zweige der nationalen Industrie (Informations- und andere Technik) als verderblich erweisen. Brasilien z. B. verbot 1984 die Einfuhr von Minicomputern, so daß ihre Produktion im Lande selbst

Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung

(Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Prozent zum Vorjahr)

	1980–1983 (im Jahresdurchschnitt)	1984	1985	1986*
Alle Entwicklungsländer	0,5	2,5	2,0	2,4
Lateinamerika	—1,1	2,9	2,8	3,2
Nordafrika	1,1	3,3	2,3	1,5
Die übrigen Afrikanischen Länder (ohne Nigeria)	1,3	1,4	2,4	2,6
Südostasien	4,7	4,2	5,0	5,0
Ostasien	5,5	5,8	2,6	3,8
* Schätzung				

Schiffe, Haustechnik, Kleidung, Schuhe). So nahm der US-Kongreß einen Gesetzentwurf an, der die Importbedingungen erschwerte und den Zugang von Waren aus den Entwicklungsländern zum amerikanischen Markt an Zugeständnisse dieser Länder an transnationale Konzerne knüpfte. Der Beschluß der US-Administration, die Zölle für Erdöl aus Lateinamerika zu erhöhen und zusätzliche Beschränkungen für den Zuckerimport festzulegen, löste dort 1986 heftige Proteste aus.

Der Westen versuchte, der dritten Welt neokolonialistische Handelsbedingungen auch im Rahmen des GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) aufzuzwingen. In seinem Rahmen begann im vorigen Jahr die Uruguayer Runde der multilateralen Handelsgespräche (siehe auch NZ 49/86, S. 26). Sie sind insoweit bemerkenswert, als es um eine langfristige Verbesserung des Handels und der Devisen- und Währungslage der Entwicklungsländer geht. Doch setzt der Westen den Hauptakzent innerhalb des GATT auf die Liberalisierung des Welthandels. Der jährliche Welthandel mit Dienstleistungen, worin die transnationalen US-Konzerne besonders starke Positionen haben, erreicht 500 Md. Dollar (rd. ein Viertel des gesamten kapitalistischen Welthandels mit Waren).

Die US-Versuche, die Verhandlungen im GATT als Mittel zur Unterwanderung der Märkte der dritten Welt zu benutzen,

rasch angebahnt wurde (der Umsatz in diesem Zweig beträgt gegenwärtig eine Milliarde Dollar im Jahr). Washington reagierte gereizt und forderte von der brasilianischen Regierung 1986, das Verbot für den Import von Minicomputern aufzuheben: Sonst werde man die Einfuhrquoten vermindern und die Zölle für brasilianische Waren erhöhen.

Nach heftigen Debatten im GATT konnten die Entwicklungsländer durchsetzen, daß Probleme des Handels mit Dienstleistungen nicht vom Warenhandel direkt abhängig gemacht werden. Ferner erreichten sie, daß die westlichen GATT-Mitglieder bei multilateralen Verhandlungen keine neuen Handelsrestriktionen einführen werden. Kurz vor Anbruch des Jahres 1987 verstießen die USA faktisch gegen diese Obereinkunft. Das Weiße Haus gab bekannt, daß es die Zölle für einige Importwaren aus Mexiko, Brasilien, Singapur und anderen Entwicklungsländern zu erhöhen gedenke. Das würde ihren Exporterlös um insgesamt 2 Md. Dollar vermindern.

Ungleichberechtigter Handel mit dem Westen ist nicht das einzige, was die Entwicklung der jungen Staaten hemmt. In den 80er Jahren kamen das schnelle Anwachsen der Auslandsschulden und die Last des Wetrüsts hinzu. Aber darüber im nächsten Heft.

„Nirgendwo und überall. Niemals und immer...“

Gespräch mit Regisseur Tengis Abuladse über seinen Film "Sühne"

"Sagen Sie, Tengis Abuladse, ist Diktator Warlam, den der Schauspieler Macharadse in Ihrem Film verkörpert, eine verallgemeinerte Gestalt, ein Modell des totalitären Herrschers?"

Oder sind hier historisch und national Konkretes, Prototypen aus dem Leben wichtiger? Warlam trägt ja den georgischen Familiennamen Arawidse, der ganze Film handelt von drei Generationen einer georgischen Familie (Vater, Sohn und Enkel)."

Tengis Abuladse. Arawidse ist ein von uns erfundener Name, so einen georgischen Familiennamen gibt es nicht. "Arawidse" kommt vom georgischen "ara-win" (nicht vorhanden): Warlam ist also ein Niemand. Seit Nero können alle absoluten Herrscher auf einen solchen Namen Anspruch erheben. Warlam ist eine Sammelgestalt von Schurken und Diktatoren aller Zeiten und Völker. Der Schauspieler hat wirklich eine "Maske des Bösen" geschaffen.

"Hängen die von Rezensenten und Zuschauern der 'Sühne' so lebhaft diskutierten Verschiebungen von Zeit und historischen Details, die Projektion der einen Zeitschicht auf eine andere mit diesem Streben nach äußerster Verallgemeinerung zusammen? Das Auffälligste: handelnde Personen in modischen Kleidern von heute, daneben Leibwächter in Harnisch und mit Hellebarde; Autos und daneben alte Pferdewagen. In den Gerichtsszenen sehen wir Richter in mittelalterlichen Roben, während sich der Staatsanwalt nicht von einem Rubikwürfel trennt".

T. A. Natürlich war das Absicht. Aber ich bin nicht der erste. Nehmen Sie die europäische Malerei der Renaissance oder des Barocks: lauter nach Italien oder Holland verlegte biblische Motive. Ursprünglich befanden sich im Gerichtssaal, wo der Prozeß gegen Bürgerin Ketewan Barateli läuft, auch unsere Ahnen Adam und Eva, und zwar in der Aufmachung, die ihnen gewöhnlich angedichtet wird. Sie waren nicht einfach "Zeichen", sie mischten sich in die Handlung ein. Ihre Anwesenheit sollte betonen, daß die Dramen und Tragödien, die sich im Film abspielen, ewig sind und immer (ich fürchte, auch in Zukunft!) geschahen werden, sozusagen angefangen mit dem Sündenfall. Wir mußten Adam und Eva streichen, weil sich der Film übermäßig in die Länge zog.

Wo die Handlung spielt? Nirgendwo und überall. Niemals und immer. Daher die beabsichtigte "Unverträglichkeit" von Merkmalen des Alltags, daher die maximale Verallgemeinerung von Warlams

Gestalt, die die Aussagekraft einer Maske erreicht. Es ist schon seltsam: Je mehr man verallgemeinert, desto konkreter ist die Rezeption.

"Ich glaube aber, daß es Ihnen hier nicht darum ging, das auf der Leinwand Dargestellte zu einer Abstraktion hochzufilzieren, von realen Lebenserscheinungen, von jenen furchtbaren Kapiteln unserer Geschichte loszutrennen, deren Erkenntnis die rücksichtslose, grausame und zugleich läuternde Wahrheit der 'Sühne' zum Leben erweckt. Die unumstößliche Wahrheit, wenn auch in phantastischem Gewand."

T. A. Das Böse, das die Macht ergreift — das ist die Sackgasse. Das soziale Übel ist dermaßen destruktiv, daß es bisweilen sich selbst strafft. Das ist ein Hauptthema unseres Films. "Warlams Zeit" ist an sich so absurd, daß man sie auf der Leinwand nur mit den Ausdrucksmitteln des Absurden, der Groteske, des Surrealismus oder der Phantastik wiedergeben konnte. Auf jeden Fall nicht mit den Mitteln der realistischen Filmkunst.

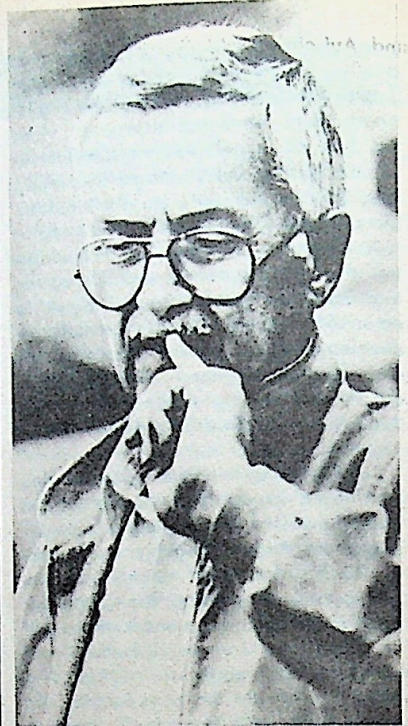
"Wie bestimmen Sie das Genre Ihres Films?"

T. A. Traurige Phantasmagorie, groteske Tragikomödie, lyrische Tragifarbe...

"Es gibt im Film auch nicht wenig Exzentrik, Komisches und Satirisches, nicht wahr? Schon die Szene, die das Sujet in Bewegung setzt, das Ausgraben Warlams Leiche als merkwürdige, alptraumähnliche Form der Rache, die die Heldin da wählt. Sie rächt sich an Warlam für ihre im Terror umgekommenen Eltern, für andere schuldlos Bestrafte, für ihr eigenes gescheitertes Leben. Sie meint, daß Warlam nicht begraben werden dürfe, daß in diesem Fall begraben gleich vergebensei. Deshalb geht sie Nacht für Nacht mit einer Schaufel zum Grab. Sie müssen zugeben, das ist ein sehr ungewöhnliches, skurriles Motiv."

T. A. Und doch habe ich meine Fabel aus dem Leben. Einmal hörte ich von folgender wahrer Begebenheit: wie jemand in einem Dorf in Mingrelia einen soeben Bestatteten ausgegraben und gegen das Haus seiner Verwandten gelehnt hatte. Welch ein furchtbares Verbrechen mußte dieser Verstorbene begangen haben, damit seine Dorfnachbarn so etwas taten!

"Das ist aber nur ein Kunstgriff, das Schürzen des Knotens, und im weiteren erfahren wir Warlams Geschichte, die Geschichte seiner Schuld, der Verbrechen seiner Diktatur — Rechtsbrüche, Repressalien, Verhaftung Unschuldiger, Unterdrücken und Schikanieren von Künstlern — gleichsam in der Retrospektive. Wann dachten Sie zum erstenmal an einen solchen Film?"



Tengis Abuladse

T. A. In meinem Unterbewußtsein entstand er wohl vor 20 Jahren, als ich die Arbeit am ersten Teil meiner Filmtrilogie, dem "Gebot" nach Poemen und philosophischen Miniaturen des georgischen Klassikers Washa Pshawela, aufnahm. "Das Gebot" wurde 1968 uraufgeführt. Unlängst habe ich mir den Streifen nach vielen Jahren wieder angesehen. Wenn es nach mir ginge, würde ich die Trilogie heute in dieser Reihenfolge vorführen: zuerst den "Baum der Wünsche" (1977 gedreht), dann die "Sühne" und als Finale "Das Gebot". So aktuell wirkt dieser Film.

Das Leitmotiv ist die Gefährlichkeit, Verderblichkeit von Feindschaft und Argwohn, die Wurzeln der verderblichen Macht des Bösen, von Vorurteilen und Trägheit. Der Dichter befet zu Gott, ihm den Durst nach Gutem für immer zu lassen, damit er diesen Durst auch am Sterbebett nicht als noch ungestillt empfinde. "Das Schöne im Menschen darf nicht sterben": Diese Worte Pshawelas, eines Genies und Propheten, wurden für mich zum Leitgedanken des Films.

Feindschaft ist zerstörerisch und zählebzig. Wer ist der Feind? Pshawela erzählt von der ewigen Feindschaft zwischen Moslems und Christen, die in gleichen Gebirgsdörfern leben. Für ihn aber gibt es in dem Konflikt weder Schuldige noch Schuldlose, die Feindschaft selbst ist tragisch. Die Handlung spielt deshalb "niemals und immer", in alten Zeiten und zugleich zu Beginn unseres Jahrhunderts, als Washa Pshawela lebte.

"Die einleitenden Bilder des 'Baums der Wünsche' setzen wahrscheinlich das Thema des 'Gebets' direkt fort? Ich meine die Szenen mit dem weißen Pferd, die inzwischen beinahe Klassik geworden

sind. Auf einem Feld, das der Sage nach vom Blut ehemaliger Schlachten getränkt ist, verröchelt ein herrliches Roß. Das Bild der blühenden Frühlingswiese hüllt sich in einen unheilvollen Dunst: eine Metapher der Macht des Bösen, die sich auf die nächsten Generationen überträgt. Meines Erachtens ist nicht nur 'Das Gebet', sondern auch 'Der Baum der Wünsche' heute absolut aktuell. Im vorigen September war ich auf einem Treffen mit Graham Greene an der Journalistik-Fakultät der Moskauer Staatlichen Universität. Der Schriftsteller war eben aus Tbilissi zurückgekehrt, wo er Ihren 'Baum der Wünsche' gesehen hatte. 'Das ist ein großer Film', sagte er und bedeckte für einen Augenblick die Augen mit der Hand, um seine Bewunderung zu betonen.

Bei uns ist es nicht üblich, 'unseren eigenen' Künstlern so etwas zu sagen, wir sind es gewöhnt, allenfalls ein paar süßsaure Komplimente zu verabreichen. Aber ich darf annehmen, daß der große Greene (von ihm darf man ruhig 'groß' sagen!) keine schönen Worte macht. Er meinte wohl nicht nur das hohe künstlerische Niveau des Films, sondern vor allem dessen aktiven, leidenschaftlichen Humanismus, das tiefe Mitgefühl mit den Opfern der Willkür. Denken wir an das tragische Schicksal der jungen Marita im 'Baum der Wünsche', die nicht den geliebten, aber armen Mann heiratet, sondern einen ihr Fremden, daran, wie die ehrpusseligen Dorfnachbarn sie an den Pranger stellen."

T. A. Ich wage nicht, den von mir hochgeachteten Graham Greene zu kommentieren, den ich leider nicht sehen konnte. Natürlich fühle ich mich sehr geschmeichelt und bin ihm für seinen Worte dankbar. Was den "Baum der Wünsche" angeht, so entwirrt dieser Film dem "Gebet", bildet einfach den zweiten Teil der Trilogie.

Diese Verfilmung der poetischen Prosa des bekannten georgischen Schriftstellers Giorgi Leonidse hat das gleiche Thema zum Vorwurf: Verderblichkeit von Feindschaft, von Gewalt, die der Persönlichkeit angetan wird. Feindschaft wirkt verheerend. Wer in unserem Film war gegen Marita? Eigentlich niemand, alle "meinten es gut mit ihr". Der Dorfälteste spricht sogar im Namen von Geschlecht, Nation und der Massen, vertritt gleichsam die Interessen "aller": Die Georgier seien ein kleines Volk und bräuchten eine gesunde Nachkommenschaft. Deshalb müsse Marita in ein reiches Haus einheiraten, einen guten Mann bekommen, ein gutes Geschlecht gründen. Alles endet mit dem tragischen Tod der Heldin. Das Thema des "Baums der Wünsche" ist die Sehnsucht nach verlorener Harmonie und die Wiedererlangung jener Harmonie, die der menschlichen Natur innewohnt.

"Dieses Thema geht ins Finale der Trilogie über, nicht wahr? Wann begannen Sie die Arbeit an der 'Sühne'? Wie arbeiteten Sie am Film?"

T. A. Mit dem Drehbuch begannen wir — Nana Dshanelidse, Reso Kweselawa und ich — 1981, im Jahr darauf war es fertig. Die Dreharbeiten dauerten faktisch fünf Monate. Im Dezember 1984 wurde der Film abgeliefert, das steht auch im Vorspann: Grusija-Film 1984.

Wir drehten schnell und einträchtig. Vieles entstand direkt bei den Aufnahmen, kam aus dem Stegreif. Ich hatte prächtige Kameraden und Kollegen, begabte Schauspieler. Den Kameramann Michail Agranowitsch hatte ich aus Moskau eingeladen, er ist ein Meister seines Fachs, ein hellhöriger Künstler und herrlicher Freund; der Szenograf war Giorgi Mikeladse, um den sich alle Regisseure in Tbilissi reißen. Besonders erwähnt sei der Maskenbildner G. Barnabischwili, er schuf die Maske Warlams und die des Abel, der zweiten Rolle Macharadzes. Im Film gibt es keine Kulissen, alles ist echt, alles Natur.

"Und die Szene auf dem Bahnhof, die die Zuschauer immer erschüttert: wie Frauen an Baumstämmen aus der Taiga nach Namen ihrer Verwandten, politischer Verbannter, suchen?"

T. A. Wir drehten diese Szene in Batumi im Spätherbst, direkt an den Gleisen in der Stadt, in der Nähe des Meeres. Wir schnitten die natürlichen Geräusche, das Rattern von Rädern, das Eisenscheppern, Gebell, Stimmen und Getrappel mit. Der Komponist Gija Kantscheli sagte, nachdem er die aufgenommene Szene gesehen hatte: "Ich habe da eine Musik, ihr könnt sie vielleicht gebrauchen." Und gab uns ein Tonband. Was das war, weiß ich bis heute nicht. Hat er das geschrieben? Oder jemand anders? Diese Musik haben wir jetzt im Film. Geräusche und Text mußten weg. Alles ist auch so klar.

"Die Musik gibt durch geheimnisvolle seltsame Klänge unbekannter Instrumente die erstaunliche Stimmung der Szene, das Irreale einer Traumvision wieder.

Aber kann das wahr sein? Sind so große Ausstattungskomplexe wie etwa das Haus des Malers Sandro Barateli oder die Kirche Unserer Heiligen Jungfrau, in der sich ein Labor für Hochfrequenzgeräte befindet, keine Aufbauten, sondern Außenaufnahmen?"

T. A. Natürlich. Baratelis Haus ist die Museumswohnung der ausgezeichneten georgischen Malerin Jelena Achwlediani in Tbilissi. Die Kirche, die vom 6. Jahrhundert datiert (die Wandmalereien sind späteren Datums), steht noch heute in Batumi.

"In diesem Zusammenhang noch ein wichtiges Moment. In der Kirchenszene hört man im Radio das Interview mit Albert Einstein, das er vor seinem Tod gab und das wir als Testament des großen Wissenschaftlers betrachten dürfen. Das Interview ist kaum zu Ende, da wird sofort Unterhaltungsmusik übertragen, eine Musik zum Nicht-Denken-Können. Und vor dem Interview, worin Einstein die Menschheit vor einer atomaren Weltkatastrophe warnt, bemerken wir in der Kirche unter den riesigen Exponaten der technischen Ästhetik eine Gestalt aus Hieronymus Bosch: eine Frau in blaugrünem Kleid, die rasch vorbeigeht. Sie schleppt einen langen Schwanz hinter sich her, auf ihrem Kopf liegt ein dickes Buch, und auf dem Buch sitzt eine Ratte: das Motiv des Gelehrten, der sich selbst verschlingt. Warnung ist für mich ein ebenfalls wichtiges Thema des Films.

Die Gestalt der Frau mit dem Rattenschwanz hat auch einen anderen Sinn:

Nach georgischen Sagen ergreifen Teufel von einer verlassen Kirche Besitz.

Diese Gestalten und Motive sind nicht einfach Groteske oder Surrealismus, sie gehören zum Inhalt. Auf eine andere Weise hätte ich die absurde Wirklichkeit von "Warlams Zeit" nicht wiedergeben können. Wie hätte ich z. B. das beinahe phantastische, unglaubliche Verhör Sandros in Warlams "Ami" ohne einen weißen Flügel, ohne Mendelssohns Hochzeitsmarsch und ohne die Themis in Gestalt eines hübschen jungen Mädchens mit einer Waage in der Hand und mit den verbundenen Augen aufnehmen können? Wie hätte ich das Abstruse des "Warlamismus" dem heutigen Zuschauer vermitteln können, jener Zeit, der der mutige und aufrechte Bürger Michail Korischeli sich selbst bezichtigt und behauptet, ein "Agent von Pontos" gewesen zu sein, den Auftrag, "einen Tunnel von Bombay nach London zu graben", erhalten und viele Tausende organisierte "Feinde des Volkes" angeführt zu haben? Die absurde, phantastische Wirklichkeit erfordert entsprechende Ausdrucksmittel.

"Die 'Sühne' läuft in Moskau mit atemberaubendem Erfolg, der alle Erwartungen übertrifft. Offenbar kommen die vom Film angesprochenen Probleme, sein sozialer und moralischer Gehalt, sein eindeutiges Engagement zur rechten Zeit. Die Aufführung der 'Sühne' ist für die sowjetischen Filmschaffenden ein ermutigender Beweis dafür, daß sich in unserer Gesellschaft, unserer Kultur, auch unserer Filmkunst, verheißungsvolle, von Erneuerung zeugende Wandlungen vor sich gehen. Es gibt jedoch Zuschauer, die sagen: Wozu die Vergangenheit hervorholen, vorbei ist vorbei. Wie denken Sie darüber?"

T. A. Ich würde darauf Lew Tolstoi zitieren. Hier, was er in seinem Artikel "Nikolai Palkin" schrieb: "Wozu erinnern? Wenn ich eine schlimme, gefährliche Krankheit durchgemacht habe und von ihr geheilt oder genesen bin, werde ich mich daran stets mit Freude erinnern. Mich dagegen nicht daran erinnern werde ich nur dann, wenn ich krank bin, genau so krank oder noch schlimmer, und wenn ich mich selbst betrügen möchte."

"Nach der Aufführung der 'Sühne' in den Kinos und im Fernsehen Georgiens und nach der Moskauer Uraufführung folgen gewiß weitere Aufführungen auch in anderen Städten und Republiken der UdSSR sowie im Ausland?"

T. A. Möglich.

"Wir haben uns alle sehr gefreut, als die beiden ersten Filme der Trilogie preisgekrönt wurden: 'Das Gebet' auf dem Internationalen Festival in San Remo (Grand Prix), 'Der Baum der Wünsche' mit dem italienischen David-Donatello-Preis. Wird der Film wirklich nach Cannes gehen, wie es heißt?"

T. A. Wir hoffen es. Gegenwärtig fertigen wir eine Kopie für Frankreich, mit französischen Untertiteln, an. Ich möchte sehr, daß der Film auch beim anspruchsvollen Publikum im Ausland ankommt.

Aufgezeichnet von
Neja SORKAJA

DISKUSSION MIT DEM LESER



Es diskutiert
Alexander JEWSTAFJEW
Vizevorsitzender des
Staatlichen Rundfunk- und
Fernsehsomitees der UdSSR

Ich erinnere: Michail Gorbatschow schilderte am 22. Oktober v. J. in seiner Fernsehrede seinen Meinungsaustausch mit Ronald Reagan über Rundfunkinformationen und sagte, der Präsident habe versprochen, die Sache zu erwägen. Ich behaupte nicht, daß er das Versprechen halten

Ich wohne am Schwarzen Meer, in Odessa, und bin 17 Jahre alt. Mit großem Interesse lese ich Ihre Zeitschrift, denn sie behandelt das Weltgeschehen, darüber muß man heutzutage unbedingt auf dem laufenden sein. Ich habe eine Frage zu Michail Gorbatschows Rede im Moskauer Fernsehen, in der er sagte, er habe Ronald Reagan den Austausch von Rundfunkprogrammen angeboten, nämlich daß die UdSSR Sendungen der "Stimme Amerikas" nicht mehr stören und daß die Amerikaner dafür Radio Moskau englisch zu hören imstande sein werden. Ich möchte wissen, ob die Sache angelaufen ist oder ob die Amerikaner das Angebot zurückgewiesen haben.

Igor STOLJAROW
Odessa, Ukr. SSR

Oberlegenheit der amerikanischen Gesellschaftsordnung und daran glauben zu machen, daß die amerikanischen Pläne für einen Krieg mit weltraumgestützten Kernwaffen friedlich seien.

Dieser Superaufgabe ist selbst die versierte "Stimme Amerikas" immer weniger gewachsen. Die Hörer sind nicht mehr so leichtgläubig. Mit ihrem kritischen, selbständigen, mit objektiven Informationen gewappneten Denken unterscheiden sie die Wahrheit von politischer Fiktion, sozialer Demagogie, ideologischer Vorspiegelung. Wir meinen es ernst, wenn wir

wir stellen die Störung der 'Stimme Amerikas' ein, und Sie bieten uns die Möglichkeit, in Ihrem Land oder irgendwo in der Nähe Rundfunksendungen für die USA in Gang zu bringen, damit sie die Bevölkerung Ihres Landes erreichen."

Ich finde, das wäre nur gerecht, denn wenn die Amerikaner Radio Moskau auf ihren Mittelwellen hören könnten, hätten sie die beste Möglichkeit, die Wahrheit über die Vorzüge und Unzulänglichkeiten unseres Lebens, über unsere Freuden und Ärgernisse, über unsere außenpolitischen Absichten und unsere

Parität auch im Äther

wird, schon deshalb nicht, weil die Amerikaner viele bedeutend wichtigere Reykjaviker Vereinbarungen zur nuklearen Abrüstung fallengelassen haben. Oberhaupt hat die US-Administration jetzt "andere Sorgen": wegen ernster außenpolitischer Fehlschläge, skandalöser Enthüllungen unsauberer Geld- und Waffengeschäfte, bedrohlicher Anzeichen unausbleiblicher wirtschaftlicher Komplikationen, akuter Gegensätze mit den Bündnispartnern usw. usf.

In dieser Atmosphäre von Lug und Trug und dieser von der Krise gezeichneten Situation hat Washington offenbar keine Eile, mit uns von gleich zu gleich Informationsprobleme so, wie wir sie in Reykjavik anschnitten, zu lösen, erstens, weil sich die USA, wie Michail Gorbatschow in derselben Rede konstatierte, "zu einer immer fester abgekapselten Gesellschaft entwickeln, in der die Menschen listig und wirksam gegen objektive Informationen abgeschirmt werden. Das ist ein gefährlicher Vorgang." Zweitens, weil man dort noch immer auf die Fähigkeit ihrer mächtigen, weitverzweigten, weltumstrickenden Falschmeldedienste baut, die öffentliche Meinung zum eigenen Nutzen zu formen, sie mit primitiven Unterstellungen an eine

sagen, daß wir bereit und bestrebt sind, verschiedene Auffassungen, auch bürgerliche, unseren Anschauungen gegenüberzustellen und sie vergleichend zu analysieren. Wir sind bereit zu einem ehrlichen Streit ohne Hintergedanken, ohne Voreingenommenheit und den Drang, die Andersdenkenden "einzukwickeln". Als Erdenbewohner müssen einander alle kennen und verstehen.

Darum sind beim Informationsaustausch, vor allem bei dem momentanen über Rundfunk, gleiche Mittel und Möglichkeiten vonnöten. Heute sind sie ungleich. Michail Gorbatschow sagte in einer Darlegung seines Gesprächs mit Ronald Reagan: "Sie haben die Sowjetunion mit Rundfunksendern eingekreist und senden in die UdSSR aus Drittländern rund um die Uhr in vielen Sprachen alles, was Ihnen in den Sinn kommt. Amerika selbst hat den Umstand, daß wir keine engen Nachbarn sind, benutzt, um sich gegen unsere Rundfunkinformationen auf Mittelwellen — die dortigen Empfangsgeräte haben nur solche — abzuschirmen. Der Präsident hat auch darauf nichts einwenden können."

Und weiter: "Da habe ich ihm vorgeschlagen: Machen wir es so —

Einstellung zu Amerika und den Amerikanern regelmäßig zu erfahren. In die Mauer der politischen Unwissenheit, hinter der das Denken der amerikanischen Öffentlichkeit gehalten wird, der man einreden will, daß Du, Igor Stojanow, und andere Jungens wie Du das herrliche Amerika besetzen werden, wäre dann eine Bresche geschlagen.

Auf der anderen Seite gingen wir dazu über, die "Stimme Amerikas" zu hören, in dem aufrichtigen Wunsch, möglichst viel über Amerika und die Amerikaner und darüber zu erfahren, worauf sie stolz sind, wessen sie sich schämen, wie sie arbeiten, wie sie, wenn arbeitslos, leben, wie sie sich amüsieren, was sie lesen, was für technische Neuerungen sie haben und wie sie über die Kriegsgefahr denken.

Werden wir das alles hören können? Nach den jetzigen Programmen der "Stimme Amerikas" zu urteilen, bezweifle ich das sehr. Fast die halbe Sendezeit ist der UdSSR eingeräumt. Man sagt uns Dinge, die aus der Luft gegriffen sind. Die wirklichen Vorgänge erläutert man überheblich und sagt auch gleich, warum es anders sein müßte. Mehr noch, man liest uns die Leviten, empfiehlt uns, unser System nach dem amerikanischen Ebenbild

Kulturbrücke

Alexander OKSANIN

"aufzubessern". Tränenselig bringt man primitivste antisowjetische Verleumdungen. Das alles klingt so, als wären diese Programme die einzige und glaubwürdigste Information über unser eigenes Leben.

Allerdings haben es die allwissenden Kommentatoren unserer Wirklichkeit letzthin immer schwerer. Die Publizität, die demokratische, unverhohlene Erörterung der Entwicklungsprobleme unserer sozialistischen Gesellschaft, die objektive Kritik an Fehlern im sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Leben des Volkes und an denen, die daran schuld sind, die revolutionäre Wende im Denken der Öffentlichkeit — das alles nimmt den Anwürfen im Rundfunk die "hypnotische Wirkung", die sie noch unlängst auf manche Leute hatten.

Um es kurz zu sagen, entzieht unsere Wahrheit denen den Boden, die in den USA und anderwärts die Verleumdung der UdSSR zu ihrem Beruf gemacht haben. Ebenso denen, die diese Lügen reichlich bezahlen und sie als Superwaffe gegen den Sozialismus ansehen. Nicht von ungefähr messen sie dieser Waffe die gleiche Bedeutung wie den Kern- und C-Waffen, den weltraumgestützten Waffen und Raketen bei.

Wie kürzlich die "Los Angeles Times" schrieb, ist es da kein Wunder, daß "das Budget der Nachrichtenagentur der USA (USIA) seit 1980 prozentuell schneller als das Budget des Pentagons anwächst".

Die UdSSR hat die internationale Konvention über die friedliche Nutzung des Rundfunks ratifiziert, an der zahlreiche Staaten Europas, Asiens, Afrikas und Lateinamerikas beteiligt sind. Und die USA? Sie haben sich der Unterzeichnung entzogen. Warum? Weil darin die Signatäre verpflichtet werden, Rundfunksendungen aus ihren Ländern zu verbieten, die zu Handlungen aufhetzen, welche sich mit der internen Ordnung oder der Sicherheit anderer Signatarstaaten nicht vertragen; ebenso darauf zu achten, daß Rundfunksendungen nicht zum Krieg oder zu einem Vorgehen hetzen, das zu einem solchen führen kann.

Wir halten solche Bestimmungen für die einzig annehmbaren. Washington denkt anders. Wir bemühen uns aber weiter um die Niederlegung der künstlichen Schranken gegen Rundfunkinformationen. Wann und womit das enden wird? Das steht abzuwarten.

Die Weltbewegung für Frieden und Abrüstung erstarkt. Die Kulturschaffenden und Künstler nehmen in ihr einen besonderen Platz ein. Sie können viel für die Völkerverständigung tun, denn die Begriffe "Kultur" und "Frieden" sowie "Kultur" und "das Lebensrecht" sind nicht voneinander zu trennen.

"Mit wem seid ihr, Meister der Kultur?" fragte Maxim Gorki Anfang der 30er Jahre die Kulturschaffenden des Auslandes. Der große proletarische Dichter rief seine Kollegen, ja alle Kulturschaffenden auf, gegen Krieg und Reaktion vorzugehen. Die allermeisten entschieden sich für den Frieden, denn die Kultur kann nur bei friedlicher Koexistenz gedeihen. Anderseits trägt die fortschrittliche Kunst zur Schaffung einer Vertrauensatmosphäre und zum Entstehen einer neuen politischen Denkweise bei.

Die Kulturverbindungen der UdSSR mit anderen Ländern haben dieses hohe Ziel. Viele internationale Kulturveranstaltungen in der UdSSR haben Fragen von Krieg und Frieden zum Thema.

Zu einem bedeutenden Ereignis hat sich das Forum vom Issyk-Kul, ein einzigartiges Treffen weltbekannter Intellektueller aus aller Welt, gestaltet. Schriftsteller, Wissenschaftler und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben dort über die heutige Menschheit beschäftigenden Fragen, vor allem über Frieden und Entspannung, diskutiert. In der Schlußerklärung der Teilnehmer heißt es: "Wir hoffen, daß die Saat, die wir am Issyk-Kul ausgestreut haben, kräftig aufgehen und daß viele Angehörige der freien Berufe in der ganzen Welt in unseren Bemühungen, eine neue Welt zu schaffen, wie wir sie erträumen, zu uns stoßen werden."

Alle sozialistischen Länder setzen sich energisch für den Schutz der Zivilisation vor einer nuklearen Katastrophe und für den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit ein. In einer im Oktober v. J. vom Außenministerkomitee der Warschauer Vertragsstaaten abgehaltenen Sitzung standen auch Fragen des Kulturaustausches zur Debatte. Im Kommuniqué heißt es, daß die sozialistischen Staaten "für einen erweiterten Austausch geistiger Werte der Völker Stellung nehmen, so daß sie imstande sein werden, einander besser zu kennen und zu verstehen und leichteren Zutritt zu den Schätzen der Zivilisation zu erlangen. Sie sind für eine umfassende humanitäre Zusammenarbeit."

Unlängst fand in Sofia das VI. Welttreffen der Schriftsteller unter der Devise statt: "Die Hoffnung der Erde ist Frieden." Michail Gorbatschow antwortete auf Fragen der Veranstalter dieses Treffens: "Menschen fragen sich manchmal, was Literatur und Kunst in unserem thermoklearen Zeitalter tun können. Meiner

Ansicht nach sehr viel, vor allem helfen, eine ethische Atmosphäre zu schaffen, in der das Waffentrüben und das Aufheizen der Kriegspsychose als Verbrechen am Lebensrecht der Menschen gelten werden."

Im Internationalen Jahr des Friedens ist in Städten der UdSSR und der USA eine gemeinsame sowjetisch-amerikanische Musikerguppe aus Kindern aufgetreten und hat das Stück "Ein Kind der Welt" aufgeführt. Die Vorstellungen haben gezeigt, daß die Fragen von Krieg und Frieden der Jugend keineswegs gleichgültig sind. "Der Leitgedanke sowohl bei der Musikaufführung als auch bei allen unseren gemeinsamen Bemühungen ist der, zu zeigen, daß eine Freundschaft zwischen den USA und der UdSSR möglich und notwendig ist, daß unsere Länder in Frieden leben müssen", sagte S. Croan, Koordinator der Peace-Child-Stiftung, und S. Arrons von den ICM-Artists nannte die kürzlichen Darbietungen des Moissejew-Ensembles in den USA "ein Fest für die amerikanischen Musikverehrer".

Die fortschrittlichen Künstler des Westens steuern zur Rettung der Zivilisation vor einer nuklearen Katastrophe das Ihre bei. Der bekannte englische Schriftsteller John Brunner, ein reger Teilnehmer der Antikriegsbewegung, sagte folgendes über die Pflicht seiner Kollegen: "Im 20. Jahrhundert ist es undenkbar, Schriftsteller zu sein und den Fragen von Krieg und Frieden, Leben und Tod auszuweichen. Jede Schöpfung der Literatur und anderer Kulturbereiche muß eine Herausforderung an jene sein, die in ihrem unmenschlichen, grausamen Wesen zur Massenvernichtung neigen."

Die französische Organisation "Appell der Hunderter", an deren Wiege namhafte Wissenschaftler, Schriftsteller und Schauspieler Frankreichs standen, beteiligt sich aktiv an der Antikriegsbewegung. Beim Nationalen Friedensfestival von 1986 wurde ein Aufruf an alle Völker der Welt gerichtet, in dem es heißt: "Wir sind fest entschlossen, alles zu tun, um die Menschheit vor einem Kernwaffenkrieg zu bewahren."

Das Internationale Jahr des Friedens mit seinen zahlreichen Antikriegsaktionen ist zu Ende. Doch die Friedensbewegung erstarkt immer mehr und gewinnt immer neue Millionen Teilnehmer. Die Kulturschaffenden nehmen in ihren Reihen einen ehrenvollen Platz ein.

Ein Sprichwort lautet: Die Musen schweigen, wenn die Kanonen sprechen. Man muß alles tun, damit auf unserer schönen Erde, dieser Oase im Weltall, die Musen niemals schweigen. Die Völker der Erde wollen es so. Das kommt in dem Beschluß der zum Abschluß gelangten UNO-Vollversammlung zum Ausdruck, die Jahre 1988–1997 zum Weltjahrzehnt der Kultur zu erklären.

Der Leader

Der Cheftrainer der CSSR-Eishockeymannschaft, Jan STARSÍ:
"Geben Sie mir Makarow und Fetissow in die Mannschaft, und
ich besiege einen beliebigen Gegner!"

Der Cheftrainer der kanadischen Olympiamannschaft, Dave
KING:

"Makarow wählt unter diversen möglichen Spielvarianten die
einzig richtige..."

Der beste Stürmer der letzten Jahre von NHL, Wayne GRETZKY:
"Wen ich als Partner haben möchte! Im Angriff zweifelsohne
Makarow."

Sergej begeisterte sich schon
als kleiner Junge für Eishockey.
Er begann in Straßen-
mannschaften. Hauptanzie-
hungspunkt für die jungen
Eishockeyfreunde waren in
Tscheljabinsk stets die
Hockeyspieler des Klubs Trak-
tor. Der junge Sergej Makarow
hatte auch zu Hause ein Vor-
bild: Sein Bruder Nikolai war
Verteidiger in einer Spitzen-
mannschaft, wurde Weltmeister
und verdienter Meister des
Sports der UdSSR. Sein anderer
Bruder aber, Juri, war viele
Jahre als Schiedsrichter bei
Hockeyscheidungen tätig.

Die Trainer des Traktor wur-
den auf den Juniorsportler
aufmerksam. Eben dort begann
er Eishockey richtig zu lernen.
Und bereits damals hatte er
seine eigene Meinung, seine
Sicht des Spiels, was er vorbe-
haltlos zu verteidigen bereit
war.

Die Hauptzüge seines Cha-
rakteres sind Willensstärke und
Mut.

So geschah es, daß Sergej
1983 oft Schulterverrenkungen
hatte. Der Mannschaftsarzt
mußte öfters eingreifen. Eine
schwere Operation wurde aus-
geführt, und ein Konsilium
angesehener Mediziner ver-
kündete: vier Monate Ruhe,
ohne Hockey. Sollte die
UdSSR-Mannschaft bei der
Weltmeisterschaft in der BRD
nun ohne Makarow antreten?

In jenen Tagen schaute der
Trainer W. Tichonow bei Sergej
vorbei. Dabei gab er zu verste-
hen, Sergej werde von der
Mannschaft sehr gebraucht,
und ohne ihn würde sie es
schwer haben. Und Makarow
kehrte viel früher, als ihm er-
laubt war, auf das Eis zurück,
spielte lange mit verbundener
Schulter. Wie entsetzlich
schwer es war, gegen die
Schmerzen anzugehen und so
wieder Form zu gewinnen, das

weiß nur er. Von der
Weltmeisterschaft kehrte Ser-
gej mit dem Titel des besten
Stürmers zurück...

Ich kann mich an sein erstes
Spiel in Moskau erinnern. In
einer Episode überspielte er im
Stil von Charlamow mit seinem
Tempo zwei Rivalen, dann den
Torwart und schoß ein herr-
liches Tor. Dann wurde er im
Traktor in einer Spielsaison der
Angriffsleader.

1978 nahm ihn der
ZSKA-Klub auf. Doch in der
ersten Saison wollte das Spiel
im besten Team des Landes
dem Neuling nicht recht
glücken. Er mußte sich ent-
sprechend den sehr hohen
Anforderungen des ZSKA
umstellen, bei großen Meistern
lernen — bei Charlamow, Tret-
jak, Michailow, Petrow,
Luftschenko und Zyganow...
und dabei seine Identität nicht
verlieren. Zudem wechselten in
jenem Jahr Sergejs Partner häu-
fig, das aber trägt nicht zur
Stabilität des Spiels bei. Doch
er gelangte in eine Reihe mit
den Stärksten, und wenig spä-
ter gehörte er zu den besten
Spielern.

Sergej war schon immer da-
von überzeugt gewesen (und
nicht ohne Grund), daß ihm in
der Mannschaft die Rolle des
Leaders und des brillanten Ein-
zelspielers bestimmt war. Er ist
stets bestrebt, dieser Rolle ge-
wachsen zu sein. Doch Maka-
rows Verdienst war es vor
allem, daß er vermochte, sein
Talent und Können in den
Dienst der gemeinsamen Sache
der Mannschaft zu stellen.

Im heutigen Eishockey
herrscht ein großer Mangel an
erstklassigen Stürmern. Das
Publikum wie die Experten
bringen ihnen die größte Auf-
merksamkeit entgegen. Wir be-
geistern uns für jene, die in
ihrem Spiel das Beste fortfüh-



ren, was Bobrow, Boris Majo-
row, Firssow und Charlamow
hinterlassen haben. Heute ist
Sergej einer dieser (leider we-
nigen) Spieler.

Makarow besitzt eine benei-
denswerte Eigenschaft: Auf
den Zentimeter — genau weiß
er — genauer gesagt, spürt
er — die Größe des Spielfel-
des, das ihm für Manöver und
Pässe bleibt. Würde man das
Spielfeld z. B. auf die Hälfte
verringern, dann wäre es für
alle schrecklich eng zum Spie-
len. Für alle, außer für die
besten fünf Spieler des ZSKA
und der Nationalmannschaft,
unter ihnen aber würden sich
Makarow, Fetissow und Krutow
am freisten fühlen. Sie verste-
hen es, geschickt Spielzeit und
Raum auszunutzen.

Erstmals wurden die fünf be-
sten Feldspieler des ZSKA und
der Nationalmannschaft — Fe-
tissow, Kassatonow, Makarow,
Larionow und Krutow — bei
dem Pokal Kanada '81 zusam-
mengefaßt. Seitdem haben die-
se fünf in schwierigsten
Kämpfen gegen die Profis des
NHL, bei Weltmeisterschaften,
Olympischen Spielen und inter-
nationalen Turnieren zu Recht
den Titel der besten nicht nur
im sowjetischen, sondern im
Welteishockey errungen. Vor
zwei Jahren gestand Curt
Lindström, Cheftrainer der

schwedischen Auswahl, ein:
"Ich habe für meine Spieler
keine Rezepte, wie sie gegen
die ersten Fünf der
UdSSR-Mannschaft spielen sol-
len..."

Makarow besitzt eine einma-
lige Sammlung von Medaillen
und Preisen. Er ist Olympiasie-
ger, sechsfacher Weltmeister,
neunfacher Besitzer des Pokals
der europäischen Titelinhaber
und neunfacher Meister der
UdSSR. Von den Eishockey-
kommentatoren wurde er zwei-
mal zum besten Spieler Europas
(das letztemal 1986) gewählt,
und die Leitung des Internatio-
nalen Eishockeyverbandes
nannte ihn den besten Stürmer
der Weltmeisterschaft 1985. Als
Mitglied des ZSKA und der
Nationalmannschaft wurde er
Sieger von 23 größten interna-
tionalen Turnieren.

Zugleich studierte er, absol-
vierte die Hochschule. Seine
wenigen freien Stunden ver-
bringt er unbedingt in der
Familie. Sein Sohn, der
sechsjährige Artjom, hängt an
ihm sehr. Spielt ja Sergej aus-
gezeichnet Gitarre, zeichnet
und schreibt Gedichte.

Sergej will lange aktiv im
Eishockey bleiben, doch unter
einer Bedingung — wenn er
gut spielt.

Boris LEWIN
Foto: TASS

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" • Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer,
italienischer, polnischer und tschechischer Sprache • Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"

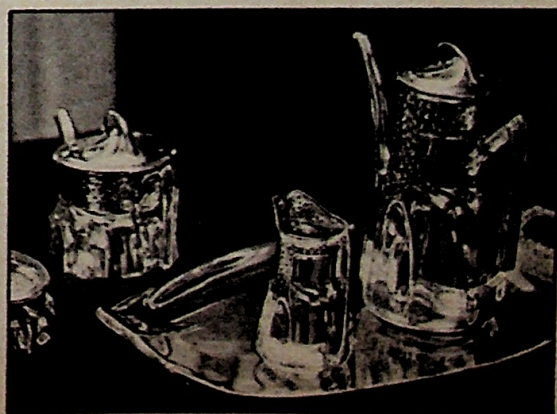
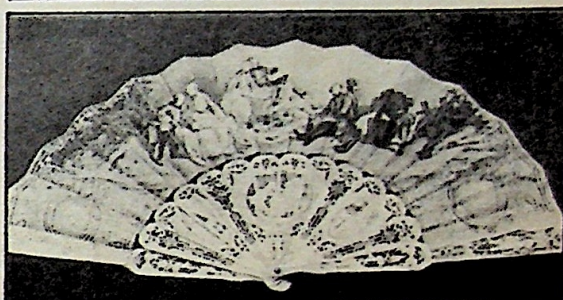
Jugendstil aus Hamburg



Der Jugendstil kam Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts auf. Er hielt sich nicht lange, beeinflusste jedoch alle Künste einschließlich der Architektur.

Im Januar und Februar konnten die Moskauer nach den Leningrädern eine Ausstellung des Hamburger Museums für Kunst und Gewerbe unter der Devise „Historismus und Jugendstil im Kunstgewerbe Westeuropas“ besuchen. Sie wurde im Austausch gegen eine Ausstellung von Silbererzeugnissen der Renaissance und Barockgegenständen aus den Staatlichen Kreml-Museen veranstaltet, die in der BRD stattgefunden hat.

In den gut 100 Jahren seines Bestehens sind in dem Hamburger Museum Arbeiten von Meistern der dekorativen Kunst und des Kunstgewerbes aus allen Erdteilen zusammengetragen worden. Für die Ausstellung in der UdSSR wurden an die 100 Stück ausgewählt: Kunstglas von Emil Galle, dem Erfinder der Glasinkrustation, dezenter Schmuck von Rene Lalique (Anfang des 20. Jh.), Porzellan bekannter Meister Europas, ferner Möbel, Stoffe, Stickereien, Gobelins und Metallarbeiten.



● Richard Luksch, Hamburg 1919. Sitzendes Mädchen. ● Frankreich, etwa 1860. Fächer. ● Rene Lalique, Paris. 1900. Dekorativer Kamm. ● Böhmen. 1863. Ehrenpokal. ● Köln, etwa 1900. Kaffee- und Teeservice. ● Blick in die Ausstellung.

Fotos: W. Panow

14159 6 136 304 542
NVA 32667 A
2110 9005 0128 PF



„MENSCH,
MENSCHLICHKEIT,
MENSCHHEIT“



Wladimir Gorowiz

Alexander
Ratnikow
(UdSSR)

Aus dem Zyklus
„Hervorragende
Musiker —
Gäste Moskaus“



Paco De Lucia

Индекс 70624 НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ